

Wer plant die Anti- Kraft- „Kampfung“



... und mit welchem Ziel?

Inhalt:

Die Geschichte der Nullwachstümler	5
Bürgerinitiativen — Gefahr für die Umwelt	10
US-„Umweltschutzgesetz“ zerstört Atomindustrie	13
Die Hysterie um die Entsorgung	17
Europas „Umweltschützer“ werden von den USA gesteuert	21
New Directions — Rockefellers neuer Stoßtrupp für Austerität.....	26
Naders „Umweltschützer“ verraten die amerikanische Verfassung	28
„Nuklearterrorismus“ ist nur unter Mithilfe von Regierungen möglich	32
„Energie-Zar“ Schlesinger: Der Freund der Nullwachstümler.....	34
Maihofers Ministerium gibt Kernkraftgegnern Rückendeckung	35
Gesetz zu Technologie und Umweltschutz 1977.....	37



von John D. Rockefeller III bis zu Hans Helmut Wüstenhagen:

Die Geschichte der Nullwachstümler

Gleich Pilzen auf vergiftetem Boden wuchsen in den vergangenen Jahren die Bewegungen der Kernkraftgegner, Umweltschützer und Öko-Freaks in fast allen Ländern des industriell entwickelten Sektors (die Staaten des Warschauer Paktes bis auf die wenigen künstlich ernährten Dissidenten ausgenommen) und entfalteten sich mit einer Wachstumsrate, die den Laien unter den gegebenen klimatischen Bedingungen verwundern, zumal es den von ihnen verbreiteten Ideen gerade zuwiderläuft; er wundert sich, daß diese Wesen einer scheinbar besonderen Gattung sich mittlerweile auch um seinen Mülleimer scharen oder im Vorgarten wuchern, weil in der Nachbarschaft ein Kernkraftwerk gebaut werden soll, das die Lebensumstände dieser Gattung der „amici terrae“ drastisch verändern, ihren Bestand gefährden und der Entwicklung des Fortschritts und der technologischen Innovation neue Anstöße geben wird. Obwohl Vertreter dieser Art immer wieder in Krisenzeiten beobachtet werden konnten, läßt ihr massenhaftes, organisiertes und gut koordiniertes Auftreten in neuerer Zeit jedoch auf unnatürliche Fremdeinflüsse schließen; tatsächlich finden sich bei einer Untersuchung nicht nur Spuren dieser oder jener ideologischen Viren, sondern mit bloßem Auge feststellbare Wucherungen, deren Nährboden eindeutig in den verschiedenen Brutstätten der Wall Street und mit ihnen liierten Laboratorien und Denkfabriken erzeugt und gedüngt wurde.

Bereits Ende der 50er Jahre war es für die einflußreichen New Yorker Banken nach Koreaboom und sich erneut abzeichnender Krisenentwicklung kein Geheimnis, daß die Schuldentilgung — und hierbei besonders die Rückzahlung der international vergebenen Kredite — im Verlauf der weiteren krisenhaften Entwicklung zu einer zweiten Großen Wirtschaftsdpression unter immer schwierigeren politischen und wirtschaftlichen Bedingungen erfolgen bzw. erzwungen werden müßte, und daß einige Länder unter dem Druck der Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Wall Street zwangsläufig zusammenbrechen und zahlungsunfähig würden. In einer solchen Lage müßten die Banken den

Anfang der '70er Jahre wurde Europa plötzlich mit einer Flut von Nullwachstums-Propaganda überschwemmt. Denn, so sagte das Exekutivkomitee des Club of Rome 1972: „Wir können von einem praktischen Beginn erst dann reden, wenn die Botschaft der »Grenzen des Wachstums« von einer großen Zahl von Wissenschaftlern, Politikern und von der Bevölkerung in vielen Ländern wirklich akzeptiert ist“, d.h. erst dann wird Energiesparen und Lebensstandardsenkung freiwillig hingenommen.

Dennis Meadows Donella Meadows
Erich Zahn Peter Milling

Die Grenzen des Wachstums

Bericht des
Club of Rome*
zur Lage
der Menschheit



1970

*Friedenspreis des
Deutschen Buchhandels 1973

eigenen Bankrott eingestehen, denn was nutzen die Hinweise auf ausstehende Zahlungsverpflichtungen, wenn für die Allgemeinheit Klarheit darüber besteht, daß der Schuldner nie zahlen wird und zahlen kann. Nur durch eine gesteigerte Absorption der vorhandenen Geldmittel, sowie materieller Werte wie Rohstoffe, Industrieprodukte und die damit unmittelbar verbundene drastische Einschränkung der für Neuinvestitionen, wirtschaftlichem Wachstum, Qualifizierung der Arbeitskraft und Erforschung neuer Technologien zur Verfügung stehenden Mittel ließen sich die Banken vor dem Bankrott bewahren.

Die Stellung der Banken — an erster Stelle ist hier die Rockefeller-Familie zu nennen — bei der Ausbeutung und Verteilung der Rohstoff- und Energievorkommen begünstigte dabei ihre Ausgangslage und eine Erhöhung der Preise der von ihnen kontrollierten Grundstoffe lag als Grundgedanke nahe, um zusätzlich fiktive Dollarsummen für die Bilanzen ihrer Banken zu schaffen. Angesichts der drohenden

„Katastrophe“ begannen sie, dieses Unternehmen zu verwirklichen, das erst kürzlich durch den Versuch der Rockefellers, über die OPEC-Staaten eine Ölpreiserhöhung durchzusetzen, wieder ins Bewußtsein vieler Verbraucher gerufen wurde.

Wie bei allen Unternehmungen, bei denen die eigentliche Wahrheit verborgen bleiben muß, bestand für die Wall-Street-Banker die Notwendigkeit, ihre Zielsetzung mit für den Normalverbraucher einsichtigen Zielen zu kaschieren; sie hätten bei der Durchsetzung nicht nur massiven Widerstand seitens der Bevölkerung geerntet — und sie hätten schon gar nicht die nötigen Anhänger und Protagonisten für das Ziel gefunden, den Lebensstandard der Weltbevölkerung zu senken, die industriellen Rohstoffe, Nahrungsmittel und Energie künstlich zu verknappen und große Teile der Menschheit dem Hungertod und Seuchen auszusetzen, nur damit die Banken überleben.

Fürsprecher einer solchen Politik mußten erst gezüchtet werden und die Rockefeller-Gruppe griff dabei auf jene

Quacksalber und Abfallprodukte der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zurück, die schon bei anderen Unternehmungen wie der Bewegung gegen die sowjetische Atombombe in den 50er Jahren benutzt worden waren. In den Führern und Anhängern der „Atomtod-Gegner“ des Fabianers Bertrand Russell und der später gezielten Kampagne gegen den Vietnamkrieg fanden sie willige Helfer für die neue Bewegung „zum Schutz der Natur.“

Der Grundgedanke: Bevölkerungskontrolle

Eine Liste der zur Kaschierung der eigentlichen Gründe benutzten Argumente der Kernkraftgegner, Umweltschützer und Anhänger der Überbevölkerungsideologie umfaßt im wesentlichen die folgenden Punkte:

- Industrialisierung führe zu einer unkontrollierten Zunahme der Weltbevölkerung und zu einem gleichzeitigen Anstieg der materiellen Bedürfnisse dieser wachsenden Bevölkerung; selbst enorme Steigerungsraten in der Industrieproduktion verschlechterten so die Chancen der Bedürfnisbefriedigung jedes Einzelnen.

- Zudem werde ein solcher industrieller Prozeß aus nicht erneuerbaren Energiequellen (fossilen Brennstoffen und Uranerzen) gespeist, deren Vorräte in absehbarer Zeit erschöpft seien; weitere Grundstoffe industrieller Produktion erneuerten sich ebenfalls nicht.

- Der Wasserbedarf eines solchen industriellen Prozesses wachse in derartige Dimensionen, daß er nicht mehr abgedeckt werden könne; dadurch käme es auch zu nicht zu verantwortenden klimatischen Veränderungen.

- Die einzig denkbare Lösung, Meerwasser zu entsalzen, sei zu energieintensiv; Energiequellen wie die Kernfusion seien zu umweltunfreundlich und erst im nächsten Jahrhundert einsatzbereit.

- Ein weiterer begrenzender Faktor sei die Nahrungsmittelproduktion, weil nicht genügend landwirtschaftliche Nutzfläche zur Verfügung stünde und sich die Hektarerträge nicht unbegrenzt steigern ließen.

- Die Umweltverschmutzung selbst, also die Störung des Gleichgewichts des Stoffwechsels der Natur und der Gesellschaft, spielt in der Gesamtkonzeption nur eine unwesentliche Rolle, wird aber wegen ihrer demagogisch nutzbaren Bedrohlichkeit (radioaktive Abfälle

und Industriemüll) oft an erster Stelle genannt.

- Veränderungen in der Atmosphäre, dem Boden- und Wasserhaushalt, werden ebenfalls ins Feld geführt und

- sogenannte psychische Pollution (Streß, Schall und Reizüberflutung) sowie

- die thermische Pollution (Abschmelzung der polaren Eiskappen!) schließen den Kreis.

Alle Argumente zielen in eine Stoßrichtung:

Die Energieversorgung muß eingeschränkt werden, damit industrielles Wachstum gebremst wird und insgesamt die Wachstumsrate der menschlichen Bevölkerung drastisch reduziert werden kann.

Der Jahresbericht der *Rockefeller-Stiftung* von 1965 macht dazu deutliche Aussagen: „Die pessimistische Vorhersage, daß die Menschheit bald von ihrem eigenen Wachstum erdrückt werden dürfte, begegnet in immer stärkerem Maß allen Versuchen, eine Verbesserung des Lebens zu erreichen. Es ist offensichtlich, daß die Menschheit sich, wenn die gegenwärtige Wachstumstendenz nicht unter Kontrolle gebracht wird, in der Lebenszeit zweier Generationen zahlenmäßig verdoppeln wird. Die Folgen werden für unzählige Individuen katastrophal sein“. Das *Population Reference Bureau*, eine mit Geldern der Rockefeller-, Ford- und Carnegie-Stiftungen aufgebaute Propagandamaschine für Völkermord und Triage-Politik, beschrieb in einer Pressenotiz im Oktober 1966 das Vorhaben in noch unverhüllteren Worten: „Die Zukunft der Welt wird sich auf dem lateinamerikanischen Kontinent, in Asien und in Afrika entscheiden, weil in diesen Entwicklungsgebieten die höchsten demographischen Zuwachsraten zu verzeichnen sind... Entweder müssen die Geburtenraten gesenkt werden, oder die Sterberaten müssen wieder steigen, wenn das Wachstum unter Kontrolle gebracht werden soll... Die Biologen, Soziologen und Ökonomen des Büros haben den Augenblick vorhergesagt, zu dem die Theorie von Malthus wie ein Gespenst wiederkehren und die Völker der Erde heimsuchen wird.“

Die Politik des Nullwachstums und des Neo-Malthusianismus war also lange vor den „aufsehenerregenden“ Berichten des Club of Rome an der Wall Street ausgereift worden. Der von Fiat, VW und Ford finanzierte Club und andere Denkfabriken folgten lediglich dem eingeschlagenen Weg mit einer zeitgerechteren Orientierung für die Krise der 70er Jahre.

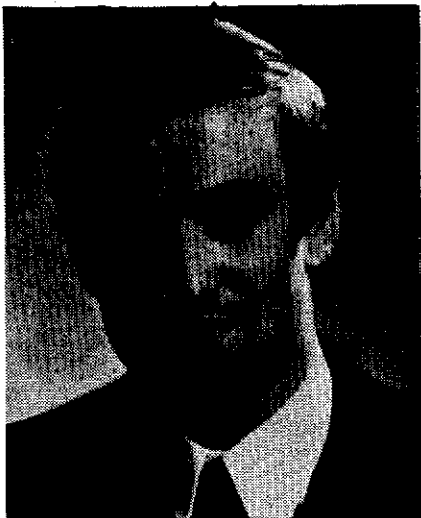
Die Formung der Ideologie

Bereits im Juni 1952 versammelte John D. Rockefeller III., der Präsident der Rockefeller-Stiftung, nach dem Muster der fabianischen Round Tables in Williamsburgh einen Gesprächskreis über Bevölkerungsfragen. Dreißig der bedeutendsten Naturschützer, Gesundheitsexperten, Familienplaner, Agrarwissenschaftler und Soziologen der USA beschlossen nach eingehender Diskussion die Gründung des *Population Council*, der sich als „Koordinationsstelle und Katalysator auf dem weiten Feld der Bevölkerungsfragen“ betätigen sollte.

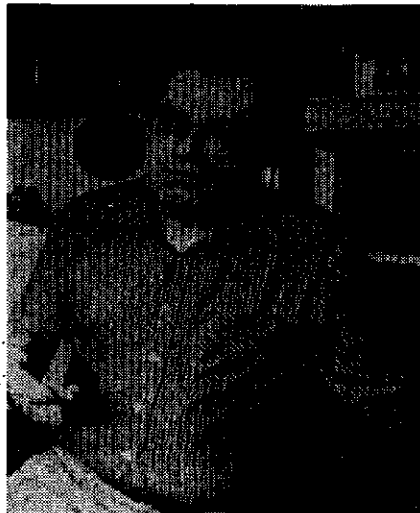
Präsident des *Population Council* wurde John D. III. selbst. Die *Ford-Stiftung*, die *Carnegie-Stiftung*, die *Commonwealth* und *Community Funds*, sowie der *Mott Trust* und die *Mellons-Gruppe* finanzierten das Unternehmen, und einige Gelder floßen auch zum früher gegründeten *Population Reference Bureau*. Der damalige Vizepräsident der Chase National Bank, Direktor der Weltbank und spätere Direktor des *Population Council*, Eugene Black, beauftragte damals die *Princeton Universität* mit Grundlagenforschungen über Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum in Indien, einem der ersten Ziele der Operation. Durch die Teilnahme einiger namhafter englischer Persönlichkeiten und Schwedens Gunnar Myrdal, kamen die internationalen Verbindungen zustande, mit denen das Projekt durchgeführt werden konnte.

Der *Population Council* beschränkte sich darauf, die „wissenschaftliche Erforschung der Bevölkerungsprobleme“ zu propagieren und zu praktizieren. Man vergab Stipendien an amerikanische und ausländische Wissenschaftler sowie Vertreter der Entwicklungsländer und hoffte so, lokale Kader zu gewinnen, die „mit den Bevölkerungsproblemen vertraut, in wissenschaftlichen Methoden geschult und in der Lage wären, deren Ergebnisse ihren Landsleuten zu interpretieren.“ Mit diesen Subventionen wurden Wissenschaftler nicht mehr gekauft, sondern, weil rentabler, einfach gemietet.

1957 veröffentlichte ein Komitee, das sich aus den Bevölkerungs- und Völkermordstrategen des *Population Council*, des *Rockefeller-Fund* der *Laurance Rockefeller Conservation Foundation* und der *Planned Parenthood-Bewegung* (Familienplanungs-Bewegung) zusammensetzte, unter der Leitung des damaligen Präsidenten des



Sie sind gegenwärtig Rockefellers verlängerter Arm für Industriezerstörung in der BRD: (v.l.n.r.) Holger Stroh von den „Freunden der Erde“, H.H. Wüstenhagen vom Bürgerinitiativ-Verband und der Bremer Mao-Physiker Jens Scheer.



Population Council einen Bericht unter dem Titel „Bevölkerung! Ein Internationales Dilemma!“. Wenig später folgte der Bericht der Sonderkommission zu Fragen der Bevölkerungskontrolle, der auch der Regierung vorgelegt wurde.

Der sogenannte *Draper-Report*, benannt nach dem Bankier und General William H. Draper II., dem Vorsitzenden der Kommission, wurde zum Hauptpropagandamittel der Bevölkerungskontroll-Vorhaben. Draper gründete daraufhin sowohl die *World Population Emergency Campaign* der *Planned Parenthood-Bewegung*, wie auch den *Victor Fund Drive*, die bei der weiteren Ausbreitung dieser Ideen, vor allem in Regierungskreisen, helfen sollten.

Die Regierung Eisenhower blockierte jedoch alle Versuche der Rockefeller, ihre Pläne zur offiziellen Regierungspolitik der USA zu machen. „Solange ich hier stehe, wird die Regierung sich nicht auf ein Programm festlegen, bei dem es um Geburtenkontrolle geht. Das ist nicht unser Geschäft“, war Eisenhowers Stellungnahme zu dem Vorhaben.

Zwar zeigte die Regierung unter Präsident Kennedy zuerst mehr Aufgeschlossenheit und der Präsident beauftragte den damaligen Mitarbeiter des Außenministeriums und heutigen Angehörigen der „New-Directions“-Gruppe sowie Carter-Botschafter in Italien, Richard Gardner, damit, den Vereinten Nationen (UN) die Hilfe der USA auf dem Gebiet der „Familienplanung“ anzubieten. Weiter wollte Kennedy allerdings nicht gehen.

Bessere Aussichten eröffneten sich da während der Ära Johnson, unter dessen Präsidentschaft der Krieg und die Maßnahmen der RAND-Corporation und der CIA gegen die Bevölkerung Vietnams eskalierten. In den USA gründete die Gruppe *Draper, Moore und Canfield* aus dem CIA-Verlag *Harper und Row* ein *Population Crisis Committee*, das in der Presse und anderen Massenmedien eine weitgestreute Anzeigen- und Werbekampagne durchführte, um die Ideen der Nullwachstums-Strategen unter Volk zu bringen. Sie verbreiteten u.a. das Buch des Lügners Paul Ehrlich „Die Bevölkerungsbombe“, der sich zusammen mit Kingsley Davis aus Berkeley und Garret Hardin (Freunde der Erde) aus Santa Barbara zu den Apologeten einer populärwissenschaftlichen Schule aufschwang, die Überbevölkerung als das zentrale Problem unseres Zeitalter zu beschwören. Die Gruppe fungierte auch als Lobby der Nullwachstümler für den amerikanischen Kongreß und so konnte erstmals im Herbst 1965 unter dem Vorsitz John D. Rockefellers III. auf einer Konferenz des Weißen Hauses über internationale Zusammenarbeit in dem Konferenzausschuß für Bevölkerungsfragen unter der Leitung Richard Gardners und der Beteiligung Blacks, Drapers, Canfields und Rockefellers die Strategie gezielter Ausrottung offen in Regierungskreisen diskutiert werden. Präsident Johnson bemerkte später lobend zu dieser Politik: „Fünfdollar, die wir in die Geburtenkontrolle stecken... nutzen mehr als hundert Dollar, die für das wirtschaftliche Wachstum aufgebracht werden.“

Nicht allein in allgemeinen Kampagnen und ausgewählten Diskussionsrunden versuchten die Rockefeller, ihre Vorstellung zu propagieren. Sie setzten sie unmittelbar in die Wirklichkeit um. So eignete sich nach ihrem Verständnis die Hungersnot in Indien 1965-66 ausgezeichnet für die von ihnen betriebenen Ziele, und sie schlachteten das Ergebnis, das mehrere Millionen Menschen das Leben kostete, mit einem ähnlichen Propagandaaufwand aus, wie er später mit den Hungersnöten in Biafra betrieben wurde. Die mit Rockefeller- und anderen Geldern durchgeführte „Grüne Revolution“ Indiens endete ähnlich wie das damals begonnene Wirtschaftswunder Brasiliens in einem furchtbaren Debakel für die Bevölkerung. Denn den Rockefeller und ihren Verbündeten ging es weder hier noch da um einen wirtschaftlichen Aufschwung und eine industrielle Entwicklung — sondern um Nullwachstum und die Schaffung praktischer Beispiele für ihre „liberalen“ Zukunftspläne zur Eintreibung ausstehender Schuldenzahlungen. Richard Gardner formulierte das in selbstentlarvender Weise: „Wenn die Weltbank erwartet, daß die an Indien vergebenen Darlehen zurückgezahlt werden, und wenn die USA die Zurückzahlung ihrer in Form von Krediten geleisteten Wirtschaftshilfe erwarten... dann muß das Bevölkerungsproblem gelöst werden“.

Die Anfang der 70er Jahre auf diesem Hintergrund vom Club of Rome in Auftrag gegebene und von amerikanischen System-Analytikern am MIT ausgearbeitete Studie „Grenzen des Wachstums“ (zu ihren Autoren gehören

Jedes einzelne Mitglied der Rockefeller-Familie (v.l.n.r.: John D. III, Laurance, Abby, Nelson und David) sitzt im Vorstand des Rockefeller Brothers Fund, der von Anfang an die Nullwachstums-Bewegung finanzierte. Jüngstes Produkt des Fonds ist der Bericht »The Unfinished Agenda«, dessen Verfasser, Gerald O. Barney, erklärte: „Wir schneiden unpopuläre Fragen an..... einige Kinder werden es wohl nicht machen.“



u.a. die Mitglieder der *Freunde der Erde* Dennis und Donella Meadows) wurde zum rechten Zeitpunkt veröffentlicht, um die breite Masse der Bevölkerung und selbst wissenschaftliche Kreise im Sinne der Rockefeller-Zielsetzung zu beeinflussen. »Die Grenzen des Wachstums« wurden 1972 nicht nur auf den Markt geworfen, sondern zugleich millionenfach an die Universitäten, Schulen, Managements von Betrieben, Gewerkschaften und Parteien gratis verteilt. Durch Studien wie diese, oder das etwas später mit Hilfe der *Freunde der Erde* publizierte »Planspiel zum Überleben« standen neben der Forderung nach Reduzierung der Menschheit jetzt auch Pläne zur De-industrialisierung, genereller Einschränkung des Lebensstandards und Energiesparmaßnahmen auf der Tagesordnung — in fast jeder Juso-Gruppe. Sie alle fielen auf den Ölschwindel im Herbst 1973 herein und erst Monate später kam heraus, wer für die Krise, die Preissteigerungen und Fahrverbote verantwortlich war: die Sieben Ölschwärmer Rockefellers, die bewußt Öllieferungen nach Japan und Westeuropa unterbunden hatten.

Am härtesten wurden die Länder der Dritten Welt vom Ölschwindel betroffen, aber auch die großen Energieverbraucher der Industrieländer. Den Stiftern des Club of Rome (u.a. sitzen FIAT-Vorstandsmitglied Peccei und Niedersachsens Forschungsminister Eduard Pestel in der Exekutive) war klar, daß nur eine breite Massenbewegung in den industriell entwickelten Sektoren Träger einer derartigen Vernichtungsstrategie werden konnte, die

hauptsächlich im Mittelstand Fuß fassen sollte, um so einer möglicherweise entstehenden Gegenbewegung aus der Arbeiterklasse auf breiter Front zu begegnen. In einer von Peccei, Pestel u.a. unterzeichneten „Kritischen Würdigung“ der MIT-Studie „Grenzen des Wachstums“, bemerkten sie zutreffend, daß „intellektuelle Einsichten akademisch (bleiben), wenn sie sich nicht politisch auswirken.“ Und weiter: „Wir können von einem praktischen Beginn erst dann ernsthaft reden, wenn die Botschaft der „Grenzen des Wachstums“ von einer großen Zahl von Wissenschaftlern, Politikern und auch von der Bevölkerung in vielen Ländern wirklich akzeptiert und als äußerst dringlich anerkannt ist.“

Die britischen Autoren des „Planspiel zum Überleben“ forderten fast identisch in ihrem Bericht: „Es muß zu einer Bewegung kommen, die auf nationaler Ebene handelt, vielleicht sogar sich politisch betätigt und Wahlen beeinflußt. Es ist zu hoffen, daß ein solches Beispiel auch Wiederhall in anderen Ländern findet und zu einer internationalen Bewegung führt, welche die so überaus wichtige Arbeit des „Club of Rome“ unterstützt.“

Dieses Wiederhalls konnten sich die Rockefeller-Zöglinge gewiß sein, denn ihre Ziehväter begannen bereits Ende der 60er Jahre mit der Umlenkung von Teilen ihrer abflauenden Vietnam-Kriegsbewegung und anderer populistischer Operationen auf die neue Zielsetzung, und europäische Politiker wie Willy Brandt, Olof Palme und Sicco Mansholt verstanden es, die Politik des Nullwachstums und des Energiesparens noch rechtzeitig vor

der „Ölkrise“ zur Linie der internationalen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu machen.

Bereits unter Verteidigungsminister Robert McNamara (dem heutigen Präsidenten der Weltbank, der Willy Brandt eine führende Rolle bei den Nord-Süd-Verhandlungen zwischen Industriestaaten und Dritter Welt zueignen will), wurden eine Reihe von politischen Entscheidungen gefällt, mit der führende Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums dazu veranlaßt wurden, über ihre militärischen und strategischen Aufgaben hinaus — denn der Höhepunkt des Vietnamkrieges mit Entlaubungsaktionen und strategischen Bombardements stand ja noch aus — sich auch mit innenpolitischen Fragen zu befassen. „Systemanalyse“ wurde die Methode zur Realisierung ihrer gesellschaftlichen Programme, die wenig später durch den damaligen Bundesminister für Forschung und Technologie, Horst Ehmke, auch in Wissenschaftskreisen der BRD propagiert wurde — als er von einem Aufenthalt in den USA zurückkehrte. Mitarbeiter der Flugzeug- und Raumfahrtindustrie wurden veranlaßt, sich mit dem Problem der Umweltverschmutzung zu befassen, mit dem Ergebnis, daß Anfang der 70er Jahre ein Viertel des gesamten Forschungsbudgets des US-Haushalts in den Wasserschutz gingen und damit andere Forschungszweige wie die Kernfusionstechnologie verbrecherisch vernachlässigt wurden.

Als eine der ersten funktionierenden Bürgerinitiativen der USA, die die gewünschte Breitenwirkung erzielte, entstand 1969 aus einem Zusammen-

schluß studentischer Basisgruppen die „Environmental Action“, die 1970 in einer nationalen Kampagne aufgerufen hatte, den sogenannten Earth Day zum Tag des ökologischen Protestes zu machen. Es gilt mittlerweile als erwiesen, daß hinter dieser Gruppe Finanzinteressen stehen, die von Senator Nelson koordiniert wurden. Die Führer dieser Gruppe wurden nachweislich alle aus dem Kennedy-Institut der Harvard Universität rekrutiert und sie finanzierte sich mit Mitteln der großen Stiftungen.

Auch in Westeuropa gründeten sich trotz der Anstrengungen solcher Figuren wie Günter Grass die Bürgerinitiativen nicht so spontan, wie heute allgemein behauptet wird. Unternehmungen wie die „Aktion Gemeinsinn“ wurden mit Regierungsbeteiligung hervorgehoben, die nach dem Motto des damaligen Innenministers Genscher „Ein jeder kehre vor seiner Tür und rein ist das ganze Stadtquartier“ als eine „aus privater Initiative entstandene Arbeitsgemeinschaft“, mit finanzieller Unterstützung der VW-Stiftung und zweier Automobilhersteller in der BRD hausieren ging. Denn: „Wir alle werden bezahlen müssen“, wie eine der Schriften der Aktion äußerte.

Die ideologische Ausrichtung wurde mit neugeschaffenen kaschierenden Begriffen wie „Lebensqualität“ (weniger essen, aber dafür saubere Nahrung) demagogisch gezielt gerade von Sozialdemokraten und Liberalen, gegen die Gewerkschaften, aber mit Hilfe ihrer Führer eingesetzt. Jeder erinnert sich noch der Regierungserklärung Willy Brandts 1973, in der die Lebensqualität vor dem Lebensstandard zur Notwendigkeit erhoben wurde.

Andere „Sozialisten“, wie der Intimus des SPD-Politikers Jochen Steffen, Sicco Mansholt, äußerten sich in der Folgezeit mit gleicher Stoßrichtung noch weitaus unverhohlener:

„Es wäre wünschenswert, zu prüfen, auf welche Weise wir zur Errichtung eines Wirtschaftssystems beitragen können, das nicht mehr auf maximalem pro-Kopf Wachstum beruht... Es ist unsere Aufgabe, die wirtschaftlichen Elemente aufzuzeigen, die zu einem Vorantreiben der Geburtenbeschränkung beitragen können“. Das sind bekannte Töne mit einem eindeutigen Hintergrund und moderner Vertreter der Nullwachstumsbewegung im europäischen Maßstab, wie die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) bedauern noch heute, daß Sicco Mansholts kurzes Zwischenspiel bei der EG in Brüssel nicht von Dauer war.

Mit ihrem Kandidaten James Carter im Weißen Haus planen die Rockefeller nun, ihre langjährige Propaganda und den sorgfältigen Aufbau ihrer Umweltschutz- und sonstigen Bewegungen zu einem „Stoßtrupp für die Ordnung der Welt“ zusammenzufassen.

Am 2. Februar, zwei Tage nach Carters erstem „Kamingespräch“, in dem er eine 20%ige Einschränkung des Energieverbrauchs forderte, trat die von „Umweltschützer“ Laurance Rockefeller gegründete *Environmental Agenda Task Force* mit einem 191 Seiten starken Programm für die künftige „Sparergesellschaft“ an die Öffentlichkeit. Energiesteuern, um Sonnen und Windenergie rentabel zu machen — und die Bücher der Rockefeller-Banken auszugleichen; keine Kernenergie, denn sie ist zu kapitalintensiv; Bevölkerungskontrolle in den USA und der Dritten Welt — angestrebt ist eine Bevölkerung von ca. 70 Millionen in den USA; Nahrungsmittelwaffe gegen die Dritte Welt, wie bereits offen gefordert von Carters Landwirtschaftsminister Bergland; das sind die Programmpunkte, denen die Umwelt-

schutzorganisationen mit Demonstrationen, Prozessen, Lobbys usw. zu Gesetzesform verhelfen sollen. „Das Geld“, das man beim Übergang zu einer solchen Gesellschaft spart, „kann benutzt werden, um die nationalen Schulden zu decken“, erklärte Dennis Hayes von Rockefellers *Worldwatch Institute*.

Zwölf führende Umweltschutzgruppen gehören der *Environmental Agenda Task Force* an; Laurance Rockefeller persönlich zog führende Nullwachstumspropagandisten wie Lester Brown (*Worldwatch Institute*), Amory Lovins (Freunde der Erde) und Donella Meadows (Club of Rome) heran, um die zehn Kapitel des Programms, genannt *Unfinished Agenda*, rechtzeitig fertigzustellen.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der *Unfinished Agenda* gab eine 1974 von David Rockefeller's Trilateraler Kommission und dem Council on Foreign Relations gegründete Gruppe namens *New Directions* in Washington ihr Debüt als „Naders Stoßtruppe für die Ordnung der Welt“ — als der Generalstab aus Trilateraler Kommission, Bilderberg-Gruppe, Umweltschutzgruppen, der Terroristenschaltstelle Institut für Politische Studien, von dem aus alle existierenden Umweltschützer, Bürgerinitiativen, Menschenrechtler, Terroristen, mit dem Programm der *Environmental Agenda Task Force* eingesetzt und zu einer zentralisierten faschistischen Bewegung zusammen gefaßt werden.

Am besten läßt man den Verfasser der *Unfinished Agenda*, Gerald O'Barney vom Rockefeller Brothers Fund, selbst über sein Programm sprechen:

„Einige Leute werden es einfach nicht machen, Kinder von 1 bis 10 sind die Gruppe, von deren Zukunft wir sprechen“.

Bürgerinitiativen — Gefahr für die Umwelt

Das Nationale Umweltschutzgesetz (National Environmental Policy Act-NEPA) wurde 1969, von einem zum Großteil uninformatierten Kongress verabschiedet. Seit dieser Zeit richteten dieses Gesetz und die Nadersche Umweltschutz- und Verbraucherbewegung, die es anregten, verheerenden Schaden in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten und den globalen Umweltbedingungen an. Als direkte Auswirkung dieses Gesetzes und der Bewegung Naders verloren tausende von Menschen das Leben und Millionen ihren Arbeitsplatz; die Umweltverschmutzung nahm in Wirklichkeit zu, und der Lebensstandard jedes amerikanischen Bürgers und von Millionen Menschen in anderen Ländern wurde einschneidend gesenkt.

Damit dieser unerhörte Schaden sich nicht zu einer irreversiblen Katastrophe auswachsen kann, muß die Nadersche Politik — die jetzt unter der Carter-Regierung zur *nationalen Politik* wird — beendet und das Umweltschutzgesetz, die wichtigste Waffe der Gefolgsleute Naders zurückgenommen werden.

Es ist außerordentlich wichtig, die tatsächlichen Konsequenzen dieses nationalen Umweltschutzgesetzes zu verstehen, insbesondere, warum eine anscheinend so lobenswerte Sache wie »Umweltschutz« in einer Katastrophe mündete. Das grundlegende Problem bei diesem Gesetz und der Umweltschutzbewegung ist, daß die Voraussetzungen, von denen sie ausgehen, nämlich Neo-Malthusianismus und Nullwachstum, völlig falsch sind. Die Propaganda der Umweltschützer geht davon aus, daß das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum und deren Begleiterscheinung wie neue Technologien zu einer Zerstörung der Umwelt führt. »Zu viele Menschen! Zu viel Industrie! Zu viel Technologie!«, ist ihre Lösung.

Was für ein Unsinn! Die größte Gefahr für die Biosphäre und die menschliche Gesellschaft ist: zu wenig Produktion, zu wenig Technologie, zu wenig Menschen. Das Überleben der menschlichen Gattung und die Erhaltung der Biosphäre beruht und beruhte immer auf der Entwicklung neuer technologischer Möglichkeiten und einem damit

verbundenen höheren Energiedurchfluß. Die Aufzehrung von Ressourcen auf einer bestimmten technologischen Stufe oder durch eine bestimmte Produktionsweise erfordert die Schaffung neuer Technologien, die weiter fortgeschritten sind. Dies wiederum erfordert einen höheren Grad der Arbeitsteilung — und damit eine höhere Bevölkerungszahl, einen höheren Ausbildungsstand der Bevölkerung und einen höheren Lebensstandard. Die notwendige Steigerung des Lebensstandards und die damit einhergehende notwendige Steigerung der Produktivität der Arbeitskraft führt zu einer immer schnelleren Erhöhung der pro Kopf verbrauchten Energie.

Heute braucht die Welt eine höhere Energieerzeugung und Technologie, um ausreichend Nahrungsmittel zu produzieren, Wohnungen zu bauen, die Umwelt zu säubern und die Schäden zu beheben, die in den letzten zehn Jahren durch wirtschaftliche Stagnation entstanden sind. Die Naderisten haben genau das Gegenteil vor; und so ist es nur gesetzmäßig, daß die hier dokumentierten Auswirkungen des Naderismus die Verschärfung der Hungersnot, die globale Ausbreitung von Seuchen und die Zerstörung der Biosphäre sind.

Abgesehen von einigen naiven Mitläufern haben die Motive der Umweltschützer nichts mit der Sorge um die Umwelt zu tun. Im Grunde genommen müßten sie ihren Namen von »Freunde der Erde« entweder in »Feinde der Erde« oder in »Freunde von David Rockefeller« umändern. Der Naderismus dient lediglich den Interessen der herrschenden Bankkreise in der Wall Street, und sie haben diese Bewegung auch in der Tat in erster Linie ins Leben gerufen.

Schuldenzahlungen um jeden Preis

Schon gegen Ende der 50er Jahre und noch viel deutlicher Mitte der 60er Jahre erkannten die Führungskreise der New Yorker Banken, daß die rasch wachsenden internationalen Schuldverpflichtungen über hunderte Milliarden von Dollars vor allem an ihre eigenen Institutionen in naher Zukunft nicht mehr bezahlt werden könnten, wenn es nicht gelänge, einen ständig wachsen-

den Anteil des weltwirtschaftlichen Reichtums statt für Neuinvestitionen und Konsumtion für Schuldenzahlungen aufzubringen. Vor allem sahen die Bankiers, daß die Schuldenzahlungen solange unmöglich sein würden wie es nicht gelänge, für alle Rohstoffe — besonders für Energie — hohe und ständig steigende Preise als eine Art Steuer auf den Rest der Wirtschaft durchzusetzen. Die Wirtschaftspolitik, die deshalb von diesen Kreisen im eigenen Interesse befürwortet wurde, führte zur Verhinderung von Neuinvestitionen, einer Beschneidung des Verbrauchs durch sparpolitische Maßnahmen und zur Sabotage neuer technologischer Entwicklungen. Denn neue Technologien hätten eine Senkung der Preise für Rohstoffe und Energie bewirkt und die alten Schulden wären nicht mehr rückzahlbar geworden.

Natürlich wußten die Rockefeller-Familie und die mit ihr verbündeten Finanzkreise, daß eine politische Kampagne mit dem Slogan: »Kürzt die Produktion und die Konsumtion, verhindert neue Technologien, um unsere Schulden zu bezahlen«, nicht das gewünschte Ziel erreicht hätte. Genau für diesen Zweck machten sich all die Naders, Barry Commoners, Jay Forresters, Dennis Meadows und Garret Hardins, die in den 50er und 60er Jahren mit den Geldern der Rockefeller- und der Ford-Stiftung aufgepäppelt wurden, dann bezahlt. Diese Stümper begaben sich in die politische Arena, um für das Programm der Banken zu kämpfen, wobei sie ihre tatsächlichen Ziele mit Formeln wie »Schutz der Umwelt« verschleierten. »Das Wachstum muß eingeschränkt werden, wenn wir unsere begrenzten Ressourcen erhalten wollen«, warnten die Naderisten ihre Gefolgsleute, vermieden dabei jedoch jeden Hinweis auf die Notwendigkeit unbegrenzter Schuldenzahlungen. Einige von ihnen wie Barry Commoner verstiegen sich sogar dazu, dieses Schuldenrückzahlungsprogramm von Sparpolitik als den Wesenszug des Sozialismus zu bezeichnen.

Zuerst versuchten die Naderisten unter den Jugendlichen aus dem Mittelstand eine Massenbasis für ihre Bewegung zu organisieren. Im Laufe der 70er Jahre gingen sie dann immer mehr zu

der wirksameren Taktik von Umweltschutz-Klagen über und bedienten sich dabei des Umweltschutzgesetzes. Während noch Anfang der '70er Jahre 600 vereinzelte Fälle gezählt wurden, gibt es heute eine wahre Flut solcher Prozesse, allein 30 000 im letzten Jahr. Tausende von Projekten, an denen hunderttausende von Arbeitsplätzen und ein entsprechendes Maß von Industrieproduktion hingen, wurden auf diese Weise sabotiert.

Eine Untersuchung der Folgen dieser Umwelt-Schutz-Aktionen muß mehr als nur die direkten Auswirkungen berücksichtigen — den Verlust von Arbeitsplätzen, von verfügbarer Energie und Produktion, weil Fabriken geschlossen oder verspätet gebaut wurden, und die Preiserhöhungen als Folge der Auflagen gegen Umweltverschmutzungen. Die indirekten Auswirkungen sind noch viel wichtiger: Kapital, Forschungs- und Entwicklungskapazitäten wurden statt auf technologisches Wachstum, auf die nutzlosen malthusianischen Projekte der Umweltschützer orientiert. Der Verlust ist daran zu messen, was hätte erreicht sein sollen, aber nicht erreicht wurde.

Malthusianische Hirngespinnste gegen menschliches Leben

Um nur zwei Fälle der indirekten Auswirkungen der Umweltschutz-Offensive aufzugreifen, sollte man sich die wahrscheinlich am meisten betroffenen Industriezweige ansehen: die Stahl- und die Autoproduktion. In der Stahlindustrie wurden in den letzten sieben Jahren mehr als 7 Mrd. Dollar für Verschmutzungskontrolle aufgewandt, vorzugsweise für Absurditäten wie »Schlotreiniger«, deren Beitrag zur Beschränkung der allgemeinen Verschmutzung völlig unerheblich ist. Als Folge solcher Investitionen wurden viele Fabriken unrentabel und mußten schließen, wobei tausende von Arbeitsplätzen verloren gingen. Die indirekte Konsequenz der Umweltschutz-Offensive war noch weit verheerender: diese ungeheure Kapitalmenge und ein Großteil des Forschungs- und Entwicklungsbudgets der Stahlindustrie wurde in die dem Umweltschutzgesetz entgegenkommende antitechnologische Herangehensweise gesteckt.

Die wirkliche Lösung für das Problem der Umweltverschmutzung durch die Stahlindustrie würde mit energieintensiverer Technologie wie z.B. dem Jordan-Verfahren als Beiprodukt gegeben. Bei diesem Verfahren (das seinen



„Was ist denn hier los... du spinnst wohl?“

Namen nach dem Chemiker Robert Jordan erhielt, der es 1966 entwickelte) wird statt Luft Sauerstoff in den Hochofen geblasen und das entstehende Kohlenmonoxyd — Gichtgas — wird in einem integrierten chemischen Prozeß entweder zur Produktion des Brennstoffes Methanol oder des Düngergrundstoffes Ammoniak verwendet. Durch die Anwendung des Jordan-Prozesses in den existierenden Anlagen würde sich die Stahlproduktion verdoppeln. Man sollte sich einmal überlegen, was geschehen wäre, wenn sich die Forschung und Entwicklung auf eine Verbesserung des Jordan-Verfahrens konzentriert hätte, anstatt auf nutzlose »Reiniger«, und wenn man dann jene 7 Mrd. Dollar in die Umrüstung von 35 Prozent der Kapazität der Stahlindustrie auf den Jordan-Prozeß gesteckt

hätte. Dadurch wäre nicht nur die Verschmutzung erheblich zurückgegangen; wir könnten 40 Millionen Tonnen mehr Stahl produzieren, 10 Millionen Tonnen mehr Ammoniak und 5 Millionen Tonnen mehr Methanol. Das Ammoniak hätte zu einer Steigerung der weltweiten Nahrungsmittelproduktion um 150 Millionen Tonnen geführt, während das Methanol als rückstandsfreier Brennstoff die Verschmutzung durch Autoabgase reduziert hätte.

Die indirekten Kosten des Umweltschutzgesetzes für die Stahlindustrie sind der verlorene Stahl, das verlorene Methanol und die vermehrte Verschmutzung. Und, was noch wichtiger ist, der Abzug der Ressourcen aus der Weiterentwicklung der Technologie hat in diesem Fall tausende von Menschenleben in jenen Ländern der Dritten Welt

gekostet, wo die verlorengegangenen 150 Millionen Tonnen Nahrungsmittel Hunger und Tod bedeuteten.

Die Situation ist ähnlich in der Autoindustrie. Dort wurden nahezu 5,1 Mrd. Dollar für Abgasreiniger, Luftsäcke, Stoßstangen und andere Hilfsmittel gegen Verschmutzung und für Sicherheit ausgegeben. Aus diesem Grunde wurde fast nichts für die Verbesserung der Motoren aufgewandt, so daß sie mit saubereren Treibstoffen wie Methanol laufen könnten.

Die Frage der Sicherheit enthält die größte Ironie. Wie jeder Verkehrsexperte weiß, ist der entscheidende Faktor bei der Unfallvermeidung die Verkehrsführung selbst: eine gute Schnellstraße kann eine zehnmal geringere Unfallquote haben als eine schlechte. Automatische Apparaturen, die den Abstand zum vorhergehenden Fahrzeug halten, sind seit Jahren bekannt — und dennoch wurde nichts getan, um sie auch anzuwenden. Ähnlich hätte das Geld, das für die seltsame Idee von Luftsäcken verschwendet wurde, teilweise für die Entwicklung schneller Massentransportsysteme verwendet werden können — wie z.B. für magnetische Schwebbahnen — die keine Verschmutzung verursachen und zu einer drastischen Verkürzung der innerstädtischen Verkehrszeiten führen würden. Gemessen an erweiterter Produktion gehen hier die verschwendeten Summen weit über das hinaus, was zu einer Umstellung von 50% der Automobilindustrie auf Traktorenherstellung notwendig wäre — wiederum eine Verschwendung, die in Menschenleben gezählt werden kann.

In einem breiteren Rahmen betrachtet, diene der Naderismus als Deckmantel für eine umfassende Attacke auf wissenschaftlichen Fortschritt und alle seine Errungenschaften. Einen der größten Mißbräuche trieb die sogenannte »Vertretung der Verbraucherinteressen« erst vor kurzem: indem sie das Impfprogramm gegen Schweinegrippe mit »Verbraucherschutz«-Argumenten erst verzögerte und schließlich ganz vom Tisch brachte — eine Entscheidung, die noch immer tausenden von Amerikanern, vor allem die Armen und Minoritäten, das Leben kosten kann.

Der weniger offensichtliche, langfristige Effekt auf die Ausrichtung der Forschungsarbeit insgesamt ist noch tödlicher. Beinahe 25 Prozent der gesamten staatlich finanzierten Forschungs- und Entwicklungsarbeit wird bereits durch die Verschmutzungskon-

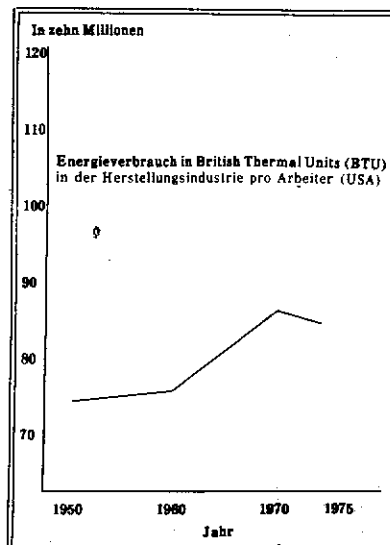
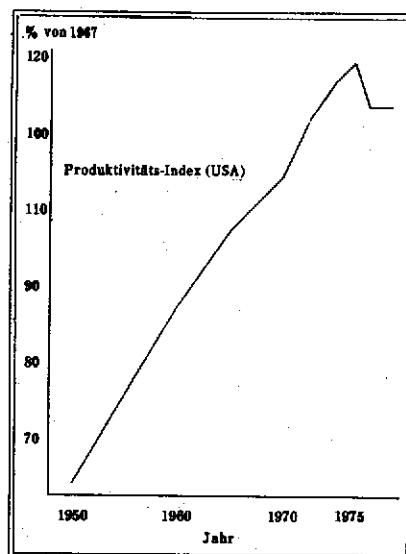
trolle und anderen umweltschützlerischen Unsinn absorbiert, wodurch zahllose Erfindungen in der Chemie, Physik und Biologie, die sonst möglich gewesen wären, vorenthalten werden. Das krasseste Beispiel aus dem Bereich der Grundlagenforschung ist das der Krebsforschung. Hier führte der Druck der Naderisten dazu, daß ein Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel für die Untersuchung des »Umwelteinflusses auf die Entstehung von Krebs« und für die Suche nach krebserzeugenden Substanzen abgezogen wurde. Die Konsequenz war, daß die Grundlagenforschung über die Ursachen, die Früherkennung und die Heilung von Krebs vernachlässigt wurde. Unzufrieden mit der Verhinderung wichtiger Krebsforschungsprojekte führen die Naderisten jetzt eine Kampagne gegen das Krebsprogramm als ganzes. Sie empfehlen, es durch eine völlig »umweltorientierte«

Herangehensweise abzulösen, wobei die »Krebs verursachenden« Industrien geschlossen werden sollen.

Doch die heimtückischsten Aktivitäten von allen entfalten die Naderisten um sogenannte Energie-Sparmaßnahmen, mit der Stoßrichtung einer generellen Senkung des Energieverbrauchs, die zu einer direkten Senkung des Lebensstandards und zu einer Beschneidung der Möglichkeit von Entwicklungen für die Zukunft führt. Die verheerenden Auswirkungen des Umweltschutzgesetzes auf die Atomindustrie werden in einem anderen Artikel dieses Heftes ausgeführt. Die immer mehr diskreditierte »Frage der Sicherheit von Atomenergie« ersetzen die Naderisten zunehmend durch die direkte Forderung nach Energiesparpolitik. Erst kürzlich wurde ein Kernkraftwerk stillgelegt, weil die Alternative der »Energieeinsparung« noch nicht erörtert worden war!

Im Energiebereich haben die Naderisten die Fragen der Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne negativ beeinflusst. Eine Minderung der Energiezuwachsraten hat direkte Auswirkungen auf die gesamte wirtschaftliche Wachstumsrate und auf den allgemeinen Beschäftigungsstand und Lebensstandard. Selbst auf der gegenwärtigen Stufe der Technologie fordert die Schaffung von nur einer Million neuer Arbeitsplätze einen Anstieg des Energieverbrauchs um 30 Millionen Kilowattstunden, was einem Prozent des gesamten derzeitigen Energieverbrauchs der Vereinigten Staaten entspricht. Energiezuwachsraten um ein Prozent, wie sie als Energiepolitik von der Ford-Stiftung vorgeschlagen werden, würden deshalb von sich aus sicherstellen, daß die Schaffung von auf dem gegenwärtigen technologischen Niveau produktiven Arbeitsplätzen weniger als die Hälfte des Personenzuwachses im arbeitsfähigen Alter ausmacht.

Ähnlich direkt würden solche Energiesparmaßnahmen zu einem ungeheuren Produktivitätsverlust führen, wenn sie zugunsten arbeitsintensiver Methoden auf die energie- und kapitalintensive Industrie angewandt würden. Der um fünf Prozent gesunkene Energieverbrauch je produktivem Arbeiter ist die Hauptursache für den fünf-prozentigen Rückgang der Produktivität, der im industriellen Sektor verzeichnet wird, obwohl man versuchte, den geringeren Energieverbrauch durch eine Beschleunigung des Arbeitstempos zu kompensieren (siehe Graphik). Dieser Fall der Produktivität pro Arbeiter führt trotz Barry Commoners und Ed



Sadlowskis Lobgesänge auf arbeitsintensive Methoden zu einem ähnlichen Absinken des Konsumtionsniveaus pro Kopf. Besonders klar wird dies durch die landwirtschaftlichen Studien, die Dr. Dan Dvoskin und andere an der Universität von Iowa durchführten. Die Untersuchungen Dvoskins zeigen, daß eine um fünf Prozent geringere Nutzung von Energie bei der Produktion im landwirtschaftlichen Sektor zu einer Preissteigerung der produzierten Güter von 13 Prozent führt, und eine um zehn Prozent geringere Nutzung zu einer Erhöhung der Preise um 47 Prozent. Die Auswirkungen auf die Vereinigten Staaten und die Länder, die auf die Landwirtschaftsexporte der Vereinigten Staaten angewiesen sind, sind nicht schwer vorzustellen.

Das brasilianische Wunder

Der Beleg dafür, was mit einer Wirtschaft passiert, die nach »ökologisch gesunden Prinzipien« der Naderisten Energie einspart, zeigt sich bereits bei dem katastrophalen brasilianischen »Wunder«. Um die Brennstoffimporte zu reduzieren und die Schuldenzahlungen an die New Yorker Banken aufrechtzuerhalten, folgte Brasilien den Anweisungen von Commoner und ersetzte in seiner Stahlindustrie die Kohle

durch »erneuerbare« Ressourcen. Gleichzeitig behielt Brasilien die höchst arbeitsintensiven, energiesparenden Methoden in der Landwirtschaft bei. Konkret bedeutete diese »Konservierungspolitik« das Abholzen von Millionen Hektar Tropenwald, um das Holz als Holzkohle in den Stahlwerken zu verbrennen (was in England vor über 200 Jahren gemacht wurde), während weitere Millionen Hektar für die Viehzucht gerodet wurden. Die Auswirkungen dieser Zurück-zur-Natur-Politik war, daß weite Landstriche keine Feuchtigkeit mehr an die Atmosphäre abgeben konnten. Das Ergebnis ist eine sich selbst beschleunigende Ausweitung der Dürre, die sich bereits jetzt über zwei Millionen qkm erstreckt, und nicht nur den gesamten Nordosten Brasiliens, sondern auch Kolumbien und Peru in Mitleidenschaft zieht. Die Folgen waren nicht nur Hungersnöte und Epidemien in den direkt betroffenen Gebieten; der Gesamtrückgang des globalen Energieflusses und die Klimaveränderung führten zu drastischen Wetterveränderungen in der nördlichen Hemisphäre. Dazu gehört die Ausbreitung der Trockenheit in Kalifornien, die Trockenheit in Europa im letzten Jahr und die extreme Kälte dieses Winters im Osten der Vereinigten Staaten (eine extreme Kältewelle, die zum Vorwand für die Einführung von Energiespar-

maßnahmen nach brasilianischem Muster dient).

Die Fortführung und Ausweitung dieser Politik der Umweltschützer wird zu einer völligen Zerstörung der Umwelt führen, zur Vernichtung aller entwickelten Lebewesen durch Seuchen, und zur Bildung einer globalen Wüste.

Die Alternative zu einer derartigen Umweltzerstörung ist die Entwicklung der thermonuklearen Fusionsenergie. Fusionsenergie wird nicht nur unbegrenzt saubere Energie zur Verfügung stellen; durch den Gebrauch des Fusionsbrenners — wo Materialien durch hohe Temperaturen aufgeschmolzen und in ihre Elemente zerlegt werden — kann der gesamte Abfall ständig beseitigt werden. Das größte Verbrechen der Naderisten bestand darin, daß sie der Kernenergie — einschließlich der Fusion — die Lüge von der »radioaktiven Gefahr« anhängten und durch ihre Propaganda ein generelles psychotisches Klima in der Jugend des Westens schufen, das dieser Art qualitativen wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts wie der Fusionsenergie feindlich gegenüber steht.

Dieser Schaden kann und muß behoben werden. Der Naderismus muß jetzt begraben werden und der Fortschritts-gedanke muß wieder zur Leitidee werden.

US-''Umweltschutzgesetz'' zerstört Atomindustrie

Wohl kein anderer Industriezweig in den USA ist härter von dem »Umweltschutzgesetz« NEPA in Mitleidenschaft gezogen worden als die Atom-Industrie. Erreicht wurde dies unter dem Vorwand verschiedener unhaltbarer Beanstandungen gegen die vermeintliche Unsicherheit und Unwirtschaftlichkeit von Kernreaktoren, was erst kürzlich in dem Schwindel um die »Plutonium-Sicherheit« und der Sabotage an den nuklearen Wiederaufbereitungsanlagen gipfelte. Die vorliegende Untersuchung soll die Wahrheit hinter all diesen Fragen, Schwindelaktionen und Lügen aufdecken.

Der verheerende Einfluß von NEPA und die Art und Weise, wie dieses »Umweltschutzgesetz« von zahllosen Rockefeller-finanzierten und Nader-kontrollierten Organisationen und Gegenorga-

nisationen benutzt wird, kann man an Hand der letzten 6-8 Jahre Entwicklung der US-Atomindustrie eindeutig ablesen. Die kombinierte Wirkung des entwicklungsfeindlichen NEPA-Gesetzes und die Kapitalumschichtung produktiver Investitionen zu monetaristischer Schuldenumwälzung hat die 1969 von der Industrie angestrebte Atomstrom-Kapazität für 1980 um 45% gesenkt. Realistische Voraus-schätzungen von 150 Mio. Kilowatt Stromerzeugung für 1980 gingen 1969 von der vorhandenen Baukapazität in der Atomwirtschaft aus (1). Es wurde weiterhin geschätzt, daß 1980 22% des gesamten amerikanischen Elektrizitätsbedarfs mit Atomenergie gedeckt werden würde. Nach Schätzungen am Jahresende 1976 wird die Atomstrom-Kapazität im Jahre 1980 nur 82 Mio.

Kilowatt betragen — ein Anteil von nur 13% an der Gesamtstromerzeugung der USA (2). Dieser drastische Rückgang der ursprünglich geplanten Nuklear-Kapazität wird in den Schaubildern 1 und 2 dargestellt.

Ein Blick auf die Statistiken bestehender und geplanter Kern-energie-Anlagen zeigt schnell, um was es geht:

— Von 72 Reaktoren, die gegenwärtig in den USA gebaut werden, sind mindestens 49 von der Atomaufsichtskommission (NRG) aufgrund des Dickichts von NEPA-Paragrafen zurückgestellt worden.

— Weiterhin sind von 65 in Auftrag gegebenen Reaktoren 53 durch die Verweigerung von Baugenehmigungen blockiert, was ebenfalls auf die Sabotage der Nader-Lobby zurückzuführen

Tabelle 1
Verträge für Kernkraftwerke,
Betriebslizenzen und Bauzeit

Jahr	Bauzeit (in Monaten)	Neue Verträge	Vergebene Betriebs- lizenzen
frühere Jahre		(17)	(6)
1965		20	0
1966		20	1
1967		30	3
1968		14	0
1969		7	3
1970	47.3	14	4
1971	60.0	20	2
1972	65.3	32	9
1973	70.8	35	13
1974	71.6	29	14
1975	96.0	5	3
1976	108.0	3	6
Summen		246†	64

† Auf Grund von Stornierungen seit 1974 ist diese Zahl größer als die insgesamt 220 vertraglich abgeschlossenen Reaktoren.

ist.

Nicht genug damit: vielen der 64 in Betrieb befindlichen Kernreaktoren droht die Stilllegung, da die »Umweltschützer« aus dem NEPA-Gesetz laufend neue »Sicherheits«- und »Umweltbedingungen« ableiten können, die zum Zeitpunkt des Baus der Anlagen nicht erforderlich waren. Diese Zusatzeinrichtungen können sich auf alles und jedes erstrecken, anfangen mit aufwendigen Beobachtungsbestimmungen möglicher Veränderungen im sexuellen Verhalten der Karpfen und Muscheln im Hudson River bis hin zu kostspieligsten Investitionen für Kühltürme.

Solche Kühlungsvorschriften bedrohen den Bau des Seabrook-Reaktors an der Küste von New Hampshire — eine ausgemachte Irrsinnvorschrift, da durch die Küstenlage genügend Kühlwasser aus dem Meer vorhanden ist. Ursprung dieser Forderung war natürlich eine Nader-kontrollierte Bürgerinitiative mit dem sinnigen Namen »Muschel-Koalition«, die sich auf bestimmte NEPA-Bestimmungen beruft. Diese anti-humane Vereinigung

verteigt sich zu der Behauptung, daß der »mögliche« Verlust einiger Muscheln mehr Bedeutung hat als das menschliche Elend in einer Gesellschaft, die ohne Energiewachstum existieren soll.

Der Haupteffekt, den NEPA auf die Atom-Industrie haben soll und den die Nader-Leute natürlich erreichen wollen, ist, daß die Unternehmen solange in endlose Anhörungen, Gerichtsverfahren usw. verstrickt werden, bis die Energieversorgungsbetriebe von sich aus gezwungen wären, die Lizenzen zurückzugeben. Endziel solcher Aktionen ist es natürlich, die Kraftwerksleitungen so zu demoralisieren, daß sie in Zukunft zögern, überhaupt noch Kernanlagen zu bauen.

Die Auswirkung dieser Verzögerungstaktik auf drei zentrale Bereiche des Reaktorbaus geht aus Tabelle 1 hervor. Die erste und offensichtlichste Kategorie ist der Anstieg der Bauzeit. Diese stieg von 1970-76 um absurde 130% an — von ca. 4 auf ca. 9 Jahre — ein direkter Schlag ins Gesicht der amerikanischen Schwerindustrie, die diese Anlagen leicht in weniger als vier Jahren bauen könnte. Der weitaus größte Teil dieses Zeitanstiegs geht auf das Konto der Sicherheits-, Zulassungs- und Umweltüberprüfungen, Anhörungen, Spitzfindigkeiten der Nader-Leute usw.

Die anderen beiden Kategorien in Tabelle 1 weisen die Anzahl der abgeschlossenen Bauverträge und die erteilten Betriebslizenzen pro Jahr von 1965 bis 1976 aus. Die Auswirkungen der gesteuerten Antikernkraft-Aktionen

Tabelle 2

Elektrische Stromerzeugung aus bereits betriebenen, noch im Bau befindlichen oder erst bestellten Kernkraftwerken

Reaktoren	Stromerzeugung (in Megawatt)
64 betriebene Reaktoren	45,455
72 mit Baugenehmigung	76,224
19 mit beschränkter Bauerlaubnis	20,286
65 Reaktoren in Auftrag	74,507
8 Vorgesehene Reaktoren	8,460
228 Gesamt	224,932

zeigen sich besonders deutlich in den letzten beiden Jahren (siehe Schaubild 2), wo deutlich ein starker Rückgang in der Vergabe von Betriebslizenzen und Bauverträgen zu verzeichnen ist: eine Abnahme um über 65% bzw. 85%. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die erwartete Gesamtstromerzeugung von bereits arbeitenden oder geplanten Kernanlagen.

Ein beträchtlicher Anteil am Rückgang neuer Kernkraftwerks-Aufträge muß zudem auf den Zusammenbruch der Industrie-Investitionen im allgemeinen zurückgeführt werden; die monetaristischen Schuldeneintreiber der Wall Street haben es bewußt auf die Zerstörung der US-Industrie, des Lebensstandards der Bevölkerung und im Grunde der Menschheit als Ganzer abgesehen. Es sollte jedoch offensichtlich sein, daß diese beiden scheinbar getrennten Interessengruppen — die Nader-Anhänger und die Wall Street-Banken — in Wahrheit am gleichen Strang ziehen und an der Spitze von identischen Einzelpersonen und Gruppen befehligt werden.

Der Rückgang bei den Vertragsabschlüssen im Jahre 1969 (siehe Tabelle 1) ist in erster Linie auf die damaligen Lieferschwierigkeiten der Anlagenbauer zurückzuführen. Das betraf insbesondere Reaktor-Druckkessel, Kesselhauben, Dampfgeneratoren und andere großdimensionierte Stahlteile, die Präzisionsarbeit erfordern.

Diese Probleme wurden aber innerhalb von ein bis zwei Jahren gelöst, so daß die Aufträge in den folgenden Jahren zahlenmäßig wieder stärker anstiegen.

»Umweltschützer« versus Atomindustrie

Der erste wichtige Gerichtsentscheid über die NEPA-Bestimmungen erfolgte 1971 mit dem Fall Calfert Cliffs Coordination Committee gegen Atomic Energy Commission (AEC). In diesem Prozeß befand die zweite Instanz des US-Berufungsgerichts in Washington D.C., daß die AEC Umweltgesichtspunkte bei der Zulassung von Kernenergie-Anlagen in Betracht ziehen und eigene Umweltuntersuchungen durchführen müsse, selbst wenn andere Bundesbehörden gleiche Untersuchungen anstellten. Zudem müsse die AEC »abwägen« zwischen Umweltansprüchen einerseits und technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen andererseits.

Das Calfert-Cliffs-Urteil bewirkte unmittelbar, daß 93 Kernkraft-Projekte

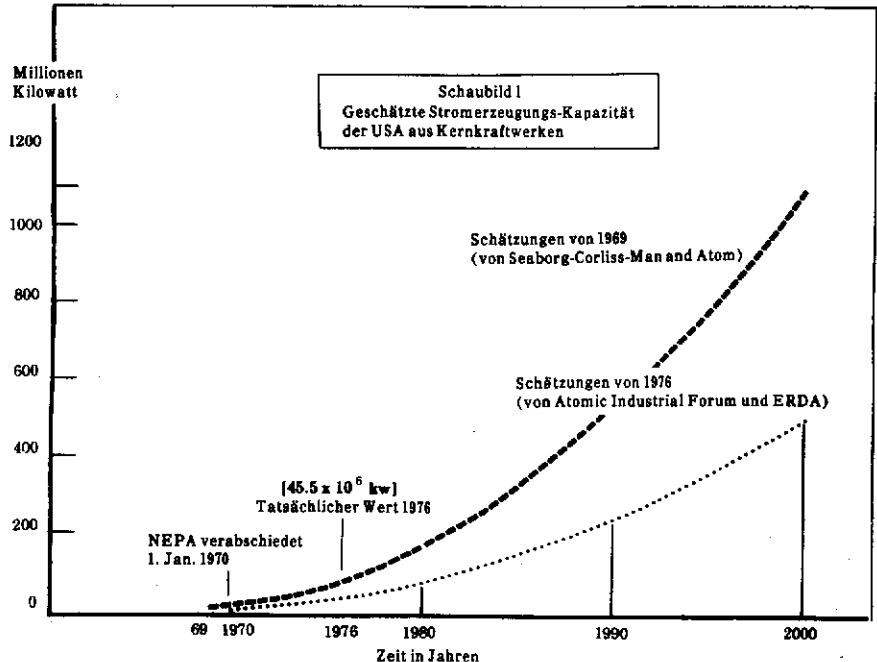
in verschiedenen Stadien zwischen Planung und Fertigstellung entweder völlig gestoppt, verzögert oder in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt wurden, weil die AEC nunmehr Umweltgesichtspunkte »in Betracht zog«.

Die Auswirkung des Gerichtsentscheids über NEPA und der drohende Zusammenbruch des Kapitalmarktes wurden 1974 noch deutlicher, als trotz 29 neuer Kraftwerks-Bestellungen die Energieversorgungsunternehmen den

weise 375 Mio. DM gekostet.

Folgende Bereiche sind am härtesten umkämpft:

1. **Atomreaktoren.** Von allen Auseinandersetzungen um Kernkraftwerke in den USA ist der gegenwärtige Kampf um die Seabrook-Anlage der zentrale Testfall. Die US-Labor Party hat das Gebiet von Neu-England im Nordosten der Vereinigten Staaten als die Schlüsselregion für die Erhaltung und Entwicklung des industriellen



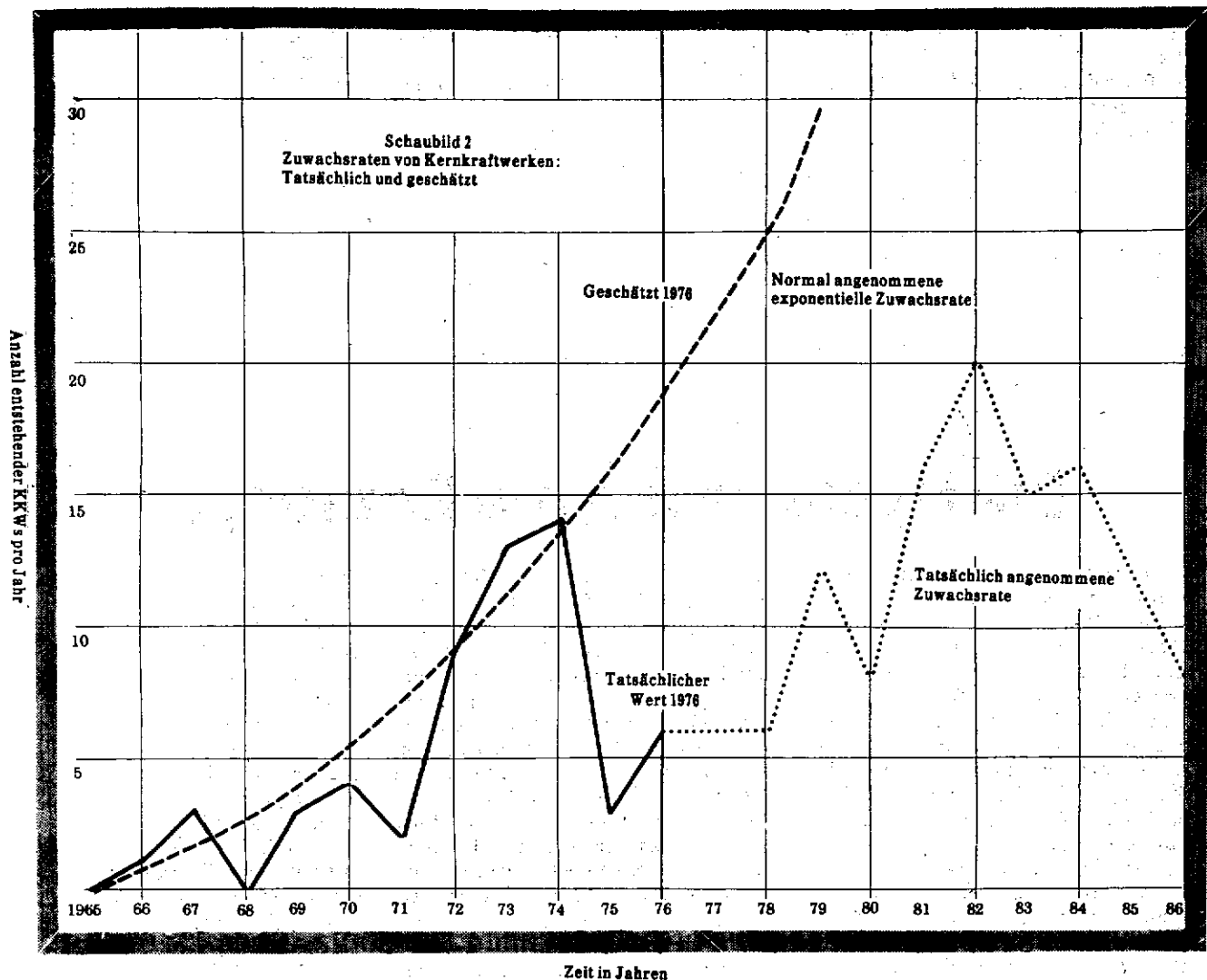
Bau von 70 bereits genehmigten Kraftwerken zurückstellten und 9 Aufträge völlig stornierten. Diese drastische Demonstration der Energieversorgungsunternehmen war bis dahin ohne Beispiel und schockierte die gesamte Atom- und Energieindustrie. Zurückstellungen und Stornierungen von Kernkraftwerken haben sich, wenn auch verlangsamt, in den folgenden 2 Jahren (1975-1976) bis heute fortgesetzt und addieren sich zu dem katastrophalen Rückgang neuer Bestellungen.

Unter geschickter Ausnutzung der Gummiparagraphen in dem NEPA-Gesetz haben Nader und Konsorten ihre Verzögerungs- und Abwürgtaktik zu einer solchen Kunst entwickelt, daß selbst Gerichtsurteile, die zugunsten der Energiewirtschaft ausfallen, nichts nutzen, weil die durch das Verfahren bedingte Verzögerung das Projekt so kostspielig macht, daß es nicht weitergeführt werden kann. So haben beim Seabrook-Projekt in New Hampshire jeder verzögerte Monat schätzungs-

Potentials des gesamten Landes festgemacht; die beiden für Seabrook geplanten Atomreaktoren sind von zentraler Bedeutung für die Zukunft dieser Region. Sie sollen 80% des Energiebedarfs von New Hampshire decken und dadurch die Energiekosten für ganz Neu-England senken helfen.

Wie vorherzusehen war, haben sich die Nader-Leute und die »Naturfreunde« Lower Manhattans mit glühendem Haß auf das Seabrook-Projekt gestürzt. Die selbsternannte »Muschel-Koalition« — fest entschlossen, jedes Kernkraftwerk in Neu-England zu sabotieren — lieferte den Vorwand, mit dessen Hilfe die US-Umweltschutzbehörde (EPA) und die Atomaufsichtskommission (NRC) das Projekt, mit dessen Bau im letzten Juli begonnen wurde, abweisend gebilligt und verworfen haben.

Die US-Umweltschutzbehörde hat unter schwerem Druck der Nullwachtums-Fanatiker angekündigt, daß sie das Seabrook-Kühlsystem nicht billigen wird, ein Schritt, der das ganze Projekt



in Frage stellen würde. Die Anrufungsinstanz der Atomaufsichtskommission schloß sich dieser Haltung an und erließ eine einstweilige Baustopp-Verfügung. Dem Seabrook-Projekt wurde die Auflage gemacht, zusätzlich mehrere Kühltürme zu bauen und den Ablauf warmen Wassers in das Meer zu unterlassen. Dabei gilt die Hauptsorge der Behörden weder dem nuklearen Abfall noch der Radioaktivität, sondern der angeblichen Gefahr für dünn-schalige Muscheln. Dieser Beschluß könnte die meisten der 164 im Bau befindlichen oder geplanten Atomkraftwerke und sogar den weiteren Betrieb von 64 laufenden Anlagen gefährden.

Die »Muschel-Koalition« macht geltend, daß ein kleiner Teil der Larven dünn-schaliger Muscheln, die angeblich einen »hohen Erholungswert« haben, durch den Wasserzustrom des Kühlsystems zerstört werden könnten; ähnlich würde es einer unbedeutenden Anzahl anderer Meerestiere ergehen.

Nach Aussage eines Projekt-Ingenieurs handelt es sich dabei um eine Menge, die dem täglichen Nahrungsbedarf von vier Blauwalen entspricht. Dafür sollen das Wohlbefinden und die Entwicklung der Menschen ganz Neu-Englands aufs Spiel gesetzt werden. Vor der Wahl zwischen produktivem menschlichen Leben und einigen Meeresweichtieren demonstriert die »Muschel-Koalition« lautstark, für wen sie sich entscheidet.

Der Bau eines weiteren Kernkraftwerkes, des von der Gesellschaft Consumer Power getragenen Reaktors in Midland (Bundesstaat Michigan), wird schon seit über sieben Jahren mit NEPA-Taktiken verzögert, und dem Projekt droht jetzt nach einem Urteil des US-Berufungsgerichtes der Entzug der Baugenehmigung. Falls dies tatsächlich eintritt, wird der Bau für mindestens zwei Jahre zurückgestellt werden, obwohl Consumer Power schon 750 Mio. DM in die Anlage investiert

hat.

Viele andere Projekte stecken in ähnlichen Schwierigkeiten und könnten zu einer endlosen Liste aufgereiht werden.

2. Export von Kernkraftwerken: Der von Nader-Leuten versuchte Rat zur Verteidigung der Naturschätze (Natural Resources Council) hat sich in den Entscheidungsprozeß der US-Atomaufsichtsbehörde (NRC) in den Versuch eingemischt, Länder der Dritten Welt und Europa daran zu hindern, mit amerikanischem Know-how und Material Kernkraft-Werke zu erbauen.

Kürzlich erhob der Rat zusammen mit der sogenannten »Union besorgter Wissenschaftler« gegen die NRC Klage, um die Behörde daran zu hindern, eine Exporterlaubnis für US-Technologie zum Bau eines Kernreaktors in Tarpur, Indien, zu erteilen.

Die Nullwachstumsattacke, eine flagrante Unterminierung des Kampfes der indischen Regierung gegen Armut und Rückständigkeit, wurde zynisch

mit »Umwelt«-Argumenten gerechtfertigt.

3. Plutonium-Wiederaufbereitung: Bei den begrenzten Uran-Reserven ist die Verwendung und das Erbrüten von Plutonium für Kernspaltungsreaktoren während der Übergangszeit zur Fusionsökonomie in den '90er Jahren absolut unerlässlich.

Plutonium wird in kleinen Mengen in den gegenwärtig betriebenen Leichtwasser-Reaktoren erzeugt; es könnte in viel größeren Mengen mit dem »Schnellen Brüter« erzeugt werden

oder besser noch mit dem sog. Hybrid-Reaktor.

Hysterische Attacken gegen Plutonium — wobei von »Terroristen« bis zu Reaktorunfällen mit einer Wahrscheinlichkeit von 1:1 Million alles aufgeboten wird — sind die wichtigsten Werkzeuge der Nullwachstums- und Austeritätsfanatiker. In diesem Monat wird die NRC ihre »Allgemeinen Umweltbestimmungen für gemischte Oxyd-Brennstoffe« (GESMO) erlassen, von denen die Wiederaufbereitung von »verbrauchtem« Uran zu Plutonium ab-

hängt. Die »GESMO« wird auf zahlreichen Anhörungen diskutiert werden, in die die US-Labor Party und die Fusion Energy Foundation (FEF) intervenieren werden, um den sofortigen erweiterten Gebrauch von Plutonium und wiederaufbereitetem Uran voranzutreiben.

Fußnoten:

(1) G. Seaborg und T. Corliss, *Man and Atom*, McGraw Hill, New York, 1971.

(2) Atomic Industrial Forum Inc., Presseerklärung, 5. Januar 1977.

Die Hysterie um die Entsorgung

Am ersten Dezember letzten Jahres wurde in den amerikanischen Zeitungen *New York Times* und *Wall Street Journal* offen der Abbau der amerikanischen Kernkraftwerke propagiert. Beide Zeitungen zogen einen Bericht des amerikanischen Bundesrechnungshofes (GAO) heran, um einleuchtend zu machen, daß alle Planungen für Reaktoren vom Typ »Schneller Brüter«, die das amerikanische Kernenergieprogramm bisher vorsah, in den Papierkorb wandern würden. Sie bezogen sich auf eine Entscheidung Präsident Fords von Ende Oktober, die den kommerziellen Einsatz von Plutonium in Kernreaktoren verschob; der GAO-Bericht hatte dazu erklärt, die Zukunft des Brutreaktors sei jetzt gefährdet. Das *Wall Street Journal* fügte hinzu: „Auch wenn der GAO-Bericht nichts zu diesem Thema äußerte, ist die Zukunft des Schnellen Brütters durch die Wahl Jimmy Carters weiter unsicher geworden. Der zukünftige Präsident kritisierte während des Wahlkampfes das Brüter-Programm und äußerte somit ähnliche Ansichten wie Ford, als er den Einsatz von Plutonium in der kerntechnischen Industrie in Frage stellte. Wahrscheinlich wird Carter dem Kongreß vorschlagen, daß die Mittel für das Brüter-Programm drastisch gekürzt oder vielleicht sogar ganz gestrichen werden.“

Solche Pressemeldungen sind psychologische Kriegsführung gegen die Bevölkerung; sie verfolgen die Absicht, die bereits weitverbreitete (aber völlig falsche) Vorstellung, der steigende Einsatz von Plutonium und die Kernspaltung im allgemeinen stellten eine Gefahr für die Menschheit dar,

weiter zu nähren. In solchen Meldungen wird deshalb geflissentlich darüber hinweggegangen, was die zweite Absicht hinter solchen Kampagnen ist: durch den Nichteinsatz von Plutonium als Kernbrennstoff würden die gesamte kerntechnische Industrie und alle Kernkraftwerke zur Schließung gezwungen. Jimmy Carters Energieplaner bieten stattdessen Windmühlen und Sonnenkraftwerke an, die offensichtlich nur eine drastisch reduzierte Bevölkerung bei lebensbedrohlichen Einschränkungen des Lebensstandards mit Energie versorgen könnten: industrielle Demontage und Völkermord, Jimmy Carters Wirtschaftsprogramm, sind der Hintergrund, wenn gegen die Kernenergie zu Felde gezogen wird.

Außer den Brutreaktoren steht binnen kurzer Zeit auch der Einsatz von Leichtwasser-Reaktoren (LRW) auf dem Spiel. Diese erprobte Technologie zur Kernenergiegewinnung müßte bald ebenfalls aufgegeben werden, da sie Plutonium als Brennstoff benötigt, sobald die Vorräte des zur Zeit benutzten Brennstoffs Uran in wenigen Jahren zur Neige gehen.

Aber der Angriff auf die Kernspaltungskraftwerke richtet sich auch gegen ihre Weiterentwicklung, die sehr kapitalintensive Kernfusions-Technologie. Wenn man den Bau und die Weiterentwicklung von Kernspaltungskraftwerken einstellt, würden die aufeinander eingespielten Arbeitsgruppen von Spezialisten (Ingenieure, Wissenschaftler, Techniker und Facharbeiter) auseinanderfallen; die Entwicklung der Kernfusion würde sich also sehr verzögern.

Daß sich die Energieversorgung

durch die Kernspaltung in den nächsten 20 Jahren steigert, ist unabdingbar für den Übergang zu einer neuen Wirtschaftsform, deren Grundlage die Kernfusion darstellen wird. Nur die Kernfusion birgt in sich alle Möglichkeiten, um die Industrie in eine neue Produktionsweise zu überführen und zugleich die Produktion quantitativ auszuweiten.

Nur die Kernfusion gewährleistet eine praktisch unbegrenzte Versorgung mit nutzbarer Energie in verschiedenster Form: als Wärme, als elektrische Energie, als Strahlung und in Form geladener Teilchen. Mit ihr allein kann die Menschheit ihr Überleben über dieses Jahrhundert hinaus sicherstellen. In dieser etwa 20-jährigen Übergangszeit werden wir die Kernspaltung und konventionelle (fossile) Brennstoffe vermehrt zur Energiegewinnung heranziehen und sie unter Umständen aufbrauchen müssen, damit wir unser Ziel mit Sicherheit erreichen.

Die neuesten Schätzungen (ohne die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten), haben gezeigt, daß die wirtschaftlich nutzbaren Uranerz-Vorkommen (d.h. mit weniger als 100 DM Kosten für ein Kilo Uran verbunden) selbst bei der heutigen, niedrigen Steigerung des Energieverbrauchs in etwa 15 Jahren erschöpft sein würden. Zählt man die schwerer zugänglichen und damit teureren Erzvorkommen hinzu (100 bis 200 DM pro Kilo Uran), so reicht der Vorrat noch nicht einmal bis zur Jahrhundertwende. Das bedeutet, daß die gerade im Bau befindlichen Kernreaktoren lange vor Ablauf der vorgesehenen Betriebsdauer von 30

Jahren nicht mehr mit Uranbrennstoff versorgt werden können. Diese Tatsache ist bekannt, sowohl in der kerntechnischen Industrie und bei den Energieversorgungsunternehmen als auch bei den Bankiers, die hier investieren.

In naher Zukunft muß also zur Versorgung der Leichtwasser-Reaktoren Plutonium lieferbar sein, damit diese als Energiequelle wirtschaftlich sinnvoll bleiben. Anderenfalls wäre nicht zu verhindern, daß dieser technisch hochentwickelte Industriezweig verfällt und so der Menschheit ein lebenswichtiges Instrument zur Weiterentwicklung genommen wird.

Warum die Angriffe auf das Plutonium?

Die Kampagne gegen das Plutonium und gegen die Kernenergie hat zwei Gründe, die miteinander zusammenhängen. Zum einen geht es darum, daß die New Yorker Großbanken James E. Carters Programm in die Tat umsetzen und eine faschistisch kontrollierte, arbeitsintensive Wirtschaft mit »Hacke und Schaufel« einführen wollen — nicht nur in den USA. Beispielhaft für dieses Programm Carters sind in den USA das »Arbeitsdienstgesetz« der Senatoren Humphrey und Hawkins und der Plan, bankrotte Städte im Nordosten der USA einer von den Banken organisierten Zwangsverwaltung zu unterstellen (vergl. Big MAC in New York). Diese beiden Pläne sehen als »alternative Energiequellen« vergleichsweise primitive Verfahren vor wie

Kohlevergasung, Ausbeutung von Ölschiefervorkommen und die Verheizung von Holz. Ähnlich lautende Vorschläge gehen in Europa von Carters Bundesgenossen in der Trilateralen Kommission aus. Die Kernenergie, die hohe Kapitalkosten und hochspezialisierte Fachkräfte erfordert, bedroht so gesehen die Schuldeneintreibungsstrategie der monetaristischen Bankiers in gefährlicher Weise. Sämtliche Aktivitäten gegen die Kernenergie, ob sie von maoistischen Banden, Bürgerinitiativen für Umweltschutz, Leuten mit pseudowissenschaftlichem Anstrich oder der Presse und den übrigen Massenmedien ausgehen, sind ein ausführender Arm von Carters Hintermännern und sind daher im besagten Lichte zu sehen.

Als Zweites: Soweit sie die Kernenergie vorübergehend noch für nützlich halten, wollen die genannten Bankiers den Markt für spaltbares Material unangefochten in ihre Hand bekommen. So wollen sie kurzfristig zusätzliche liquide Gelder schaffen, die das Dollar-Schuldensystem abstützen können. Gegenwärtig bemühen sich die zwei herrschenden Finanzmächte (die Rockefellers und die Rothschilds), in gemeinsamen Vorgehen die gesamte Uranversorgung der westlichen Welt mehrheitlich aufzukaufen. Im wesentlichen wollen sie erreichen, daß sie den Preis für Uranerz willkürlich auf ein hohes Niveau festsetzen können; d.h., daß ein »Uranschwindel« nach dem Vorbild des »Ölschwindels« von 1973 möglich wäre. Wie seinerzeit die »Petrodollars«, sollen diese Papier-

profite zur Refinanzierung von Krediten statt für produktive Investitionen verwendet werden.

Diesen Plänen der Monetaristen stehen das Plutonium und die Kernenergie im Wege. Der vermehrte Einsatz von Plutonium würde den Preis von Kernbrennstoff erheblich senken, da die teure Anreicherung des normalen Urans umgangen werden kann. Auch würde den Rockefellers und ihresgleichen die Brennstoffversorgung weitgehend aus der Hand genommen, da die Schnellen Brüder den Brennstoff Plutonium selbst erzeugen.

Kernenergie im Vergleich zu konventioneller Energie

Die Erzeugungskosten elektrischer Energie mit den bewährten Leichtwasser-Reaktoren liegen meist günstiger als die der konventionellen Stromerzeugung mit Öl- und Kohlekraftwerken. Legt man den inflationierten, gegenwärtigen Ölpreis (11 Dollar pro 164 Liter) zugrunde, so ist die elektrische Energie aus Kernkraftwerken viel billiger als aus Öl und im allgemeinen auch etwas billiger als Kohle. Eine Wirtschaftlichkeitsanalyse von Dr. Seymour Barom, die in der letzten Juni-Ausgabe der amerikanischen Fachzeitschrift *Mechanical Engineering* erschien, verdeutlicht die gegenwärtigen Aufwendungen für den elektrischen Strom. Der Untersuchung liegt eine vollständige Netto-Energiebilanz zugrunde (siehe Bild 1). Neben den eigentlichen Kapitalkosten stellte Dr. Barom in seiner Analyse auch elektri-

Vergleich der Erzeugungskosten und des Preises elektrischer Energie für den Verbraucher

Bild 1

	Öl	Kohle	vergaste Kohle	verflüssigte Kohle	Leichtwasser-Reaktor	Flüssigmetall-gekühlter Schneller Brüter	Kernfusion	Sonnenkollektoren (thermisch)	Solarzellen (elektrisch)
gesamte Energiekosten									
in 0,1 Cent pro Kilowattstunde (1)	25.1	24.2	41.7	46.3	27.8	33.7	45.2	490	680
in 0,1 Cent pro Kilowattstunde (2)	45.7	31.7	55.7	58.8	28.5	33.9	45.2	490	680
annähernde Brennstoffpreise im Jahr 1975 (3)	\$11	\$20	\$20	\$20	\$20	\$20	0	0	0
investiertes Kapital in Mrd. Dollar (4)	0.94	0.97	1.67	1.87	1.16	1.43	1.92	20.9	28.9
Zeit zur Energieamortisation in Jahren	0.2	0.2	0.4	0.5	0.4	0.4	0.4	8.3	48.0
Gesamtwirkungsgrad in Prozent	26.6	32.4	17.5	19.4	24.9	34.7	24.6	2.6	3.9

(1) reale, nicht inflationierte Brennstoffkosten

(2) Brennstoffkosten nach den Preisen von 1975

(3) Preisangaben: pro Barrel (164 l) für Öl, pro Tonne für Kohle, vergaste

Kohle und verflüssigte Kohle, pro Pfund Uran für den Leichtwasserreaktor und den flüssigmetallgekühlten Schnellen Brüter

(4) Dollarwert von 1975, ohne Brennstoffkosten

Dieser Analyse liegt eine vollständige Netto-Energiebilanz aller Systeme zugrunde; die Energieerzeugung beträgt überall 1000 Megawatt elektrischer Leistung. Die

Ergebnisse geben einen brauchbaren Anhaltspunkt zum Kostenvergleich elektrischer Energie. Damit man die Kernfusion in einem solchen Vergleich richtig bewerten kann, wäre

allerdings eine umfassendere Analyse erforderlich, sich nicht allein auf elektrischen Strom beschränkt wird.

Jährlich in den Vereinigten Staaten erzeugte tödliche Dosen (in 1000 Mrd. Stück)

Bild 2

CHLOR	400
PHOSGEN	18
AMMONIAK	6
WASSERSTOFFZYANID	6
PLUTONIUM	1

(unter der Annahme, daß die USA sämtliche Energie mit Schnellen Brütern gewinnen)

sche und thermische Energiekosten in Rechnung, die bei der Gewinnung bzw. der Weiterverarbeitung des Brennstoffs, bei der Erzeugung der Baustoffe sowie dem Bau und dem Betrieb des Kraftwerks entstehen. Weiterhin werden der Energie-Wirkungsgrad und die Netto-Energieerzeugung der verschiedenen Verfahren berechnet.

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, daß bei den realen, nicht inflationierten Produktionskosten der Brennstoffe — Öl 11,35 Dollar (28,- DM) pro 164 Liter, Kohle 3 Dollar (7,50 DM) pro Tonne und Uran 16 Dollar (40 DM) pro Kilo — alle drei Möglichkeiten zur Stromerzeugung wirtschaftlich miteinander vergleichbar sind; die Wahl hängt dann im wesentlichen davon ab, ob der jeweilige Brennstoff leicht verfügbar ist. So wird man in den Neuengland-Staaten an der Ostküste der USA der Kernenergie den Vorzug geben, da hier weder Kohle noch Öl billig zu bekommen sind. In vielen Gegenden Indiens sind dagegen sowohl Kohle als auch Kernenergie erwägenswert, denn dort sind große Kohlevorräte und auch spaltbares Material vorhanden. Sobald man natürlich leichter Zugang zu Plutonium bekommt, wird die Nutzung der Kernenergie billiger sein, und das Verhältnis zwischen den drei Energiequellen dürfte sich verschieben.

Kurzfristig zu entwickelnde Reaktoren des Typs »schneller Brüter« mit Flüssigmetallkühlung und die Kernfusion (in Dr. Barons Analyse liegt der Kernfusion ein sehr konventioneller amerikanischer Entwurf für ein Kraftwerk, der Tokamak UMAK-1 zugrunde) bieten, der Anlage zufolge vielversprechende Aussichten, obwohl er die Kostenschätzung vom heutigen Stand der Technik anging und deshalb die Kosten für Fusionsreaktoren viel zu hoch ansetzte.

Zwar geht Dr. Baron in seiner Analyse bei den neun erwogenen Alternativen nur vom heutigen Stand der Technik aus, doch zur Zeit werden nur

Öl, Kohle und Kernenergie (Leichtwasserreaktoren) in nennenswertem Umfang genutzt. Eine Aufschlüsselung des gegenwärtigen Energieverbrauchs der Vereinigten Staaten z.B. zeigt, daß etwa 45 Prozent aus Kohle erzeugt werden, 15 Prozent aus Öl und 10 Prozent mit Kernkraftwerken. Die restlichen 30 Prozent teilen sich zwischen Wasserkraftwerken und Erdgas auf.

Sogenannte »alternative« Energiequellen

Dr. Barons Vergleichsrechnungen in Bezug auf die Netto-Energieerzeugung verschiedener Verfahren decken auf, welchen Unsinn man der Öffentlichkeit über die angeblichen »Vorteile alternativer Energiequellen« aufschwätzen will: Kohlevergasung, Windmühlen und Sonnenenergie sollen die Energieversorgung der Welt besser sicherstellen können. Die Ergebnisse belegen, daß solche Verfahren teuer sind als selbst der sehr hochgegriffene Kostenvoranschlag für die Fusionsenergie. Aus Kohle gewonnenes Gas oder flüssiger Brennstoff verursachen doppelt so hohe Energiekosten wie die direkte Kohlenutzung und die Kohlevorräte werden bei gleicher Energieerzeugung doppelt so schnell aufgezehrt. Die Kosten für Solarenergie bewegen sich nicht einmal in derselben Größenordnung: diese Energie ist mindestens zehnmal teurer, und es dauert allein 8 bis 50 Jahre, um nur die beim Aufbau und Betrieb der Sonnenzellen aufgewendete Energie zu amortisieren.

Die Sicherheit bei Kernkraftwerken

Die große Gefahr des Plutoniums für die Menschheit wurde erst von jenen Kräften beschworen, die Sparpolitik und Nullwachstum im Sinn haben. Ältere und neuere Untersuchungen über die wirkliche Plutoniumgefahr haben ergeben, daß das Plutonium durchaus nicht »die giftigste Substanz ist, die der Mensch kennt« und daß der Umgang mit Plutonium erheblich weniger Risiken in sich birgt als die großen Mengen verschiedener chemischer Stoffe, die Tag für Tag in der Industrie verarbeitet werden. Obwohl diese Sicht sehr gut begründet ist und von anerkannten Wissenschaftlern der ganzen Welt bestätigt wird, bleibt sie der Öffentlichkeit vorenthalten. Ein neuerer Artikel von Bernhard L. Cohen, Universität Pittsburgh (November-Ausgabe 1976 der amerikanischen Fachzeitschrift Nuclear Engineering

International) mit dem Titel: »Zur Giftigkeit von Plutonium: Eine Untersuchung zeigt, daß es relativ harmlos ist« stellt die Sachlage in einem ausgezeichneten Überblick dar.

Die größte Gefahr stellt staubförmiges Plutonium dar, wenn man es einatmet. Deshalb wird es in Tabelle 2 mit einigen anderen flüchtigen Giftstoffen verglichen, die in der Industrie erzeugt werden. Dazu muß man wissen, daß sich Plutonium als Schwermetall nicht so leicht verflüchtigt, während die anderen Stoffe gasförmig sind und sich deshalb sofort in der Luft verteilen. Plutonium ist zwar viel beständiger als diese Gase (diese zersetzen sich mit der Zeit) aber der durch die Verbreitung von Plutonium angerichtete Schaden entsteht fast nur durch die ursprüngliche Staubwolke und nicht durch Partikel, die der Wind weiterträgt oder die sich im Boden festsetzen. Es ist klar, daß das Plutonium bei diesem Vergleich weit unten auf der Gefahrenskala rangiert.

Wichtiger sind die tatsächlichen Erfahrungen, die man über die Einwirkung von Plutonium auf den Menschen gesammelt hat. Seit dem Zweiten Weltkrieg bis 1974 waren in den Vereinigten Staaten Menschen in 1155 Fällen einer nennenswerten Dosis Plutonium ausgesetzt. Bis jetzt sind keine Todesfälle bekannt, die auf eine Plutonium-Vergiftung zurückzuführen wären; auch Krebsfälle sind nicht aufgetreten. Unter diesen Fällen befindet sich eine Gruppe von 25 Personen, die während des Krieges in den wissenschaftlichen Forschungsstätten von Los Alamos an der Entwicklung von Kernwaffen arbeiten. Damals waren die Sicherheitsbestimmungen nicht so streng wie heute. Einige waren einer Dosis ausgesetzt, die weit über der heute von der US-Energiebehörde festgelegten »höchsten vertretbaren Belastung des Körpers« lag. Nach der Theorie »heißer Teilchen« die von den Nullwachstumsfanatikern gegen die Kernenergie ins Feld geführt wird, müßten bei diesen Personen im Durchschnitt 200 Fälle von Lungenkrebs (!) aufgetreten sein. Stattdessen sind sie jetzt, nach 30 Jahren, fast alle durchschnittlich gesund. Eifer ist an einem Herzschlag gestorben. Im Jahr 1965 waren 25 Arbeiter großen Mengen von Plutonium ausgesetzt, als in einer Waffenfabrik im US-Bundesstaat Colorado ein Feuer ausbrach. Keiner von ihnen wurde ernsthaft krank. Es wären weitere solche Fälle anzuführen.

Das soll aber nicht heißen, daß der

Umgang mit Plutonium keine Risiken in sich birgt. Er kann gefährlich sein, genau wie der Umgang mit anderen Giftstoffen. Aber heute erfolgt die Arbeit mit Plutonium unter strengsten Vorsichtsmaßnahmen. Plutonium ist als potentielle Gefahrenquelle bekannt: Es ist ein langlebiger Strahler schwacher Alpha-Teilchen (elektrisch positiver Atomkerne) und kann zu Krebserkrankungen führen, wenn es in den menschlichen Körper hineingelangt. Darum wurde das Plutonium weit umfassender auf seine Auswirkungen untersucht als viele andere Giftstoffe, mit denen man in der Industrie im Großmaßstab umgeht. Für die Arbeit mit Plutonium wurden umfangreiche Sicherheitsbestimmungen und Maßnahmen entwickelt, die verhindern, daß es während der Verarbeitung oder nach einem hypothetischen Unfall in einem Kernkraftwerk in die Umgebung austreten kann. Diese Vorsichtsmaßnahmen sind mehr als ausreichend, um die möglichen Gefahren des Plutoniums beherrschen zu können.

Weitere bedeutsame Sicherheitsüberlegungen beim Plutonium betreffen die Fragen nach der Lagerung der Abfallprodukte (was auch für das Urangilt), Unfällen in Kernreaktoren und der Verbreitung von Kernwaffen.

Die Lagerung von Atommüll

Wie die Frage nach der Giftigkeit des Plutoniums ist auch die Frage nach der Lagerung radioaktiver Abfälle durchaus berechtigt. Es geht dabei aber im wesentlichen um zweckmäßige technische Maßnahmen, die bei der Gewinnung, Verarbeitung, dem Transport und der Lagerung von radioaktivem Material aus Sicherheitsgründen zu beachten sind. Auch wenn die öffentliche Meinung heute das Gegenteil glaubt, hat das Problem Atommüll mit der Menge dieses Mülls nichts zu tun. Es geht vielmehr einfach darum, den Müll für eine lange Zeit (d.h. für einige tausend Jahre) der Umgebung des Menschen fernzuhalten. Das stellt sich als ein rein technisches Problem und ist in jeder praktischen Hinsicht bereits gelöst.

Bild 3 zeigt mengenmäßig den Verbrauch und den Abfall eines 1000-Megawattkernkraftwerkes, verglichen mit einem gleichgroßen Kohlekraftwerk. Der ungeheure Größenunterschied fällt sofort auf. Es ist klar, daß der Abfall eines Kernkraftwerkes im Verhältnis zur erzeugten Energie-

menge sehr gering ist. In einer anderen Darstellung schätzt man, daß sämtlicher radioaktiver Abfall, der in den Vereinigten Staaten bis zur Jahrhundertwende erzeugt werden wird, in einem Würfel von etwa 75 Metern Kantenlänge Platz fände. Dabei würde der »hochaktive Atommüll« an jeder Ecke einen Würfel von etwa 15 Metern Kantenlänge einnehmen.

Dieser Müll wird zur Zeit und in absehbarer Zukunft in undurchlässige Fässer abgefüllt, die man dann unterirdisch von der Umgebung isoliert. In den ersten Monaten werden die verbrauchten Brennelemente noch im Reaktorgebäude gelagert. Danach wird der weiterhin benutzbare Brennstoff, U-235 und Pu-239, von dem Abfall, d.h. den Spaltungsprodukten, getrennt. Den Abfall lagert man als konzentrierte Flüssigkeit fünf Jahre lang in unterirdischen Tanks. Die Tanks werden heute mit doppelter Wandung aus rostfreiem Stahl hergestellt und in Beton eingegossen. Mit vorgesehen sind eine wartungsfreie Dichtigkeitskontrolle, die Abführung entstehender Wärme und benachbarte Leertanks, in die man den Inhalt jedes Tanks umfüllen kann, falls der innere Teil der Doppelwandung undicht werden sollte. Das alles sind rein technische Probleme!

Die älteren Tanks mit einer einfachen Wand aus den 40er Jahren werden derzeit durch moderne Behälter ersetzt. Anfang der 70er Jahre begannen in den USA einige alte Tanks undicht zu werden, doch trotz des Gezeters und der apokalyptischen Voraussagen der Atomenergie-Kritiker bestand zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Bevölkerung und ist auch in Zukunft nicht zu erwarten. Die radioaktiven Abfallstoffe wurden in den umgebenden Fels- und undurchdringlichen Bodenschichten aufgefangen und konnten daher nicht in das Grundwasser gelangen. Diese geologischen Überlegungen hatten bei der Standortsuche die ausschlaggebende Rolle gespielt.

Nachdem der Atommüll fünf Jahre lang in diesen Tanks gelagert hat, hat die beim radioaktiven Zerfall entstehende Hitze so nachgelassen, daß man das Material noch stärker konzentrieren kann. Es wird mit erst kürzlich entwickelten Verfahren verfestigt und praktisch für alle Zeiten in Höhlen oder stillgelegten Bergwerken außerhalb der Umgebung des Menschen untergebracht. Die Annahme, daß es seit den 40er Jahren keinen technischen Fortschritt gegeben habe und man heute nicht in der Lage sei, ein Speichersys-

tem zu entwickeln und zu bauen, worin dieser Atommüll völlig sicher und "für immer" deponiert werden kann, ist unbegründet und hieße die Realität menschlichen Fortschritts leugnen. Der weitere Fortschritt der Kernenergieentwicklung, die Beherrschung der Kernfusion, wird ohnehin in wenigen Jahrzehnten erlauben, daß sämtliche radioaktiven Abfälle durch Bestrahlung mit schnellen Neutronen vollkommen entschärft werden.

Was auch immer die »Umweltschützer« und Brökdorf-Fanatiker predigen: Ein Kernkraftwerk kann nicht wie eine Atombombe explodieren. Zwar wird bei beiden Uran und Plutonium als Energieträger eingesetzt, doch besteht überhaupt keine Ähnlichkeit zwischen ihnen. Bei einer Atombombe muß das spaltbare Material hoch angereichert und konzentriert sein (zu 50 bis 90 Prozent), es muß als Metall vorliegen und präzise in eine bestimmte Form gebracht werden. Der Brennstoff für Kernreaktoren besitzt dagegen nur 3 Prozent Konzentration und besteht normalerweise aus kleinen Kügelchen aus Uranoxid; mit diesen wiederum sind Brennstoffstäbe gefüllt, die im Reaktor in beträchtlicher Distanz voneinander angebracht und von Kühlwasser umspült sind. Dieser Reaktorbrennstoff kann nicht wie eine Atombombe explodieren, es sei denn, man nimmt ihn aus dem Reaktor heraus, behandelt ihn in einer Trennungsanlage, reichert ihn an, wandelt ihn in Metall um und bringt ihn in die für Atombomben nötige geometrische Form. Sogenanntes Durchgehen von Reaktoren ist lediglich ein modellhaftes Unfall-Szenario mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit.

Es ist noch nie passiert und es gab noch nicht einmal je einen Hinweis auf eine ernsthafte Gefährdung. Bei einem Leichtwasser-Reaktor müßte in diesem angenommenen Fall eines der Hauptkühlrohre, die Wasser unter hohem Druck führen, zerbersten, so daß das Wasser explosionsartig verdampft und das System sein gesamtes Kühlwasser verliert. Da jeder Reaktor eine Reihe von Notkühlsystemen besitzt, die noch nach einem solchen Unfall Kühlwasser in den Reaktor pumpen würden, muß man weiter voraussetzen, daß keines dieser Notsysteme mehr funktioniert oder wenn sie arbeiten, daß kein Wasser den Reaktorkern erreicht.

Nachdem mit derartigen "Argumenten" alle Sicherheitsvorkehrungen als nutzlos abgetan sind, die gerade als Unfallschutz entwickelt und in den Reaktor eingebaut wurden, fragt der Kern-

krattwerksgegner: "Und was tust du, wenn ...?" Mittlerweile befände sich der Reaktor-Kern bereits in Auflösung; er ist so heiß, daß die Brennstoffstäbe zusammenschmelzen, die Schmelze durchdringt möglicherweise das Reaktordruckgefäß, dann vielleicht die zwei oder drei Sicherheitsmauern, möglicherweise einige Meter Stahlbeton und dann ... geht's quer durch den Erdball bis nach China! Diese Hysterie wurde in Fachkreisen bereits als "China-Syndrom" bekannt.

Von allen vier großen Firmen, die in den USA zur Zeit Reaktoren bauen (General Electric, Westinghouse, Combustion Engineering und Babcock u. Wilcox) und von einigen staatlichen Laboratorien wurden buchstäblich tausende von Analysen sowohl der bereits in Betrieb befindlichen als auch der geplanten Kernreaktoren erstellt, die alle zum überzeugenden Schluß kamen, daß keiner dieser konstruierten Unfälle sich je ereignen kann. Simulationen solcher Unfälle sind bereits geplant und werden mit Sicherheit das gleiche Ergebnis haben.

Diese Katastrophen-Szenarios sind

genauso realistisch wie die Spekulation, daß aus irgendeinem unbekannten Grund alle vier Triebwerke einer bis zum letzten Platz besetzten Boeing-747 ausfallen, während das Flugzeug gerade einen unerlaubten Kurs fliegt und die Maschine zur Halbzeit mitten in ein Stadion stürzt, in dem gerade das Endspiel um die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen wird.

Die Verbreitung von Kernwaffen und der Terrorismus

Wie wir bereits häufig erklärt haben, ist Nuklearterrorismus nach dem Motto "Fünf Palästinenser und ein Schuhkarton voll Plutonium" genauso Betrug wie die Märchen über Atombomben, die man im Hinterhof basteln kann. In der Realität ist Nuklearterrorismus nur dann möglich, wenn eine Regierung einsatzbereite Atomwaffen an die sogenannte "Terroristengruppe" übergibt. Nuklearterrorismus ist eine politische Frage und muß als solche behandelt werden.

Die Frage der Verbreitung von Kernwaffen (die Errichtung von Kernkraftwerken in anderen Ländern und damit

die Möglichkeit, daß diese eigene Kernwaffen herstellen) stellt sich ganz einfach als Wahl zwischen weltweiter Entwicklung für die Zukunft oder einem Atomkrieg noch in diesem Jahr. Carters "Lösung" skizzierte die *New York Times* am 5. Dezember (Titel: "Wie aus Atomen für den Frieden Waffen zum Verkauf wurden"): Die Kernkraft soll anderen entwickelten Ländern und allen Entwicklungsländern vorenthalten und ansonsten ihr Einsatz überall eingeschränkt werden. Das bedeutet, daß einem Großteil der Weltbevölkerung die zur Entwicklung notwendige Energie vorenthalten wird; stattdessen soll sie mit Sonnenenergie, Windmühlen und dergleichen schlechten Alternativen zugrunde gehen.

Es ist interessant, daß Carter als anerkannter Gegner der "Verbreitung von Kernenergie" seine Haltung um 180 Grad dreht, wenn es um die "Verbreitung von Kernwaffen" geht.

Die Antwort auf diesen Wahnsinn, der in den Dritten Weltkrieg führen würde, ist die breitestmögliche, rasche Entwicklung der Kernenergie für den menschlichen Fortschritt.

Europas "Umweltschützer" werden von den USA gesteuert

Die »Umweltschutzbewegung« war von Anfang an, also seit den 60er Jahren, ein bewußt eingesetztes Werkzeug der Wall Street, um die Pläne zur Deindustrialisierung des entwickelten Sektors in Gang zu setzen. In den USA und Westeuropa bilden die Umweltschutzgruppen heute ein einziges verflochtenes Netzwerk. Vorrangiges Ziel des ganzen Unternehmens, das von führenden Wall Street-Anwaltsfirmen geleitet wird, war es, — durch ein Sperrfeuer von juristischen Maßnahmen zur Durchsetzung und Ausweitung der Umweltschutzbestimmungen in den USA — wichtige Industrien zu schließen und die Energieproduktion einzuschränken.

Begleitet von großzügiger und intensiver Propaganda, Lobbytum und manchmal sogar von gewalttätigen Störungen haben die Umweltschützer erfolgreich eine ganze Reihe wichtiger Industrieprojekte verhindert — eine erstaunliche »Leistung«, wenn man bedenkt, daß angesehene Wissenschaft-

ler, Ingenieure und andere Forscher die meisten ihrer weithergeholten Behauptungen wiederholt widerlegt und diskreditiert haben.

Tatsächlich wurde der Erfolg der Umweltschützer möglich durch eine massive psychologische Kampagne gegen die Öffentlichkeit, mit der die Attacke der Umweltschützer gegen das Fortschrittsdenken in den Industriestaaten, besonders in den USA, Fuß fassen konnte. Dieser Feldzug gegen den Fortschritt wurde mit einer pseudowissenschaftlichen Aura umgeben, hergestellt von einer Handvoll unehrlicher Wissenschaftler und ausgesprochener Quacksalber, die sich um die Stiftungen, Universitäten, Denkfabriken und wissenschaftlichen Einrichtungen des Rockefeller-Clans scharten; die finanziell massiv unterstützten »politischen« Umweltschutzgruppen und die von der Wall Street unterhaltenen Massenmedien übernahmen die Aufgabe, dieses »Gedankengut« mit Hilfe psychologischer Kriegsführungstechniken in der

Öffentlichkeit zu verbreiten.

Die »Umweltschutz«-Gruppen wurden 1970 praktisch massenweise aus der verkümmerten Anti-Kriegs-Bewegung rekrutiert. Das Vorgehen dabei war einfach: »radikale« Publikationen und bekannte Wissenschaftler, wie z.B. Rene Dubos und Jay Forrester — die in engster Zusammenarbeit mit John D. Rockefeller III. standen, impften die »Umweltschutz-Problematisierung« auf subtile Art und Weise als eine »radikale Idee« ein.

In jüngster Zeit wurde das Deindustrialisierungsprogramm der Umweltschützer durch direktere Gefahren motiviert. Die Schreckgeschichten über »Nuklearterrorismus« und »krebserzeugende Industrie« sind die krassesten Beispiele. Auch diese Schwindel wurden auf höchster politischer Ebene der Wall Street ausgebrütet und durch die entsprechenden Publikationen weitgeschleust. Die Panik über den Nuklearterrorismus zum Beispiel

hatte ihren Ursprung in einer Studie des früheren Wirtschaftsspezialisten der RAND-Corporation, Albert Wohlstetter, die im Winter 1976 in *Foreign Policy* (Außenpolitik) erschien, einer Zeitschrift, die von der *Trilateralen Kommission* und dem ebenfalls von der Rockefeller-Familie dominierten *Council on Foreign Relations* (CFR — Rat für auswärtige Beziehungen) kontrolliert wird. Innerhalb weniger Wochen hatte jedes »Umweltschutz«-Blättchen die Story gebracht und sie sickerte in die großen Presseorgane der USA und Westeuropas durch.

Im folgenden werden die wichtigsten Kontrollorganisationen in den USA beschrieben, die für die Durchführung des massiven Umweltschutzschwindels verantwortlich sind.

Center for Law and Social Policy (Zentrum für Recht und Sozialpolitik — CLSP): Das Center for Law and Social Policy, das über die Mittel des gesamten Rechts- und Nachrichtendienst-Establishments der Rockefeller-Familie und Wall Street verfügt, durchdringt die Aktivitäten der Umweltschützer auf allen Ebenen. Durch das CLSP vermittelt die Wall Street ihre Pläne und Wünsche an die gesamte »Umweltschutz«-Bewegung.

Sieben der Treuhänder und-oder Berater des CLSP (Arthur J. Goldberg, Ramsey Clark, Francis T.P. Plimpton, Louis G. Cowan, Seymour Rubin, C. Fred Bergsten und Rita Hauser) sind Mitglieder des New Yorker Council on Foreign Relations; fünf (Bergsten, Hauser, Philip Trezise, Rubin und der frühere Transportminister William T. Coleman) sind der Brookings Institution angeschlossen: vier (Coleman, Trezise, Bergsten und Paul Warnke) sind Mitglieder in David Rockefellers Trilateraler Kommission. Die politischen Anweisungen erhält das CLSP durch sein Vorstandsmitglied Plimpton, Teilhaber in Rockefellers persönlicher Anwaltsfirma Debevoise, Plimpton, Lyons and Gates, durch Ramsey Clark von der Wall-Street Anwaltsfirma Paul, Weiss, Rifkind, Wharton and Garrison, und durch Goldberg, den CLSP-Vorsitzenden und früheren Chef der Abteilung Arbeiterbewegung im Office for Strategic Services (OSS, Vorläuferorganisation der CIA). Goldberg ist einer von sieben CLSP-Mitgliedern, die direkte Geheimdienstagenten sind und früher entweder der CIA, dem OSS, dem Amt für Kriegsinformation, dem militärischen Geheimdienst oder dem AID-Programm der USA angeschlossen waren.

Seit seiner Gründung 1969 hat das CLSP verschiedene Umweltschutzorganisationen in Umweltschutzprozessen juristisch verteidigt, durch die in den USA Präzedenzfälle geschaffen wurden. CLSP-Anwälte haben erfolgreich den Bau wichtiger Atomenergieprojekte im ganzen Land verzögert, haben den Export von Nukleartechnologie und -brennstoff in Entwicklungsländern behindert und haben eine Erweiterung von Brennstoffanreicherungsanlagen und Wiederaufbereitungsanlagen auf juristischem Weg blockiert.

Das CLSP war es auch in erster Linie, das den Bau von Häfen für Supertanker an der Ost- und Westküste der Vereinigten Staaten verhindert hat, durch die eine erhöhte Energiezufuhr für die Industrie ermöglicht worden wäre, ebenso nahm es an einer Serie von Rechtsstreitigkeiten teil, die darauf gerichtet waren, die Küstenwache zur Annahme verschärfter Sicherheitsbestimmungen für Öl- und Flüssiggastanker zu zwingen, die in US-Gewässer einlaufen. Die CLSP-Kampagne für derartig prohibitive Sicherheitsbestimmungen — durch die 85% der Welt-Tankerflotte aus US-Gewässern verbannt würden — wurde "unterstützt" durch die verdächtig hohe, nach der statistischen Wahrscheinlichkeit sogar unmöglich hohe Anzahl von Tankerhavarien vor der US-Küste in diesem Winter. Durch die Wall Street- und Geheimdienstnetzwerke, denen führende CLSP-Mitglied angeschlossen sind, hat das CLSP direkten Zugang zu den Quellen, über die Sabotageakte angezettelt werden können.

Mit einer massiven Propaganda unterstützte das CLSP im letzten Jahr auch den Vorschlag des damaligen Außenministers Henry Kissinger für ein neues internationales Seerecht, das der Wall Street durch die Aufteilung nachgewiesener Rohstoffreserven unter Wasser und durch die Ausweitung der Hoheitsgewässer auf eine 200-Seemeilen-Zone die Kontrolle über internationale Rohstofflieferungen erhalten sollte. Die CLSP-Stabsanwälte Eldon V.C. Greenburg und Richard A. Frank nahmen im Sommer 1976 als Rechtsberater Kissingers an der internationalen Seerechtskonferenz teil.

Natural Resources Defense Council (Rat zur Verteidigung der Bodenschätze - NRDC): Der Natural Resources Defense Council ergänzt die juristischen Möglichkeiten des CLSP mit wissenschaftlichem, ökonomischem und politischem Input und wird von dem selbsternannten Umweltschützer

Laurence Rockefeller, einem Vorstandsmitglied des NRDC, koordiniert.

Der NRDC hat gegenwärtig über 75 Umweltschutzfälle vor Gericht laufen. Sie werden von Spitzenanwälten und mit Unterstützung von außen durch das CLSP und führende Rechtsanwaltsfirmen der Wall Street, einschließlich Simpson, Thatcher and Barlett, geführt. Auch die folgenden Firmen unterstützen die Fälle: *Debevoise, Plimpton, Lyon and Gates; Wilmer, Cutler and Pickering*, eine mit der Trilateralen Kommission verbundene Firma, deren Partner Cutler einer der Direktoren des *Instituts für Politische Studien* ist (siehe unten); *Arnold and Porter*, dessen Partner Thurman Arnold Mitgründer des *Instituts für Politische Studien* ist, und *Milbank Tweed, Hadley and McCloy*, eine Firma mit Verbindungen zum *Council on Foreign Relations*, die auch ausgedehnte nachrichtendienstliche Funktionen hat.

Die Fälle des NRDC laufen parallel zu denen des Center for Law and Social Policy, attackieren die Entwicklung der Atomenergie, die Kanalisierung von Flüssen für Bewässerungszwecke, die Entwicklung des Bergbaus, Bohrungen nach Öl und Erdgas vor der Küste, Verschiffung von Öl, usw., usw. Der NRDC leistet weiterhin Unterstützung für lokale Umweltschutzgruppen, um ihnen die Prozeßführung zu erleichtern.

Verschrobene "Alternativennergien" wie Wind- und Sonnen-»Kraft«, die der von Rockefeller betriebene *Council on Economic Priorities* (Rat für Wirtschaftliche Prioritäten — CEF), ein kleines in New York angesiedeltes »Forschungs«-Zentrum herbeizaubert, werden vom NRDC für späteren Gebrauch in Prozessen und zur Integration in die pseudo-wissenschaftlichen Umweltstudien weitervermittelt. Solche Studien werden koordiniert von dem NRDC-Vorstandsmitglied, Dr. Rene Dubos, einem bekannten, aber nichtsdestoweniger inkompetenten Wissenschaftler an der Rockefeller-Universität, und von Dean Abrahamson, einem Spezialisten für Nuklearterrorismus, der letztes Jahr durch einen mittlerweile berüchtigten Fernsehauftritt im schwedischen Fernsehen den Schwindel über den Nuklearterrorismus nach Europa brachte.

Die letzte Initiative des NRDC ist eine Klage beim Bundesgerichtshof der USA, die eine Ausdehnung des US-Umweltschutzgesetzes auf Übersee-Projekte, die von der US-Export-

Importbank unterstützt werden, durchsetzen soll. Wenn diese Klage durchkommt, könnten dadurch Auslandsaufträge in Milliardenhöhe hinfällig und zukünftige US-Technologie-Exporte in nicht wiedergutzumachender Weise beeinträchtigt werden.

Einer der Mitarbeiter des NRDC, Jacob Scheer, unternahm erst vor wenigen Wochen unmittelbar nach der 2. Demonstration von Bürgerinitiativen und Maoisten in Brokdorf eine Reise in die BRD, um die hiesigen Gruppen der Umweltschützer mit denen der USA zu koordinieren. Er traf mit Holger Strohm, einem der führenden Sprecher der »Freunde der Erde« in der BRD zusammen. Ebenso fand ein Koordinierungstreffen mit dem Leiter des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen, Helmut Wüstenhagen, statt. Eines der Diskussionsthemen war die Organisierung von Aktionen gegen die in Niedersachsen geplante Atommülldeponie, sobald deren Standort bekanntgegeben würde. Diese Aktion läuft weitgehend mit Plänen anarchistischer Gruppen zusammen, die Genehmigung einer solchen Deponie mit allen Mitteln zu verhindern.

Center for the Study of Responsive Law (Zentrum für das Studium responsiven Rechts): Das »Center«, dem Ralph Nader persönlich vorsteht, fungiert als die Dachorganisation, durch die Nader die Aktivitäten seiner Gruppen (Public Interest Research Groups - PIRG) beaufsichtigt und leitet. Dem »Center« untergeordnet, koordiniert das in Washington, D.C., ansässige *Environmental Policy Centrum* (Zentrum für Umweltpolitik) die Lobby der Umweltschützer auf dem Capitol Hill und zentralisiert Naders nationale Anti-Atomenergiekampagne durch die Herausgabe der Monatszeitschrift *Critical Mass* (Kritische Masse). Der Direktor dieses Zentrums für Umweltpolitik, James Cubie, wurde Mitte Januar 1977 als Berater James Schlesingers berufen, als Schlesinger zum »Energiezaren« ernannt wurde. Der frühere Direktor des Zentrums für Umweltpolitik Joseph Browder war Spitzenberater im Übergangsteam Carters.

Critical Mass mischt Leckerbissen über die neuesten angeblichen Mißmanagementskandale in der Atomindustrie und Verletzungen von Sicherheitsvorschriften mit neuesten Anweisungen für die Umweltschutz-Lobbyisten. Eine übersichtliche Zusammenfassung der lokalen Aktivitäten der sogenannten Forschungsgruppen im öffentlichen

Interesse (PIRG) in jeder Ausgabe dient zur Verbreitung der neuesten erfolgreichen Entwicklungen in Naders Kampagne gegen die Industrie.

Naders PIRG-Netzwerk war das primäre Vehikel für lokale Anti-Energie-Kampagnen. Diese Gruppen wurden in den frühen 70er Jahren im Kielwasser von Naders Image als »Kämpfer für die Öffentlichkeit« gegründet und sind in erster Linie mit der Erforschung von Alternativen zur Atomenergie und der Finanzierung damit zusammenhängender Gerichtsprozesse beschäftigt. Die PIRGs geben eine nationale Mitgliedschaft in den USA von 500.000 an, jedoch beziehen sie beträchtliche Mittel daraus, daß sie es an einer Reihe von US-Universitäten illegal aber erfolgreich geschafft haben, ganze studentische Körperschaften mit Abgaben zu belegen, um ihre Aktivitäten zu unterstützen. Es wird angenommen, daß ihre aktive Mitgliedschaft relativ klein ist.

Scientists' Institute for Public Information (Wissenschaftlerinstitut für Information der Öffentlichkeit - SIPI): Das Wissenschaftlerinstitut bringt die mittelmäßigsten und inkompetentesten Wissenschaftler und »Experten« der Universitäten des ganzen Landes zusammen, um die Umweltschutzbewegung mit dem Heiligenschein der wissenschaftlichen Glaubwürdigkeit zu umgeben. Der Vorstand des SIPI erhält seine Anweisungen direkt vom National Resources Defense Council, durch Dean Abrahamson, Anthony Mazzocchi und Rene Dubos. Im Vorstand vertreten ist auch Abby Rockefeller, die Tochter des Chefs der Trilateralen Kommission, David Rockefeller, deren jüngster persönlicher Beitrag zur Anti-Verschmutzungs-Technologie in ihren Anstrengungen bestand, ein teures, organisches integriertes Toiletten- und Abwassersystem kommerziell zu fördern.

Der Quacksalber und sogenannte Biologe Barry Commoner von der Universität Washington ist für die täglichen Operationen des SIPI verantwortlich. Commoner, ein führender Vertreter der Sonnenenergie und Vorsitzender des *Zentrums für Studien über natürliche biologische Systeme*, veranstaltete im letzten Jahr mit dem Funktionär der Autoarbeiter-Gewerkschaft Irving Bluestone eine Rundreise durch die ganze USA, um die Vorstellung zu propagieren, es sei besser, die US-Produktion auf »umweltfreundliche«, arbeitsintensive Sklavenarbeitsprojekte umzustellen — auf Kosten der

hochtechnisierten Industrieproduktion.

Das Vehikel des SIPI zur Verbreitung seiner Nullwachstumspropaganda in der gesamten Umweltschutzbewegung ist die zweimal im Monat erscheinende Zeitschrift *Environment* (»Umwelt«). In ihr wird für die Kohlevergasungsprogramme geworben, die die Rockefeller den Nazis entlehnt haben, während die Gefahren der Atomenergieproduktion und die Gefahr des Nuklearterrorismus an die Wand gemalt werden. Die international bekannte Kulturrelativistin Margaret Mead und andere steuern ihr unterstützendes Material zur »Qualität des Lebens« bei, in dem sie behaupten, daß die vom Hunger geplagten, primitiven Kulturen, die auf der Welt noch existieren, nicht etwa unterentwickelter als die der Industrieländer seien, sondern eben nur »anders«... und weniger umweltschädlich.

SIPI hat eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung von Nullwachstums-ideen unter Wissenschaftlern (besonders Physikern und Biologen), wodurch sie in die Defensive gedrängt und häufig dazu gebracht werden, Vorstellungen anzunehmen, die sie normalerweise als absurd bezeichnen würden.

Die Konzepte des SIPI werden durch zwei weitere wichtige wissenschaftliche Publikationen verbreitet. Eine ist die Wochenzeitschrift *Science* (Wissenschaft), die von der *American Association for the Advancement of Science* (Amerikanische Vereinigung für den Fortschritt der Wissenschaft) herausgegeben wird. *Science* ist unter dem Chefredakteur Philip Abelson ein bösesartiges Nullwachstums-Propagandaorgan geworden. Abelson ist der frühere Vorsitzende der Carnegie-Institution und hat sich dadurch ausgezeichnet, Bäume und Pflanzen als Primärenergieträger vorzuschlagen.

Die zweite Zeitschrift ist das *Bulletin of the Atomic Scientist* (Bulletin für den Atomwissenschaftler), das ursprünglich geschaffen wurde, um Wissenschaftler international (auch in der Dritten Welt und Osteuropa) unter der Aegis der Nichtverbreitung von Kernwaffen gegen die Verbreitung der friedlichen Nutzung von Kernenergie zu organisieren. In den letzten Jahren hat das *Bulletin* dieses Süppchen mit kräftigen Portionen radikaler »Umweltschutz«-Propaganda gewürzt.

Friends of the Earth (Freunde der Erde): Die »Freunde der Erde« sind die raffinierteste der politisch orientierten Umweltschutzgruppen. Sie fungieren als internationales Nachrichtendienst-

netzwerk mit dem Ziel, die Entwicklung von Kernenergie zu sabotieren. Zwei ihrer Mitglieder sind Mitglieder eines politischen Nachrichtendienstarmes der Rockefellers, der United Nations Association. Der eine, Richard Oettlinger, ist weiterhin Direktor des *Environmental Defense Fund* (Umweltverteidigungsfonds), der andere, Norman Cousins, ist Herausgeber des *Saturday Review* und früherer Mitarbeiter des Amtes für Kriegsinformationen. Durch ihren Direktor David Sive sind die Freunde der Erde direkt mit dem *Natural Resources Defense Fund* verbunden; Sive ist gleichzeitig Vertrauensmann des *Environmental Law Institute* (Institut für Rechtsfragen des Umweltschutzes), und durch Paul Erlich, Autor des Buches *Die Bevölkerungsbombe*, und Amory Lovins, dem Londoner Direktor der »Freunde« und Autor zahlreicher Bücher gegen die Atomenergie, sind sie unmittelbar mit SIPI (s.o.) verknüpft.

Der französische Direktor der »Freunde«, Erwin Mathews, ist Mitarbeiter in Rockefellers Anwaltsfirma *Coudert Brothers*, deren Teilhaber, Sol Linowitz, ein Mitglied der *Trilateralen Kommission* und der *United Nations Association*, vor kurzem den Bericht der Linowitz-Kommission herausgab, der die Destabilisierung Lateinamerikas als Basis der US-Politik für diesen Kontinent empfahl. Ein anderer Anwalt bei *Coudert Brothers*, Richard Gardner, Carters Botschafter in Italien, verfaßte zur offiziellen Verwendung durch die Vereinten Nationen Wall-Street-freundliche Erklärungen zur Energie- und Umweltpolitik und autorisierte zahlreiche Bevölkerungsstudien für das *Center for the Study of Democratic Institutions* (Zentrum zur Untersuchung demokratischer Institutionen).

Die »Freunde der Erde« unterhalten Niederlassungen in allen Ländern, in denen an der Atomenergie gearbeitet wird, so in Australien, Frankreich, der BRD, den Niederlanden, Schweden, Jugoslawien, Großbritannien und Südafrika. Mitglieder des Beraterstabes wie Konrad Lorenz und Karl Menninger haben ihre Kenntnisse über kulturelle und ethnische Beeinflussungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt, mit Hilfe derer die »Freunde der Erde« die Besetzung von Uran-Bergwerken und Uranvorkommen in Neu-Mexiko und Australien durch ethnische Minderheiten inszenieren konnten. Als Teil der Wall-Street-Kampagne gegen die Nutzung der Atomenergie haben die

»Freunde der Erde« schon vor Jahren einen großen — künstlichen — Skandal über angebliche Preismanipulationen für Uran fabriziert.

Die »Freunde der Erde« unterhalten ein ständiges Propagandasperrefeuer durch ihre eigene Publikation, *Not Man Alone* (Nicht der Mensch allein) und weitere etablierte Umweltschutzblätter wie z.B. *The Ecologist* (Der Ökologe) in England. Vom *Ecologist* wurde der berühmte Blueprint for Survival (Plan zum Überleben) veröffentlicht.

halten Artikel von Willy Brandt, Olof Palme, E. Trudeau, John W. Gofman, Paul Ehrlich, Joh. Alven, B. Manstein, Jens Scheer etc.

Neben Stroh fungiert Josef Leinen von den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) als profilierter Interessenwahrer der »Freunde der Erde« in der BRD (s. unten).

Die »Freunde der Erde« arbeiten schon jahrelang engstens mit der ebenfalls internationalen Organisation *Weltbund zum Schutze des Lebens* zusammen, deren gegenwärtiger Präsi-

Finanzierung: Die Finanzierung der wichtigsten Umweltschutzgruppen ist ebenfalls straff in den Händen der

National Resources Defense Fund:

Ford Foundation
Rockefeller Brothers Fund
Rockefeller Family Fund
Kaplan Foundation*

Center for the Study of Responsive Law:

Stern Fund
Field Fund
Ottinger Foundation

Rockefellers zentralisiert. Hier eine Liste der wichtigsten Geldgeber für jede Gruppe:

Center for Law and Social Policy:

Ford Foundation
Rockefeller Brothers Fund
Rockefeller Family Fund
Stern Fund

Scientists Institute for Public Information:

Kaplan Foundation*

Friends of the Earth:

Kaplan Foundation*

* Die Kaplan Foundation wurde 1967 von der amerikanischen Wochenzeitschrift *Newsweek* als Tarnorganisation zur Finanzierung verdeckter Operationen der CIA im Inland identifiziert.

Führender Funktionär der »Freunde der Erde« in der BRD ist Holger Stroh, der die Organisation nach langem US-Aufenthalt im Jahre 1971 in Frankfurt aufbaute. Mangels Masse von Anhängern konnte sich die Organisation in der BRD nie richtig entwickeln und mußte 1972 ein in Zusammenarbeit mit dem Melzer-Verlag in Darmstadt herausgegebenes *Umweltschutz-Magazin* einstellen. Einzelne Individuen der Gruppe sind jedoch an führender Stelle bei Aktionen wie in Wyhl, Brokdorf und anderswo tätig. Stroh ist Experte des Bundestages und der amerikanischen Energiebehörde ERDA für bzw. gegen Kernkraftwerke.

Neben aktiver Arbeit bei der Schulung von Bürgerinitiativen liegt das Schwergewicht des Strohschen Einsatzes auf Buch- und Zeitschriftenpublikationen. Er arbeitet eng mit dem Hamburger Verlagshaus *Association* zusammen, das auf die Herausgabe von Umweltschutz-Literatur und »Dissidenten«-Material spezialisiert ist. Von ihm herausgegebene Publikationen ent-

halten Artikel von Willy Brandt, Olof Palme, E. Trudeau, John W. Gofman, Paul Ehrlich, Joh. Alven, B. Manstein, Jens Scheer etc.

Institut for Policy Studies (Institut für Politische Studien - IPS): IPS ist das fabianische Nervenzentrum der Wall Street für die Operationsplanung und Durchführung ihrer faschistischen Politik. Unter dem Vorsitz des ehemaligen Agenten des Nationalen Sicherheitsrates der USA Marcus Raskin und von Richard Barnett aus dem US-Außenministerium haben das Institut für Politische Studien und sein internationaler Arm, das Transnationale Institut in Amsterdam, eine weltweite Infrastruktur für Subversion geschaffen, mit der Regierungen destabilisiert, Industriesabotage betrieben, sowie Ermordungen und Terrorakte verübt werden können. Wenn es tatsächlich zu nuklearen Terroranschlägen kommen sollte, dann nur mittels IPS-kontrollierter Netzwerke.

Mit seinem Arsenal von synthetischen und »linken« *Countergangs* richtet das Institut für Politische Studien seine Operationen insbesondere darauf aus,

Fortschritt und industrielles Wachstum als Idee zu diskreditieren, an deren Stelle die Ideologie des »Antikapitalismus«, der »Qualität des Lebens«, der »Gegenkultur« und der »lokalen Kontrolle« verbreitet wird.

Die »Umweltschutz«-Aktivitäten des IPS werden durch die Zeitschrift *The Elements* zentralisiert, die von James Ridgeway herausgegeben wird. Ridgeway war früher mit Ralph Nader Herausgeber von *Hard Times* und wurde 1970 in die Redaktion der Zeitschrift *Ramparts* »versetzt«, als es darum ging, der neuen linken Antikriegsbewegung den Umweltschutz als »antiimperialistische« Sache anzudrehen. *The Elements* ist die Fortsetzung dieser Arbeit; hier werden die Pläne Henry Kissingers und der Brookings Institution für die Rohstoffindexierung und die Kartellisierung von Rohstoffen als »antiimperialistische« Neuheiten verkauft. Durch *The Elements* wurde Terroristenbanden die Drohung mit atomaren Anschlägen und Sabotage von Atomenergieanlagen als »radikal« schmackhaft gemacht. Ridgeway ist auch Herausgeber des Buches *The Last Play* (Das letzte Spiel), in dem die gesamte Energieindustrie profiliert wird, — einschließlich der Standorte von Anlagen und Pipelines und des Aufbaus der Energieunternehmen — um den Umweltschützern Angriffspunkte zu liefern.

Publikationen des **Institut for Policy Studies** und des daran angeschlossenen **Transnational Institute** werden in der BRD von Freimut Duwe herausgegeben. Duwe ist Mitglied des Landesvorstandes der SPD in Hamburg und Herausgeber der Reihe »rororo aktuell« und »Technologie und Politik« des Hamburger Verlagshauses Rowohlt. Zum wissenschaftlichen Beirat der Reihe »Technologie und Politik« gehören u.a. Ulrich Albrecht, André Gorz, Ivan Illich, Joachim Israel, Jochen Steffen.

Sonstige Frontgruppen: Das breite Spektrum anderer Umweltschutzorganisationen dient nur als Front für den **National Resources Defense Council** bzw. Ableger von Naders Gruppen, um die Finanzierung und die Führung der vielen Prozesse zu erleichtern und Propaganda zu treiben. Die bekanntesten dieser Organisationen sind der **Sierra Club**, **Wilderness Society** und der **Environmental Defense Fund**.

Einige der Querverbindungen der amerikanischen und deutschen Umweltschützer gehen bereits aus dem

bisherigen Text hervor. Als weitere aktive Gruppen seien an herausragender Stelle noch zu nennen:

Junge Europäische Föderalisten (JEF): Diese Anfang der 50er Jahre gegründete Organisation entwickelt sich seit mehreren Jahren zum propagandistischen Zentrum von Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke und Umweltschutz in der BRD. Zum Bundesvorstand der JEF gehören gegenwärtig Gerhard Fiedler, Konrad Hummel, Sofia Voigt geb. Thyssen und Gisela Kröhne. Verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift der JEF, *Forum Europa* (*Forum E*) ist das ehemalige Bundesvorstandsmitglied Josef M. Leinen, der in engem Kontakt mit der Amerikanischen Sektion der »Freunde der Erde« steht. Autoren der Zeitschrift sind u.a.: Johan Galtung, Sicco Mansholt, Ernst Piehl, Dieter Senghaas, Altiero Spinelli, Fritz Vilmar und Holger Strohm.

JEF ist die Jugendorganisation der **Europa-Union** (Ehrenvorsitzender ist der Kölner Bankier Dr. h.c. Friedrich Freiherr von Oppenheim) und hat über das **Institut für europäische Politik** und das **Institut für internationale Politik** Verbindungen zur **Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik**, in deren Gremien und Mitgliedschaft mehrere Vertreter der **Trilateralen Kommission** sitzen.

Die Gruppe arbeitet eng mit der Brüsseler Organisation der JEF um die Zeitschrift *Agenor* zusammen.

Über die Brüsseler Gruppe bestehen Verbindungen zur trotzkistischen IV. Internationalen Ernest Mandels, deren deutsche Sektion, die Gruppe **Internationaler Marxisten (GIM)**, bei den Brokdorfer Demonstrationen natürlich nicht fehlen durfte.

Bundesverband der Bürgerinitiativen: Gegenwärtiger Vorsitzender ist Helmut Wüstenhagen, Schulfreund Franz-Josef Strauß' und Mitglied des FDP-Hauptausschusses für Umweltfragen. Ähnlich wie sein Kollege Herbert Gruhl (Ausschuß für Umweltfragen in der CDU) gehört Wüstenhagen zu den extremsten Apologeten des Nullwachstums und konsequenter Entindustrialisierungspolitik.

Der Bundesverband unterhält gegenwärtig ein wissenschaftliches Institut mit 6 »Wissenschaftlern«, das u.a. aus Mitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie finanziert wird. Wüstenhagens Kontakt zum amerikanischen **Natural Resources**

Defense Council wurden bereits erwähnt.

Der Bundesverband ist ein Zusammenschluss von über 700 Bürgerinitiativen der BRD, in denen Jusos, SPD-Mitglieder, Maoisten, Anarchisten etc. oft mit nachweislich Rechten aus NPD-Kreisen um lokale Aktionen gemeinsame Sache machen.

Neben diesen Organisationen und lokalen Bürgerinitiativen spielen einzelne Individuen aus dem Apparat der Parteien und ganze Landesverbände eine führende Rolle bei der Sabotage der Kernkraftwerke:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD): Eindeutige Stellungen gegen Kernenergie überhaupt liegen hier vor u.a. von Erhard Eppler, Horst Ehmke, Volker Hauff (alle Baden-Württemberg). Ehmke war unter Brandt Minister für Technologie, Hauff ist gegenwärtig Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie, Eppler ist SPD-Landesvorsitzender Baden-Württembergs. Die Grundsatzkommission der SPD spielte lange Zeit eine führende Rolle bei der Verbreitung der Konzepte von »Lebensqualität«, »Gürtel-enger-schnallen«, »Energiesparen usw..«

Jochen Steffen, mit engen Verbindungen zu Sicco Mansholt und natürlich zur schleswig-holsteinischen SPD und den Jusos, gilt ebenfalls als Gegner der KKW's und beeinflusst propagandistisch (*das da*) und über die Duwe-Publikation »Technologie und Politik« vor allem den linken Rand der SPD.

Weitere Landesverbände, die an der internationalen Mobilisierung zur Sabotage der Kernenergie teilnehmen sind Hamburg (Duwe) und Bremen (Koschnik u.a.).

Freie Demokratische Partei (FDP): Bundesinnenminister Maihofer begrüßte verschiedentlich die von Bürgerinitiativen vorgebrachten Forderungen, und sein Vorgänger Hans-Dietrich Genscher ist selbst Schöpfer der Abteilung Umweltschutz im Bundesinnenministerium.

Helmut Wüstenhagen ist Mitglied des Hauptausschusses für Umweltfragen in der FDP.

Christlich Demokratische Union (CDU): Herbert Gruhl gilt hier als ein zwar energischer, doch wissenschaftlich nicht allzu versierter Fürsprecher

der Bürgerinitiativen und als Gegner von Kernkraftwerken.

Wesentlich wichtiger ist Heraus- bildung eines Zentrums in der CDU, das den Bau einer Wiederaufbereitungs- anlage und die Lagerung von nuklearem Abfallmaterial durch die Landesre- gierung Niedersachsens verhindern

will. Der neue (parteilose) niedersäch- sische Wissenschaftsminister Pestel (Mitglied des Club of Rome und der VW-Stiftung) erklärte öffentlich, daß er Kernkraftwerke auf Südseeinseln ver- bannen will, Kernfusion für die nächsten 50 Jahre als nicht realisierbar betrachtet und Sonnenenergie und

Windmühlen befürwortet. Daß Ministerpräsident Albrecht gerade ihn vor wenigen Wochen nach Beginn der Diskussion um Brokdorf ins Kabinett bestellte, läßt keinen Zweifel an der Haltung Albrechts und weiterer Kabi- nettsmitglieder wie Walter Leisler- Kiep aufkommen.

New Directions — Rockefellers neuer Stoßtrupp für weltweite Austerität

Als David Rockefellers Trilaterale Kommission im letzten Oktober die Machtübernahme im Weißen Haus vorbereitete, schuf sie sich eine neue Orga- nisation, die als ausführendes Organ das trilaterale Programm von wirt- schaftlicher Sabotage, Massenmord und Krieg durchsetzen soll. Diese Grup- pe mit dem Namen *New Directions* (Neue Richtungen) gab jetzt in der Bundeshauptstadt Washington ihr er- stes offizielles Debut.

New Directions schreibt sich selbst einen »unbegrenzten« Aufgabenbereich zu und sieht sich »als einen Stoßtrupp Naders für die Ordnung der Welt«. Sie bedient sich sämtlicher Hebel des ge- waltigen Verschwörer-Apparats der Rockefellers — von »links« bis »rechts« und auf allen Ebenen — und hat somit eine einheitliche propagandistische und operationelle Streitmacht zur Verfü- gung, deren Arsenal von Prozeßmani- pulationen, Lobby-Aktionen und »Watergate« bis hin zu »schmutzigen Tricks« und Terrorismus reicht.

Die Exekutive von *New Directions* umfaßt David Rockefellers »umwelt- freundlichen« Bruder Laurence, US- Außenminister Cyrus Vance, Richard Barnet, stellvertretender Direktor des terroristischen Instituts für Politische Studien, den Weltbankchef Robert Mc- Namara, Lester Brown und Orville Freeman vom Worldwatch Institute für Völkermord, den Generalsekretär der AFL-CIO, Lane Kirkland, Ralph Na- ders Hauptwortführer im Kongreß, Jim Cubie, usw., usw. — praktisch ein Leit- faden durch alle Kommandobereiche von Rockefellers Imperium.

Und das Programm von *New Direc- tions* ist die buchstabengetreue Durch- setzung der trilateralen Politik seit dem Zeitpunkt, als Carter ins Weiße Haus einzog. Schon im Dezember, einen Mo-

nat nach dem trilateralen Machtwech- sel, arbeiteten die Leiter von *New Di- rections* einen dreiteiligen Operations- plan aus:

„Sicherstellung der zukünftigen Energieversorgung — auf der Grundla- ge von Energieeinsparungen und dem Einsatz »alternativer« Energiequellen; auf Plutonium ist zu verzichten“.

„Einschränkung wahlloser Waffen- verkäufe, die das Konfliktpotential ver- größern und nicht im nationalen Inter- esse liegen.“

„Ausbau amerikanischer Hilfe für Programme in Entwicklungsländern, die dazu beitragen, die Länder in der Nahrungsmittelproduktion unabhängi- ger zu machen“.

Ein Produkt des Council on Foreign Relations

Diese Große Koalition aus Rockefel- lers Speerträgern entsprang Anfang 1974 einer Sonderabteilung von David Rockefellers Elitetrupp, dem Council on Foreign Relations (Rat für auswärti- ge Angelegenheiten). Dieser Initiativ- gruppe gehörten an: Robert McNama- ra; Norman Cousins, Herausgeber des *Saturday Review* und Veteran des Of- fice of War Information (OWI), das im Zweiten Weltkrieg auf psychologische Kriegsführung spezialisiert war, sowie Präsident der Förderalistischen Welt- bewegung; Hochwürden Theodore Hes- burg von der Rockefeller-Stiftung und eine Reihe anderer Mitglieder aus dem »Council« und der Förderalistischen Weltbewegung. Mitte 1974 entstand der Steuerungsausschuß der Organisation mit Laurence Rockefeller; Joseph Gardner, einem führenden Geheim- dienstagenten und Gründer der »Water- gate«-Organisation Common Cause; W. Antony Lake, Mitglied des Transna-

tional Institute und neuer Planungschef im US-Außenministerium; sowie Ro- bert Roosa, Direktor des Council on Foreign Relations, zusätzlich Direktor des Initiativkomitees für Nationale Wirtschaftplanung (ICNEP), das den sogenannten »Faschismus mit demo- kratischem Gesicht« propagiert.

Die Mobilisierung von *New Direc- tions* dehnte sich aus, als die Präsident- schaftswahlen in den USA vom 2. No- vember 76 näherrückten. Im April 1976 hielt die New Yorker Anwälte-Verein- gung unter Vorsitz ihres Direktors Cy- rus Vance ein Treffen ab. Danach wur- den in fünf amerikanischen Großstäd- ten Umfragen durchgeführt, um die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Plä- ne von *New Directions* zu erkunden. Im Frühsommer wurde die Propaganda- maschine dann voll angeworfen. Der OWI-Propagandaspezialist Cousins und ein kleiner Personenkreis aus *New Di- rections* setzten sich zusammen, um ei- ne gezielte, aufwendige Werbekampag- ne zu planen. Darunter waren der Di- rektor des Friedenskorpas Sargent Shri- ver und die Anthropologin Margaret Meade (ehemaliges Mitglied des Com- mittee for a National Morale, einer Psy- chokriegsoperation im Zweiten Welt- krieg) und Lester Wunderman von ei- ner der Zweigstellen der einflußreichen Werbeagentur Young and Rubicam. Mit einer Reihe halböffentlicher Tref- fen der Führungsgremien von *New Di- rections* wurde danach die Struktur der Gruppe gefestigt und für Aktionen vor- bereitet. Man wählte einen Empfang im Kongreß am 24. Februar, veranstaltet von Senator Hubert Humphrey, Vize- präsident Mondale und dem Sprecher des Repräsentantenhauses Tip O'Neil, als Rahmen, um *New Directions* über alle Bildschirme der USA bekannt zu machen.

Volle Mobilisierung

New Directions begreift sich als eine »neue Bürgerbewegung in Amerika«, die sich mit »vorzüglichen Maßnahmen« beschäftigen will, »die ergriffen werden müssen, um die Probleme zu bewältigen, die alle Volkswirtschaften behindern«; in den Worten eines ihrer führenden Mitglieder: eine »transnationale Gruppe, um die Regierungen in neue Richtungen (*New Directions*) zu führen. »Sie soll als eine Art Sammelbecken für all die verschiedenen Gruppen dienen, die bisher als »Bürgerinitiativen«, »Umweltschützer« und anderes den Organisierungsschwerpunkt der Rockefeller-Politik ausmachten. „Das fehlende Glied“, heißt es, in einer Schrift von *New Directions*, „war eine in ihrem Aktionsradius unbegrenzte Kraft ... der Aufbau einer solchen Kraft erforderte die Bildung einer neuen Organisation; wir nennen unseren Versuch *New Directions*“.

Die „besorgten Bürger“ fordern den Aufbau einer schlagkräftigen „Basisorganisation“, deren Aktivitäten sich auf die Kongreß-Lobby konzentrierten sollen. „Einhunderttausend *New Directions*-Aktivisten“, so schwärmen sie, „können ein Millionenheer mobilisieren, um den Entscheidungsträgern die starke amerikanische Besorgnis über die internationale Rolle der Vereinigten Staaten zu demonstrieren.“ *New Directions* will ein »Aktionsprogramm« erstellen, um die Kräfte zu konzentrieren, und will mit »Aktionsgruppen« die Kongreßdistrikte organisieren.

Die Kombination von Rockefeller-Programm und Rockefeller-Agenten bei *New Directions* macht deutlich, wie diese »Basisarbeit« in Praxis aussehen wird.

Man sehe sich nur den ersten Programmpunkt, »sichere Energie«, etwas näher an. Nach Vorbild der kürzlich veröffentlichten Studie des Rockefeller Brothers Fund, »The Unfinished Agenda« — die die Zerstörung der produktiven Kapazität der Vereinigten Staaten vorschlägt — fordert die Gruppe Gesetze, die die Entwicklung Schneller Brüder und nuklearer Wiederaufbereitungsanlagen verbieten würden, um »alternative« Energiequellen wie Kohlevergasung, Feuerholz und Windmühlen zur »Konkurrenz« in einer verwüsteten Volkswirtschaft zu machen. Während die Lobby-Arbeit von Leuten wie dem Präsidenten von *New Directions*, Russel Peterson, koordiniert wird, sollen der ehemalige Vorsitzende von Rockefellers-Commission on Critical Choices und erster Präsident von

Common Cause, Richard Barnet, und andere Terroristen-Drahtzieher vom Institut für Politische Studien den vorgaukelten oder realen Nuklear-Terrorismus aus der Schublade ziehen, um entsprechende Gesetze durchzubringen. Laurence Rockefeller und seine Brut aus dem Natural Resources Defense Fund (Verteidigungsfonds für die natürlichen Ressourcen) sowie andere »Umweltgruppen« werden irreführende Warnungen über die drohende Gefahr »katastrophaler Reaktor-Unfälle« ausstoßen, wonach die Sturmtruppen auf der Straße angewiesen werden, gegen Kernkraftwerke und kooperationsunwillige Industrielle aktiv zu werden, wie es bei den geplanten Ausschreitungen in Brokdorf schon vorgeführt wurde.

Ähnlich verhält es sich mit dem zweiten Programmschwerpunkt mit dem unverfänglichen Namen »Reduzierung der Waffengeschäfte«. Diese neopazifistische Phrasendrescherei nach Art der »gemäßigten« United Nations Association — in der Paul Warnke, Carters Beauftragter für Rüstungskontrolle und Abrüstungsfragen, Cyrus Vance, Robert Roosa und andere führende Herren von *New Directions* sitzen — verfolgt das gleiche Ziel wie die leere Rhetorik der trilateralen Regierung: Die Verbreitung von Nukleartechnologie für friedliche Zwecke zu verhindern und die Sowjetunion dazu zu bringen, ihre überlegenen Rüstungskapazitäten „im Namen der Entspannung“ abzubauen.

Indessen sind für den Einsatz der Nahrungsmittelwaffe keine Restriktionen vorgesehen, dem 3. Schwerpunkt der Kampagne. *New Directions* ruft zur Institutionalisierung des umfassenden Nahrungsmittelverteilungsprogramms auf, wie es zuerst der kannibalistische Club of Rome unter dem Schlagwort: „Mit dem Weltnahrungsmittelsystem Arbeit für alle« gefordert hatte. Genauer besehen bedeutet dieser Plan, daß sich jeder im Entwicklungssektor seine Tagesration erarbeiten soll, und zwar in arbeitsintensiven landwirtschaftlichen Projekten, die in der ganzen Dritten Welt angelegt werden sollen. Das Essen wird somit zu Zuckerbrot und Peitsche, um „integrierte landwirtschaftliche Entwicklung“, „Bevölkerungsplanung“ und „Linderung des Überbevölkerungsproblems“ zu erzwingen — d.h. mit Völkermord durch Hunger und Zwangsumsiedlung der Überlebenden. Leiter dieser »Hungerprojekte« von *New Directions* sind Lester Brown vom Worldwatch Institute („Es gibt eine Milliarde Menschen zuviel auf der Erde“) und Arthur Simon vom Weltkirchenrat und »Brot für die Welt«.

Zwei weitere Schwerpunkte des »Aktionsprogramms« sind noch im Planungsstadium.

Wie vorauszusehen, ist der eine »Verteidigung und Einhaltung der Menschenrechte«, um die selbstmörderischen Provokationen Brzezinskis gegen die sozialistischen Länder auszuweiten. Bereits jetzt treffen sich Vertreter der CIA-Frontorganisation *Amnesty International* unter dem Schutz der neuen Dachorganisation *New Directions* mit Pat Darien, Koordinator für Menschenrechte im US-Außenministerium und mit Jessica Tuchman, Koordinator für Menschenrechte in Brzezinskis Nationalem Sicherheitsrat, um die Einzelheiten dieses Projektes auszuarbeiten. Von der Ratsvorsitzenden von *New Directions*, Margaret Meade, kann man auch einige Beiträge erwarten; schon Anfang der 50er Jahre, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, hatte sie für die RAND-Corporation eine Profil-Studie mit dem Titel: „Das sowjetische Verhalten gegenüber Autoritäten“ verfaßt.

Der zweite geplante Schwerpunkt, „Verbesserung und Offenlegung des Entscheidungsprozesses von Regierungen“, soll Parlamentarier und Regierungsbeamte zur Hinnahme von Rockefeller's faschistischen Programmen zwingen und all jene von ihren Posten verjagen, die Widerstand leisten. In diesem Bereich wird *New Directions* die Routiniers von Common Cause mit der Munition versorgen, die von Anwaltsfirmen der Wall Street und Rockefeller's Denkfabriken, wie dem Brookings- und dem Hudson-Institut geliefert werden kann.

Der organisatorische Aufbau von *New Directions*

Die Führung von *New Directions* ist zwischen einem Exekutivkomitee, einem Rat und einem Vorstand aufgeteilt. Russel Peterson ist der Präsident der Organisation, Margaret Meade ist die Vorsitzende des Rates mit John Gardner als stellvertretendem Vorsitzenden. Rechtsberater von *New Directions* ist Paul Warnke, der zusätzlich zu seinem Posten in der Administration als Exekutivmitglied der Trilateralen Kommission und als Direktor des Council on Foreign Relations fungiert.

In *New Directions* sitzen 10 Mitglieder der Trilateralen Kommission, 5 Mitglieder der Bilderberg-Gesellschaft und 31 Mitglieder des Council on Foreign Relations. Die größten Wall-Street-Banken sind genauso vertreten wie die wichtigsten Anwaltsbüros, so zum Beispiel durch Robert Roosa aus

Averell Harrimans privater Geschäftsbank »Brown Brothers Harriman«; C. Douglas Dillon von der Investment Bank „Dillon, Reed and Co.“, die auch das Dritte Reich finanzierte; und der Finanzverwalter von *New Directions*, John C. Bullitt, aus dem Anwaltsbüro der New Yorker Citibank, „Shearman and Sterling“. Auch sechs Mitglieder aus den verschiedenen Carnegie-Stiftungen, eines aus der Ford-Stiftung und acht aus den verschiedenen Rockefeller-Stiftungen sind beteiligt. Des weiteren ist die Cornell-Schule für Industrie- und Arbeitsbeziehungen vertreten, die sich für psychologische Kriegsführung in der Beziehung zwischen Management und Arbeitern einsetzt.

Zusätzlich haben auch das »Institut

für Politische Studien«, das terroristische Zentrum für das Studium demokratischer Institutionen und das „Population Crisis Committee“ personelle Verbindungen zu *New Directions*. Zur Abrundung des terroristischen Potentials ist auch Hochwürden Geno Baroni vertreten, Kontrolleur der Ustashi-Bewegung und anderer rechter rassistischer Terrorgruppen.

Von der »Umweltschutz-Front« sind acht Vertreter der Freunde der Erde, des Sierra-Clubs, der Conservation Foundation und Laurence Rockefellers Natural Resources Defense Fund vertreten. Das von Rockefeller betriebene »Zentrum für Rechts und Sozialpolitik«, das die rechtliche Vertretung der Umweltschützer übernimmt, schickt

drei Mitglieder. Und während Naders alter Mitstreiter Cubie die Energielobby von *New Directions* leitet, ist Joanna Gerpen für die Eintreibung von Spenden verantwortlich. Sie gehörte früher der Gruppe »Public Citizen« an, die Nader mit Geld versorgt.

Schließlich sind in *New Directions* auch fünf Mitglieder bzw. Kandidaten von Carters Administration, darunter Außenminister Vance, der für Italien vorgesehene Botschafter Richard Gardner und Paul Warnke, jetzt Leiter der Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung. (Vier dieser fünf Herren gehören auch der Trilateralen Kommission an).

Naders 'Umweltschützer' verraten die amerikanische Verfassung

Im September des Jahres 1787 legten George Washington, Ben Franklin, Alexander Hamilton sowie drei Dutzend andere führende Amerikaner ihrer Nation den Entwurf einer Verfassung für die Vereinigten Staaten vor. Es war ihre erklärte Absicht, „einen umfassenderen Staatenbund zu bilden, Gerechtigkeit zu üben, Ruhe im Lande zu gewährleisten, für die gemeinschaftliche Verteidigung zu sorgen, das Allgemeinwohl zu fördern und uns selbst wie unserer Nachwelt den Segen der Freiheit zu sichern“. Proklamation und Ratifizierung dieses Dokuments bildeten den Höhepunkt eines intensiven 50 Jahre währenden Kampfes; eines Kampfes, der geführt worden war, um dem amerikanischen Kontinent jene sozialen und politischen Institutionen zu geben, die für den Fortschritt in Landwirtschaft, Wissenschaft und Industrie notwendig sind. Das Dokument drückt die Ziele der Nation aus, indem es die Verantwortlichkeiten des amerikanischen Kongresses festlegt: „Sich für den Fortschritt in der Wissenschaft und in den angewandten Künsten einzusetzen“ — diese Forderung beschreibt nicht etwa nur die eng gefaßte Aufgabe der Patentämter und Urheberrechts-Verwaltungen, sondern auch die humanistische Grundeinstellung, auf die sich die Nation insgesamt stützt.

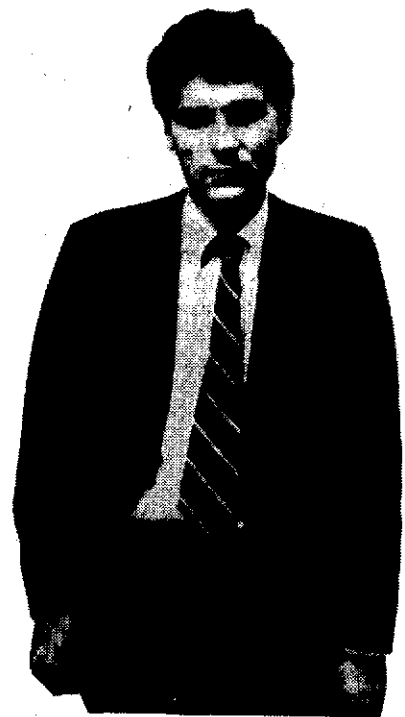
Am 21. Januar 1977 hielt James E. Carter — der sich widerrechtlich des Präsidentenamtes bemächtigte — seine

Antrittsrede, die nicht allein den Geist der amerikanischen Verfassung verletzte, sondern die in ihrer Konsequenz sicherstellen würde, daß »unsere Nachwelt« ihre Daseinsberechtigung verliert. Carter vertauschte kurzerhand Washington und Jefferson mit dem Umweltschützer Ralph Nader und erklärte:

„Wir haben gelernt, daß 'mehr' nicht notwendigerweise auch 'besser' heißt, ja, daß selbst unsere große Nation ihre anerkannten Grenzen hat, und daß wir weder alle Fragen beantworten, noch alle Probleme lösen können. Wir können es uns weder leisten, alles erreichen zu wollen, noch dürfen wir es an Mut fehlen lassen, wenn wir uns der Zukunft stellen. Deshalb müssen wir, im Geiste individueller Opfer zum Wohle aller, gemeinsam unser Bestes geben“.

Nicht das erste Mal

Nader-Fan Carter steht durchaus in einer gewissen Tradition in der amerikanischen Geschichte. Diese Tradition, die mit dem Sturz der Cromwellschen Republik in England begann, hat nie eine Gelegenheit ausgelassen, der amerikanischen Bevölkerung weis machen zu wollen, daß sie sich von den Zwängen ökonomischer und wissenschaftlicher Entwicklung befreien müsse. Die Hauptwortführer dieser Tradition waren die politischen Handlanger der Ost-



„US-Verbraucherranwalt“ Ralph Nader. In seiner Studentenzeit zog der Sohn eines Krämerladeninhabers gegen die moderne Medizin zu Felde. Heute, nachdem er von den Rockefeller's aufgebaut wurde, führt Nader die Umweltschutzbewegung gegen Kernkraftwerke und industriellen Fortschritt allgemein.

indien-Gesellschaft; der »Ökonom« Adam Smith, Präsident Andrew Jackson und Präsident Franklin Delano Roosevelt. Ihnen gegenüber vertraten Benjamin Franklin, Alexander Hamilton, Thomas Jefferson, Henry Clay, Abraham Lincoln und viele andere eine nationale Politik für Industrialisierung und Fortschritt.

Sobald das Britische Parlament (eine traurige Fehlbezeichnung für die Macht, die von den Merkantilisten und dem vorwiegend die Ostindien-Gesellschaft repräsentierenden Landadel in jenem Organ ausgeübt wurde) den hundert Jahre langen Krieg gegen die Franzosen und Holländer vom Hals hatte, begann es 1763, seine »herkömmliche« Kolonialpolitik auf Amerika anzuwenden. **Schritt eins:** Die Hersteller von Werkzeugen, Biberfellmützen, Textilien, und andere mögliche Konkurrenten britischer Produkte wurden mit Verboten belegt. **Schritt zwei:** Man begann, die Steuern auf das in England übliche Niveau anzuheben, wo deren erdrückende Last eine Armut geschaffen hatte, wie sie damals in Amerika nirgendwo bekannt war. **Schritt drei:** Die Besiedlungsprojekte wurden gestoppt, damit die Einwanderer nicht auf die Idee kamen, einen Binnenmarkt und eine Industriegesellschaft zu entwickeln; zudem waren sie militärisch leichter kontrollierbar. Auch hielt man an der bewährten Methode zur Wertschöpfung für die Ostindien-Gesellschaft fest — dem Abzug von Bodenschätzen und notwendigen Landwirtschaftsprodukten im Austausch gegen exponentiell anwachsende Auslandsschulden.

Von daher war es kein Wunder, daß sich die Siedler ständig beim König beklagten, sie würden den Eindruck nicht los, als wenn das Parlament die Indianer seinen loyalen zivilisierten Untertanen gegenüber bevorzugte!

Der Hauptsprecher gegen diese Plünderungs-Politik war Benjamin Franklin. Um 1720 gewann er seinen ersten politischen Kampf, als er eine eigene Währung für Pennsylvania durchsetzte, eine Maßnahme, die den örtlichen Handel und die ersten Produktionsstätten enorm ausweitete. 1750 setzte er sich mit einer Schmähchrift an die Spitze des Widerstandes gegen die neuen Eisenbeschränkungen, worin er darstellte, wie jeder Aspekt der britischen Politik — ob die Eroberungen, die Begrenzung der Besiedlungsprojekte oder die Einschränkung des Handels, ob die Ausraubung der Fischgründe, die Beschlagnahme von Eigentum oder die Einführung des Sklavenwesens — das Wohlergehen der amerikanischen Kolonien zerstörte. Seine wissenschaftlichen Studien, die auf die

40er Jahre zurückgehen, waren ein integraler Bestandteil seines politischen Programms, mit dem er den Reichtum und den Lebensstandard in Amerika anheben wollte.

Es lohnt sich, die Bemühungen des Nader-Bewunderers Carter, den amerikanischen Kontinent wieder in einen Zustand zurückzusetzen, der dem von Indianer-Reservaten nicht unähnlich ist, mit Benjamin Franklins Perspektive zu vergleichen, die sich mit den Aktivitäten einer sich entfaltenden Nation befassen.

„Die erste qualvolle Anstrengung, deren es bei der Gründung neuer Kolonien bedarf, und die dazu angetan ist, die Aufmerksamkeit der Menschen auf die bloßen Bedürfnisse zu beschränken, ist nun wohl fürs erste vorüber; und in jeder Provinz leben viele in Verhältnissen, die ihnen ein angenehmes Leben ermöglichen und ihnen genug Muße gewähren, die feinen Künste zu pflegen und den allgemeinen Wissensschatz zu vergrößern. Dabei müssen diejenigen, die sich des Nachdenkens befleißigen, von Zeit zu Zeit vielfältige Hinweise auftauchen, sich vielfältige Beobachtungen einstellen, die sämtlich, falls wohl geprüft, abgefolgt und verbessert, Entdeckungen zeitigen könnten, die einigen oder allen britischen Siedlungen zum Vorteil gereichen oder gar zum Wohl der Menschheit insgesamt gedeihen könnten...

... Und dies möge Gegenstand jener Wechselwirkung sein: alle neu entdeckten Pflanzen, Gräser, Bäume, Wurzeln, deren Eigenschaften, Wirkungen, Nutzung, usw.; Methoden, sie zu züchten, und solche Arten zu verbreiten, die insbesondere für einige Siedlungen nützlich sind; Verbesserungen von Gemüsesäften, wie auch Obstsaften, Weinen, usw.; neue Methoden zur Heilung und Vorbeugung von Krankheiten; alle neu entdeckten Funde in verschiedenen Ländern, wie Erzlager, Mineralien und Steinbrüche; neue und brauchbare Verbesserungen in jedem Teilbereich der Mathematik; neue Entdeckungen in der Chemie, wie z.B. Verbesserungen beim Destillieren, beim Brauen und Analysieren von Erzen; neue Erfindungen in der Mechanik zur Einsparung von Arbeitskraft, wie etwa Mühlen und Wagengestelle, sowie zur Förderung und Verteilung von Wasser, zur Trockenlegung von Wiesen, usw.; alle neuen Künste, Gewerbe und Werkstätten, die man nur vorschlagen und ersinnen kann; Messungen, Landkarten und Tafeln von bestimmten Teilen der Küste oder Landstrichen; Verlauf und Vereinigung von Flüssen, Kreuzungen großer Straßen, Lage von Seen und Gebirgen, Beschaffenheit des Bodens und

seiner Produkte; neue Methoden zur Verbesserung der Zucht von Nutztieren; Einführung neuer Arten aus dem Ausland; neue Verbesserungen in der Feldbestellung, im Gartenbau und der Nutzbarmachung von Land; zudem alle philosophischen Experimente, die Licht auf die Natur der Dinge fallen lassen, und die dazu angetan sind, des Menschen Macht über die Materie zu erhöhen, und die die Annehmlichkeiten oder Freuden des Lebens zu vervielfältigen imstande sind.“

(aus: „Ein Vorschlag, wie nützlich Wissen in den britischen Siedlungen in Amerika zu fördern sei. 1743.“ Hervorhebungen sind vom Autor hinzugefügt.)

Franklin selbst brachte so viele nützliche Erfindungen hervor, daß es nicht leicht fällt, sie alle aufzuzählen; er trug z.B. in bedeutendem Maße zur wissenschaftlichen Entwicklung des sog. Fruchtwechsels bei und führte neue, verbesserte Tier- und Pflanzenarten in die amerikanische Landwirtschaft ein. Seine darüberhinausgehende Rolle bei der Erstellung der Unabhängigkeitserklärung, bei der Sicherstellung politischer und technischer Hilfe durch die Franzosen im Bürgerkrieg, und schließlich bei der Formulierung der Verfassung zeigt, wie weit seine humanistische Überzeugung auf den politischen Bereich Einfluß nimmt: Amerikas Institutionen sind auf die Tradition wissenschaftlichen Fortschritts gegründet.

Für den Fall, daß einige gelehrte revisionistische Geschichtsschreiber den Anhängern Ralph Naders vorschnell zu Hilfe eilen und versichern, daß jene Politik, welche sich die ersten landesweit organisierten politischen Formationen angeeignet hatten, eher pragmatischer und ndernaher gewesen sei, als es Franklins Schriften nahelegen würden, zitieren wir an dieser Stelle aus den Proklamationen des ersten Kontinentalen Kongresses. Auf Betreiben des John Adams verabschiedeten diejenigen, die sich versammelt hatten, um eine wirksame Verteidigung gegen die Plünderung zu organisieren, von der Boston durch die Engländer heimgesucht worden war, den folgenden Vorschlag:

„(Wir empfehlen, daß jede Kolonie einrichten möge) ...eine Gesellschaft zur Förderung der Landwirtschaft, des Gewerbes, der Fabrikation und des Handels und ... es solle eine Verbindung zwischen diesen Gesellschaften bestehen, damit die reichen, natürlichen Vorzüge dieses Landes zugunsten seiner Einwohner nicht vernachlässigt werden.“

Was damals als Empfehlung formu-

liert wurde, sollte im Verlauf der nächsten 13 Jahre die Verantwortung einer neuen Bundesregierung werden, die erkannte, daß ökonomischer Fortschritt der Eckstein ihrer weiteren Existenz war.

Kaum hatte sich Amerika konstituiert, mußte der Kampf gegen den britischen Handelskrieg aufgenommen und gleichzeitig Englands Ideologen abgewehrt werden, die Adam Smiths Schule des »Laissez faire« entstammten — jener Doktrin der internationalen Unterwerfung unter das gar nicht so unsichtbare Regiment der britischen Merkantilisten. Smiths Theorien wärmten die alte Politik des »Unterdrücke die Industrialisierung um jeden Preis« mit der Rationalisierung auf, daß eine günstige nationale Handelsbilanz notwendig sei, und diktierten auf diese Weise, daß Amerika und andere Länder auf den massiven Export ihrer Landwirtschaftsprodukte entsprechend der Nachfrage des Weltmarktes angewiesen seien. Mit anderen Worten, auf die Sklaverei bei der Tabak- und Baumwollente.

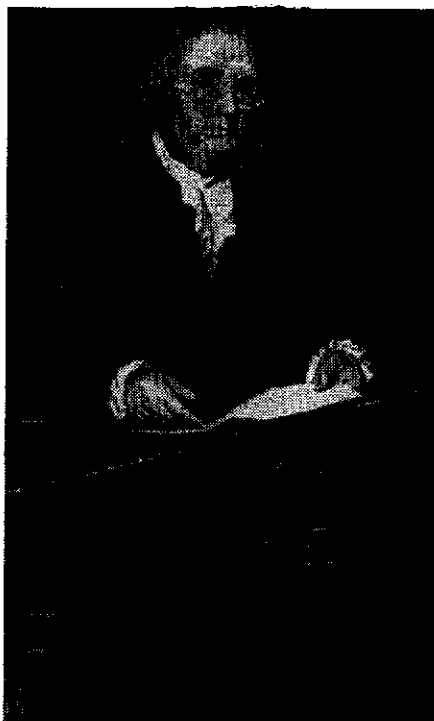
Industrialisierung sei zu teuer, bemühte sich Smith klarzumachen. Sie würde von der allgemeinen nationalen Aufgabe ablenken, nämlich den britischen Gläubigern die Produktion und die Ausfuhr von Getreide und Bodenschätzen zu Füßen zu legen.

Diese »Theorien« beantwortete Alexander Hamilton mit einem Programm zur Kapitalbildung, Subventionierung der Warenproduktion und einer neuen Form von Franklins »Gesellschaft für nützliches Wissen«, die den wissenschaftlichen Fortschritt fördern sollte. Hamiltons Nationalbank, deren Gründung auf der ersten Sitzung des Kongresses gebilligt wurde, fordert die Verantwortlichkeit der Regierung, den Bürgern »mehr und besser« zu bieten:

„Es ist der Zweck einer Nationalbank, den öffentlichen und privaten Kredit zu mehren. Ersterer verleiht dem Staate die Macht, den Handel unter den Individuen zu schützen. Die Industrie wird erweitert, die Waren vervielfacht, Landwirtschaft und Fabrikation gedeihen, und hierin bestehen wirklicher Reichtum und Erfolg eines Staates.“

(Brief Hamiltons an Robert Morris 1781)

Im Gegensatz zu Jimmy Carter und Ralph Nader betrachtete Hamilton Reichtum jedoch nicht als eine Ansammlung starrer Objekte. Das schwebte Adam Smith vor: Kaum geboren, schon verfließen. Hamilton stellte sich die Schaffung von Reichtum vielmehr so vor, daß die Menge der Produkte als auch die Produktivität der Arbeitskraft selbst gesteigert werden



Benjamin Franklin, einer der Väter der amerikanischen Verfassung.

müsse, wodurch völlig neue Produktionsweisen vermittelt würden.

Daß der Jahresertrag von Boden und Arbeitskraft eines Landes nur auf zwei Wegen erhöht werden kann — durch bestimmte Verbesserungen der Produktivkräfte, die tatsächlich in nützlicher Arbeit stecken, oder durch eine quantitative Vergrößerung solcher Arbeit:...

Es ist jetzt angebracht, einen Schritt weiter zu gehen, und die wichtigsten Umstände aufzuzählen, aus denen man die Folgerung ziehen kann: Daß die Fabrikationsbetriebe nicht nur eine positive Vermehrung des Ertrags und der Einkünfte der Gesellschaft erbringen, sondern daß jene auch ganz wesentlich dazu beitragen, diese (Einkünfte) größer zu machen, als es ohne derartige Einrichtungen überhaupt möglich wäre. Diese Umstände sind:

1. Die Arbeitsteilung;
2. Ausweitung des Gebrauchs von Maschinen;
3. Die zusätzliche Beschäftigung von Bevölkerungsschichten, die gewöhnlich nichts mit diesem Geschäftszweig zu tun haben;
4. Förderung der Emigration aus fremden Ländern;
5. Gewährung eines größeren Spielraums für die Entwicklung verschiedener Fähigkeiten und Anlagen, durch die sich die Menschen voneinander unterscheiden;
6. Bereitstellung ausgedehnter und

verschiedenartiger Betätigungsbereiche;

7. In einigen Fällen die Schaffung einer neuen, insgesamt die Sicherstellung einer bestimmten und konstanten Nachfrage nach dem Mehrprodukt des Landes.“

(aus „Bericht über die Fabrikation“)

Wenn es einem Hamilton bereits im Jahre 1770 möglich war zu verstehen, daß eine Steigerung des nationalen Reichtums durch die kontinuierliche Ausbildung der Kräfte des Menschen und der Maschinen bewerkstelligt wird, dürfte es den heutigen Nader-Anhängern nicht schwer fallen zu erfassen, daß weiterer technologischer Fortschritt tatsächlich die Lösung zu ihrem Problem der »Umweltverschmutzung« ist.

Ihr Block ist, daß sie — ähnlich wie Adam Smith — die Probleme vom Standpunkt der Rockefeller-Agenten betrachten, von denen sie ihre Wechsel beziehen. Die Tradition Hamiltons, wie sie sich in der Verfassung, in den »Federal Papers« sowie in den ersten Gesetzen des Kongresses ausdrückt, bedeutet ihnen nichts im Vergleich zur Erhaltung des Rockefeller-Finanzimperiums.

Die angeschlagenen, aber noch ausharrenden britischen Finanzinteressen fanden damals einen neuen Wortführer für ihre schmutzige Arbeit in der Carter-ähnlichen Kreatur von Andrew Jackson. Jackson, der direkt von dem Angestellten der Rothschild-Familie und käuflichen Chargen der Demokratischen Partei, Martin van Buren, kontrolliert wurde, verwarf offen den in der Verfassung verbrieften Grundsatz vom Fortschritt der Wissenschaft sowie die Anwendung dieses Prinzips bei dem Beschluß des Obersten Gerichtshof über die Einrichtung der Nationalbank. Genauso wie Carter heute, gab er vor, das »Gemeinwohl« des kleinen Mannes im Auge zu haben, während er in Wirklichkeit gerade jene Finanzstrukturen abbaute, die eine qualitativ voranschreitende materielle Basis für die Bevölkerung realisieren würden. Jackson konnte nicht einmal so tun, als hätte er ein alternatives Programm zu dem, welches er über Bord warf; außer, die Nationalbank und das geplante Smithsonian Institut zur Förderung der Wissenschaft aufzugeben, hatte Jackson nichts als Demagogie anzubieten.

In dem »religiösen« Höhepunkt seines Vetos gegen die Nationalbank werden wir von dieser Volksverhetzung förmlich erdrückt:

„...Im vollen Genuß der Geschenke des Himmels und der Früchte einer überlegenen Industrie, Wirtschaft und Tugend

hat jedermann einen Anspruch darauf, durch das Gesetz geschützt zu werden; doch wenn es die Gesetze übernehmen, diesen natürlichen und gerechten Vorzügen künstliche Unterscheidungen hinzuzufügen, etwa Titel, Zuwendungen und exklusive Privilegien zu gewähren, um die Reichen noch reicher und die Mächtigen noch mächtiger zu machen, dann steht den einfachen Mitgliedern der Gesellschaft — den Bauern, Mechanikern und Arbeitern — denen es sowohl an Zeit wie an den Mitteln fehlt, sich derlei Vergünstigungen zu verschaffen, das Recht zu, sich über die Ungerechtigkeit ihrer Regierung zu beklagen. Das Übel liegt nicht notwendigerweise bei der Regierung. Nur ihr Mißbrauch ist von Übel. Wenn sie sich auf gleichmäßig verteilten Schutz beschränkte, und, dem Himmel gleich, der Regen spendet, ihre Gunst gleichermaßen über Vornehme wie Niedere, über Wohlhabende wie Arme ausschütten würde, wäre sie ein vollkommener Segen. Das mir vorliegende Gesetz scheint eine weitgehende und unnütze Trennung von diesen lauterer Prinzipien aufzuweisen.“

Das unredliche Argument der Nader-Anhänger, die unerwünschten Nebenwirkungen wissenschaftlichen Fortschritts seien bereits Grund genug, diese Fortschritte samt und sonders abzutun, prägte schon Jacksons Reden und Verhalten. „Zu was ist ein Neugeborenes nütze?“ antwortete Ben Franklin einmal einem Lästler, der sich über die »Weltfremdheit« seiner physikalischen und elektrischen Experimente hermachte. „Babies schaden der Umwelt mehr als daß sie ihr nutzen“, entgegnete die Nader-Anhänger schamlos. „Ihr Nutzen für die Umwelt rechtfertigt nicht ihre Existenz“.

Jacksons erbitterteste Gegner waren John Quincy Adams und Henry Clay. Gemäß der Tradition der amerikanischen Verfassung bestanden sie darauf, daß die Nationalbank erhalten bliebe, um Kredite für Verbesserungen der Infrastruktur, der Fabrikation und bei der Volkserziehung zu garantieren. Clay attackierte jene, die den Status quo für die Landbevölkerung verteidigten, und andere Bevölkerungsteile, die sich gegen zu starke Kapitalbildung wandten:

„... In einer Hinsicht unterscheidet sich die Fabrikation positiv von der landwirtschaftlichen Produktion, wenn man beide miteinander vergleicht. Das ist die Geschwindigkeit, mit der sich die gesamte Gemeinschaft der Fabrikanten neue Errungenschaften zunutze machen. Man teilt sie sich auf der Stelle mit und setzt sie in Kraft. In dem einen

System sehen wir geradezu eine Gier nach Erneuerungen, eine Abneigung dagegen in dem anderen. Ohne daß auch nur die geringste Veränderung in der Landwirtschaft stattfände, bleiben die Gewohnheiten von Generation zu Generation dieselben — sich auf einer schier endlosen Bahn unaufhörlich wiederholend. Dem Pflüger, der seinen Pflug am Schwanz seiner Rinder befestigt, wird es nicht in den Sinn kommen, daß es noch andere Arten des Pflügens gibt als seine. Eine Landkommune könnte in nächster Nähe von anderen Gemeinden existieren, die die größten Fortschritte im Ackerbau erzielt haben, ohne auch selbst nur im entferntesten weiterzukommen. So sind viele Teile unseres Landes in der Urbarmachung und Anreicherung des Bodens den Schweden um hundert Jahre voraus“.

(aus der Rede über den
Zolltarif, 26.4.1820)

45 Jahre später mußten die Erben Andrew Jacksons erst in einem blutigen Bürgerkrieg besiegt werden, um das Recht der Bevölkerung auf Aneignung wissenschaftlicher Errungenschaften zu verteidigen.

Als im Jahre 1932 Franklin D. Roosevelt als Kandidat der Demokratischen Partei das Amt des amerikanischen Präsidenten anstrebte, ließ er in dem Versuch, die faschistische Wirtschaftspolitik der Rockefeller-Familie durchzusetzen, Jacksons verräterische Machenschaften wiederaufleben. In einer Rede vor dem Commonwealth Club von San Francisco verging er sich an der Idee der Industrialisierung und des technologischen Fortschritts offener, als es irgendein amerikanischer Politiker vor oder nach ihm gewagt hätte. „Unsere letzte Grenze ist schon seit langem erreicht“, eröffnete Roosevelt den versammelten Geschäftsleuten. „Der bloße Bau neuer Industrieanlagen, die Gründung von noch mehr Konzernen, wird wahrscheinlich genauso gefährlich wie hilfreich sein“.

Dies ist das Roosevelt'sche Erbe, das während der letzten 40 Jahre die Substanz der Demokratischen Partei infiziert hat. Dies ist die Philosophie, die einen David Lilienthal inspiriert hat, der seine Stellung als Vorsitzender der Atomenergie-Behörde dazu mißbrauchte, Durchbrüche auf dem Gebiet der Kernphysik zu unterdrücken; heute macht er sich bei der Rockefeller-Familie als Chefberater für »Entwicklungs«-Projekte nach dem Motto »Buddle-Dir-Deine-eigene-Kohle« verdient, weil Erdöl und Kernenergie »zu kostspielig« seien. Von Lilienthal und

Roosevelt läßt sich unschwer die Spur bis zu Schlesinger und Carter verfolgen; Knappheit und Mangel werden verordnet, wo Überfluß herrscht; aus unechter Sorge um die unmittelbaren Tagesbedürfnisse weigern sie sich, die wissenschaftlichen Grundfragen bei der Lösung der wirklichen Verknappungsprobleme anzupacken. Falls diese Politik nicht verworfen wird, machen wir uns des Massenmords schuldig; nicht nur als Folge von Carters politisch-militärischer Unbedarftheit, sondern wegen unserer Unfähigkeit, die nationalen Ressourcen für einen qualitativen Sprung in der Basistechnologie einzusetzen, um die tatsächlichen Verknappungen bei Erdöl, Gas und anderen Rohstoffen, von denen das Überleben unserer Gesellschaft heute abhängt, zu überkommen.

Lösung in Sicht

Wir sind heute mit einer Krise konfrontiert, die jener sehr ähnelt, der sich die Gründerväter Mitte des 18. Jahrhunderts gegenüber sahen. Auf der einen Seite mußten sie einen Feind besiegen, der systematisch jeden Fortschritt zerstören wollte, der Amerika als eine lebensfähige, wachsende Gesellschaft kennzeichnete. Auf der anderen Seite standen sie vor dem Problem, die Bevölkerung wie deren Ressourcen so zu organisieren, daß diese sich auf höherer Ebene reproduzieren könnte. Dies würde die Bevölkerung wiederum in die Lage versetzen, die Fesseln abzustreifen, mit denen sie an diesen Feind gebunden waren. Die Lösung lag in zweierlei: in der Mobilisierung des höchsten gesellschaftlichen Wissens und in der Schaffung neuer Kreditinstrumente, wie es in der Gründung der Nationalbank beispielhaft ausgedrückt ist.

Ob die Mobilisierung von Gewerkschaften, Industrieverbänden und Wissenschaftlern in ein wirksames Gegengewicht gegen die Fülle Naderscher Sabotageakte — wie den Gesetzen zur Deindustrialisierung und zum Energienotstand — verwandelt werden kann, hängt in erster Linie davon ab, wie weit unsere Verbündeten die in die Verfassung eingegangenen Auffassungen von Fortschritt verstehen, vor deren Hintergrund sich ihr derzeitiger relativ impotenter Kampf gegen die Nader-Anhänger abspielt. Ist diese positive Tradition erst wieder ins Bewußtsein zurückgerufen, kann jede Form von organisiertem Bündnis — ob taktischer oder mehr langfristiger Natur — Carters Schritt hin zu einer militärisch kontrollierten Zwangswirtschaft ins totale Durcheinander stürzen.

Die programmatische Alternative zu

entwickeln, ist zwar schwierig, doch liegt sie gleichwohl auf der Hand. Die Frage wissenschaftlicher Forschung und ihrer Anwendung auf die dringend benötigte Verbesserung der veralteten Technologie muß zum Kernstück eines Diskussionsprozesses werden, der von spezialisierten Wissenschaftlerkreisen bis in die örtliche Fabrik reicht. Inmitten einer derartigen schöpferischen Umgebung können die technologischen Lösungen leicht gefunden werden. Um die erforderlichen Programme zur Er-

forschung der Kernfusion zu finanzieren, bedarf es einer Ausweitung des politischen Kredits, ähnlich der, welche von den führenden Kaufleuten und Fabrikanten im nachrevolutionären Amerika vorgenommen wurde. Für die technologische Entwicklung im ersten Jahr 5 Milliarden Dollar, und in den nächsten Jahren mehr als 50 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen, scheint heute für viele ein ähnlich unerhörtes »Wagnis« zu sein, wie es bei der Ausstattung der Nationalbank jenen Leuten

vorkam, an die sich Alexander Hamilton im Jahre 1790 wandte. In Wirklichkeit ist das Risiko jedoch nicht größer als die Tatsache, daß wir mit jeder Faser unseres Lebens von den kreativen Fähigkeiten des menschlichen Geistes abhängen; und hierfür muß ein soziales Klima geschaffen werden, das der Weiterentwicklung der Menschheit Vorrang gibt, und alle Hindernisse rücksichtslos aus dem Weg räumt.

„Nuklearterrorismus“ ist nur unter Mithilfe von Regierungen möglich

Dr. Morris Levitt,
ICLC-Forschungsstab

20. Mai 1976 — Es ist völlig klar, daß der Versuch, mit dem künstlichen Thema des »nuklearen Terrorismus« Angst und Hysterie in der Bevölkerung zu schüren, Teil einer andauernden Welle »schwarzer« Propaganda ist, mit deren Hilfe dem entwickelten Sektor, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, faschistische, polizeistaatliche Regime aufgezwungen werden sollen. Nach stichhaltigen technischen Überlegungen ist jede Vorstellung, daß eine sogenannte »radikale Terroristengruppe« ihre eigene Atombombe bauen könne, reiner Unsinn. Es ist bekannt, daß verschiedene Länder, auch einige relativ kleine Staaten wie Israel, mittlerweile ein eigenes Atomwaffenarsenal aufgebaut haben. Das war aber nur nach mehreren Jahren großer nationaler Anstrengungen möglich. Zu diesen Anstrengungen gehörte in jedem Fall der Bau von Kernspaltungsreaktoren, um darin Plutonium zu erzeugen. Doch selbst wenn man von bereits vorhandenem Plutonium ausgeht, wären immer noch gewaltige Geldsummen und Spezialanlagen notwendig, um aus dem Grundstoff eine funktionierende Atombombe herzustellen. Die lächerliche Behauptung, gestohlener nuklearer Brennstoff aus einem in Betrieb befindlichen Kernspaltungskraftwerk könne von einer Terroristengruppe zu einer Bombe verarbeitet werden, ist nichts anderes als vorsätzlicher Betrug.

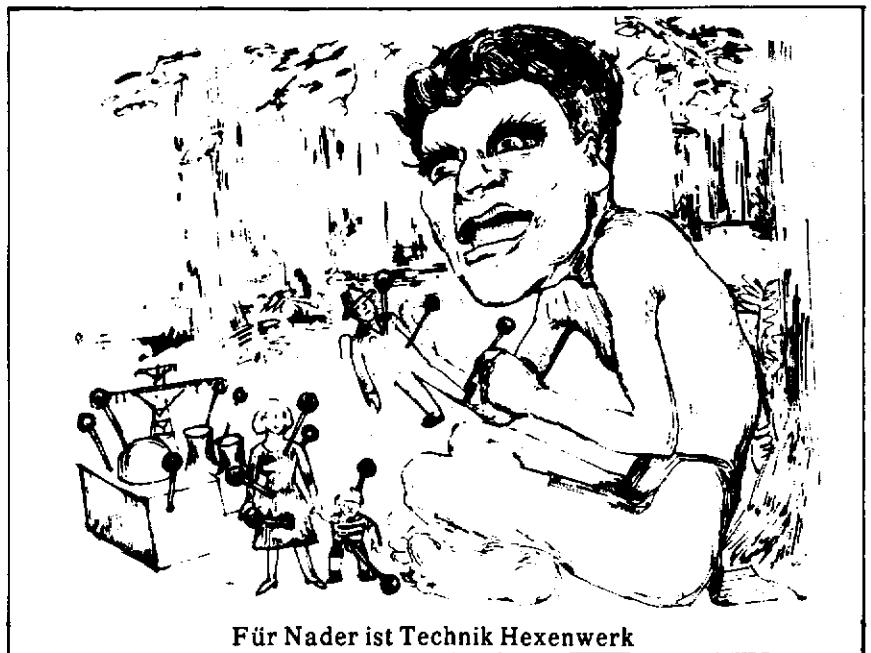
Es gibt nur eine Möglichkeit, wie eine solche Gruppe je an eine Atombombe kommen und in die Lage versetzt

werden könnte, sie zur Explosion zu bringen: Die Terroristen würden eine Bombe direkt vom Verteidigungsministerium eines entsprechenden Landes erhalten, und dazu detaillierte Anweisungen, wie man sie zünden muß.

Bisher wurden zwei verschiedene spaltbare Stoffe zum Bau von Atombomben verwendet: Uran-235 und Plutonium-239. Uran-235 wird gegenwärtig in allen in Betrieb befindlichen wasser- und gasgekühlten thermischen Reaktoren als Brennstoff verwendet; Plutonium-239 soll in Reaktoren vom Typ »Schneller Brüter« und auch in thermischen Reaktoren neuer Konstruktion als Brennstoff dienen. Pluto-

nium ist z. Z. nicht als Brennstoff von Kernreaktoren in Gebrauch, doch gibt es in verschiedenen Ländern mehrere experimentelle Reaktoren, worin Plutonium als Brennstoff erprobt wird. In kleinen Mengen wird Plutonium in den Brennstäben aller thermischen Reaktoren erzeugt.

Auf diese Weise gewinnt z.B. das US-Verteidigungsministerium im Anlagenkomplex Savanna River das Ausgangsmaterial für seine Bomben. Weil der Anreicherungsprozeß zur Gewinnung von hochkonzentriertem U-235, wie es zur Verwendung in Bomben gebraucht wird, ungeheuer kompliziert und teuer ist, findet Uran-235 als Ausgangsmate-



Für Nader ist Technik Hexenwerk

rial praktisch keine Verwendung mehr. Darum ist heute für den Bau von Atombomben Plutonium praktisch das einzige übliche Ausgangsmaterial.

Weil U-235 in allen in Betrieb befindlichen Kernreaktoren als Brennstoff dient, verbreiten die Urheber der derzeitigen »schwarzen« Propagandawelle die Lüge, daß Terroristen sich besonders dieses Materials bedienen würden. Die Konzentration von U-235 in diesem Uranbrennstoff beträgt nur etwa drei Prozent; damit ist Uran in dieser Form als Ausgangsstoff für Bomben praktisch nicht zu gebrauchen. Für eine Atombombe bescheidener Qualität braucht man auf mindestens 50% angereichertes U-235, und für starke Bomben eine weitaus höhere Anreicherung (auf 80 bis 90 Prozent). Urananreicherung erfolgt bisher mit drei verschiedenen Isotopentrennverfahren, der Gasdiffusion, der Gaszentrifuge und elektromagnetischer Trennung. Für alle drei Verfahren muß das Uran in Gasform vorliegen — als Uranhexafluorid (UF₆) — sonst funktionieren die Verfahren nicht. Will man aus gestohlenen Brennstoffstäben eines Kernreaktors UF₆ gewinnen, so muß man ein kompliziertes und gefährliches chemisches Verfahren anwenden. Dabei wird das Material in Salpetersäure gelöst, und man verwendet dann das äußerst toxische Gas Wasserstofffluorid (HF). Sobald Uranhexafluorid vorliegt, schließt sich ein noch komplizierteres Isotopentrennverfahren an, das sehr viel energieintensiver und teurer ist. Es handelt sich um ein vielstufiges Verfahren, wobei das U-235 vom Natururan (U-238) getrennt wird; in der Gasmischung mit U-238 und U-235 nimmt im Laufe des Prozesses der Anteil des U-235 ständig zu. (In unverarbeitetem Uranerz findet sich ein Anteil von weniger als 0,7 Prozent an U-235). Um solche Trennanlagen zu bauen und zu betreiben, muß eine Regierung erhebliche Mittel bereitstellen; daher gibt es heute auf der Welt nur wenige Anlagen dieser Art. Der Gedanke, daß eine Terroristenbande gestohlenen Kernbrennstoff zum Bombenbau verwendet, ist also mit Sicherheit Betrug.

Bisher haben wir hier angenommen, daß man von frischem, nicht aktiviertem Kernbrennstoff ausgeht; dessen Radioaktivität ist nur gering. Was ist aber, könnte man einwenden, wenn dieser Brennstoff nach dreijähriger Betriebszeit mit einem geringen Plutoniumanteil (4 Prozent) aus dem Reaktor kommt? Zunächst ist der Brennstoff dann — und für lange Zeit —

hochgradig radioaktiv; man kann mit ihm nur mit Hilfe von Manipulatoren und in versiegelten und abgeschirmten Räumen und Behältern umgehen. Man sollte auch bedenken, daß der Brennstoff eines Kernreaktors sich in großen, 4–5m langen Bündeln dünner Brennstoffstäbe befindet. Diese Anordnungen wiegen je etwa eine Tonne; ein Terrorist hätte erhebliche Schwierigkeiten, diese Masse zu handhaben, ganz besonders, wenn sie radioaktiv ist. Um dann an das Plutonium in diesen ausgebrannten Stäben heranzukommen, ist natürlich ein noch schwierigeres chemisches Verfahren nötig, als es für saubere Uranbrennstoffe beschrieben wurde. Insbesondere muß das ganze chemische Verfahren, d.h. die Auflösung in Säure, die Ausfällung der Nitrate von U, Pu und Spaltprodukten, die Trennung vom Lösungsmittel usw. in einer abgeschirmten chemischen Anlage und aus sicherer Entfernung mit Hilfe mechanischer Manipulatoren vorgenommen werden. Es sind auf der Welt nur wenige chemische Anlagen mit dieser Ausstattung in Betrieb, davon nur eine einzige in den USA. Diese Anlage befindet sich im Plutonium-Werk Savanna River und gehört zum Verteidigungsministerium. Andere Staaten, die mittlerweile Atombomben herstellen können, verfügen vermutlich ebenfalls über eine derartige Anlage.

Es ist daher ebenfalls offensichtlich nichts anderes als Betrug, wenn öffentlich über die Gefahr diskutiert wird, daß Terroristen ausgebrannte Stäbe, die Plutonium enthalten, stehlen und daraus eine Bombe bauen könnten.

Damit bleibt dem »nuklearen Terroristen« noch als einziger Weg, direkt eine ausreichende Masse einer Plutoniumverbindung zu stehlen — z.B. aus der Anlage des US-Verteidigungsministeriums in Savanna River, Bundesstaat Georgia oder während des Transports zur Anlage, wo die Bomben gebaut werden oder wo Testbrennstoff mit Plutoniumgehalt für Kernreaktoren hergestellt wird. Solche Arbeiten stehen unter Kontrolle des jeweiligen Verteidigungsministeriums und unterliegen daher strengsten Sicherheitsbestimmungen. Experten sagen, „Fort Knox (wo die US-Goldreserven lagern) wäre im Vergleich ein Kinderspiel.“ Weiterhin braucht eine regierungseigene Anlage Wochen bis Monate, um aus diesem Ausgangsmaterial eine Bombe herzustellen. Sollte es je zu solch einem spektakulären

Diebstahl kommen, hätten die Behörden also genügend Zeit, um die Diebe zu fassen.

Solch ein Diebstahl ist äußerst unwahrscheinlich, doch sollte er trotzdem gelingen, dann stellt sich erst das eigentliche Problem: wie wird dieses Material zur Bombe? In den erwähnten Lieferungen liegt das Plutonium meist als chemische Verbindung vor — als Oxid oder Nitrat. Bomben lassen sich nur aus Plutonium in seinem metallischen Zustand herstellen, und darum ist ein chemischer Hochtemperaturprozeß erforderlich, um metallisches Plutonium zu gewinnen. Dank der Lobbyisten gegen die »Schnellen Brüder« ist weiterhin bekannt, daß das Plutonium außerordentlich gefährlich ist. Es ist äußerst giftig und führt sehr rasch zu Krebserkrankungen. Dieses Material läßt sich daher nur auf sichere Entfernung und in einer Schutzgasatmosphäre verarbeiten. Solche Spezialanlagen und chemischen Verfahren sind nicht leicht zu errichten bzw. zu beherrschen; wieder muß man beträchtliche Mittel aufwenden.

Sobald nun Plutonium als Metall vorliegt, muß die weitere Verarbeitung ebenfalls auf Distanz und in einer Schutzatmosphäre erfolgen, weil Plutonium sich in diesem Zustand an der Luft selbst entzünden würde. Dazu sind zusätzliche Sondereinrichtungen und Werkzeugmaschinen nötig. Aus diesem metallischen Plutonium nach der Bearbeitung eine Bombe zu bauen, bringt nun weitere spezielle Technologien ins Spiel, wie chemische Sprengstoffe, elektronische Steuerungen usw., jeweils mit besonderen Hilfsmitteln und Anlagen. Das alles führt zur Schlußfolgerung, daß eine Terroristengruppe unmöglich Zugang zu Anlagen und Technologien dieser Art hat; darum ist die Gefahr von nuklearem Terrorismus über diesen Weg ebenfalls als Betrug einzustufen.

Diese systematische Abhandlung zeigt deutlich, daß der Bau einer Atombombe einen Einsatz von Geldern, sonstigen Mitteln und Technologie erfordert, wie er nur auf Regierungsebene möglich ist. Daraus läßt sich schließen, daß eine Terroristengruppe nur dann Atomwaffen in die Hand bekommen kann, wenn diese Gruppe mit einer Regierung zusammenarbeitet. Es versteht sich, daß im Rahmen solcher Kooperation die Gruppe weit eher direkt eine Bombe erhält, als daß eine Regierung der Terroristengruppe so komplizierte Anlagen für den Bombenbau zur Verfügung stellt.

"Energie-Zar" Schlesinger: Der Freund der Nullwachstümler

„Michael McCloskey vom Sierra Club hat unter anderem die Frage gestellt, ob es für unsere Gesellschaft nicht besser sei, wenn sie aus Gründen des Umweltschutzes ihren Appetit auf Energie und Elektrizität etwas zügeln würde. Dies ist eine berechnete soziale Frage. Es ist durchaus vernünftig zu fragen, ob Neonröhren oder sogar Klimaanlage lebenswichtige Bestandteile des »American Way of Life« sind.“

Rodney Schlesinger als Vorsitzender der US-Atomenergie-Behörde (AEC) vor Vertretern der Energie-Industrie im Oktober 1971.

Was auch immer in der Öffentlichkeit dazu geführt haben mag, daß Rodney Schlesinger irgendwie als Sprecher für erweiterte Entwicklung und für den Einsatz fortschrittlicher Technologien zur Energiegewinnung angesehen wird oder sogar als jemand gilt, der in seiner Position als neuer Energie-Zar „das Atomgeschäft erneut ankurbeln wird“, — es ist höchste Zeit, mit solchen Ammenmärchen aufzuräumen, um die wirklichen Tatsachen hinter Schlesingers Energieplänen auf den Tisch zu legen. Wie man schon aus seinen ersten Aktivitäten in Carters Regierung erkennen kann, ist Schlesinger entschlossen, über den Untergang der amerikanischen Energie-Industrie — und die von ihr abhängigen Verbraucher — zu wachen.

Diese Pläne stehen in völliger Übereinstimmung mit dem, wofür Schlesinger vorher für knapp zwei Jahre als Vorsitzender der AEC und als bekannter Verfechter massiver Aufrüstung während seiner Amtszeit im Verteidigungsministerium eingetreten war. Jenen, die immer noch glauben, daß ein säbelrasselnder Kriegstreiber plötzlich ein Streiter für industrielles Wachstum und technologischen Fortschritt wird, sollte Schlesinger als ein Lehrstück dienen, wie die ökonomische Politik der Rockefeller-Familie durchgesetzt wird. Solange es die Rockefeller gibt, sind Krieg, Austerität und Nullwachstum die Mittel, um die Schulden einzutreiben und so die bankrotte Finanzstruktur vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Für einen eingefleischten Gegner der Wissenschaft wie Schlesinger besteht zwischen seiner Rolle als »Ökologe« in der AEC und seiner Imitierung des Dr. Seltsam im Verteidigungsministerium absolut kein Widerspruch. Schlesinger

selber bestätigte diese Tatsache in der *New York Times* vom 24. Dezember 1976, als er hervorhob, daß er jedesmal gerührt sei, wenn man ihn als einen »Könner auf dem Gebiet der Kernenergie« beschreibt.

Als Vorsitzender der AEC von 1971-73 war Schlesinger hauptverantwortlich für die Zerstörung dieser Behörde und somit dafür, daß zentrale Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Kernenergie in nicht anwendbare Bereiche gelenkt worden sind. Binnen eines Jahres, nachdem Schlesinger die Behörde verlassen hatte, um für die CIA und das Verteidigungsministerium zu arbeiten, wurde die AEC aufgelöst und in die unbewegliche Energy Research and Development Administration (ERDA) überführt.

Eine von Schlesingers ersten Amtshandlungen in der AEC war es, die Firma von Arthur D. Little, eine »private« Denkfabrik der Wall Street, anzurufen, um die AEC durchzuforschen und neu zu organisieren. Dies geschah nach systemanalytischen Gesichtspunkten der RAND-Corporation: der Behörde wurde eine neue Abteilung für Umweltfragen, eine neue Abteilung für nichtatomare Energieressourcen (d.h. Sonnen- und geophysikalische Energie u.ä.) und eine erweiterte Abteilung für Kernwaffenentwicklung zugeteilt.

Sein Interesse an dem letzteren Punkt führte zu dem Trugbild, Schlesinger sei ein Verfechter der Kernenergie. Tatsächlich stand aber hinter Schlesingers Bemühungen um die Entwicklung des Schnellen Brüters nichts anderes, als die Forschung auf diesem Gebiet für die Waffenproduktion und nicht für kommerzielle Zwecke zu nutzen. Schlesingers feindliche Haltung gegenüber dem kommerziellen Gebrauch der Kernspaltung

steigerte sich noch in seiner »langfristigen« Perspektive für die Nutzarmachung der Kernfusionsenergie: Er rechnete mit einem Zeitraum von 30 oder mehr Jahren. Solch pessimistischen Erwartungen traten selbst so entschiedene Fusionsgegner wie Edward Teller entgegen.

Es kann als weiterer Indikator für die heutigen Pläne Schlesingers verstanden werden, wenn man weiß, daß 1972 Arthur D. Little die Richtlinien des »Projekts Unabhängigkeit« (von ausländischen Rohstoffen) verfaßte, die in den folgenden Jahren zur Grundlage der Nullwachstumspolitik im US-Forschungssektor wurden.

Schlesinger nahm während seiner Amtszeit in der AEC hauptsächlich zwei Punkte in Angriff: (1) Die AEC habe sich zu einseitig nur um nukleare Anwendungsmöglichkeiten gekümmert und sollte ihr „Energie-Instrumentarium breiter streuen“. (2) Die Arbeit der AEC stimme nicht mit dem amerikanischen Umweltschutzgesetz (NEPA) überein.

Neun Tage nach seinem Amtsantritt als Vorsitzender der AEC hatte Schlesinger die AEC-Politik bereits völlig umgekrempelt und stellte kurzerhand den gerichtlichen Streit um das Kernkraftwerk von Calvert Cliffs in Maryland ein. Als Interessenvertreter der Energie-Industrie hätte die AEC alles daran setzen müssen zu beweisen, daß das Calvert-Cliffs-Projekt durchaus den Bestimmungen des »Berichts über Umwelteinwirkungen« entspricht, was von Laurence Rockefeller's Natural Resources Defense Council gerichtlich angezweifelt worden war. Mit ihrem Rückzieher hat die AEC nicht nur den Bau des Calvert-Cliff-Kraftwerks um mindestens zwei Jahre verzögert, was mit enormen Kosten verbunden ist, sondern auch den »Umweltschützern« einen entscheidenden gerichtlichen Präzedenzfall zugespielt, um geplante oder im Bau befindliche Kernkraftwerks-Projekte zu stoppen.

Presseberichte zu der Zeit waren sehr eindeutig über Schlesingers Aktivitäten. *Science Magazine* berichtete im Januar 1972:

„Eindeutig liegen Herrn Schlesingers Interessen weniger auf dem Gebiet von Forschung und Produktion..., sondern viel mehr auf dem Gebiet von Management-Technik, Umweltschutz und Waffenforschung.“

Und *Business Week* schrieb im März 1972:

„In den sechs Monaten, in denen J.R. Schlesinger Vorsitzender der AEC ist, hat sich die umstrittene Behörde entscheidend von dem einst energischen Fürsprecher der Kernenergie zu einem Streiter für Umweltfragen verwandelt.“

Noch deutlicher wurde die *New York Times* am 24. Dezember 1976:

„Als Vorsitzender der AEC für nahezu zwei Jahre hat Schlesinger diese Organisation, die einst ein lautstarker Vertreter von Industrie und Wissenschaft war, völlig umgekrempelt.“

Damals wie heute entsteht unter amerikanischen Wissenschaftlern und Industriellen eine Mischung aus Gelächter, Horror und Ungläubigkeit, wenn sie darüber nachdenken, wer für das wichtigste nationale Forschungsinstitut verantwortlich ist.

Schlesingers Reorganisation der

AEC, die als die drastischste seit Gründung der Organisation im Jahre 1946 gilt, fielen zudem viele Veteranen des Manhattan-Projekts (zum Bau der Atombombe in den 40er Jahren) zum Opfer. „Der jetzige Vorsitzende... ist nicht sehr stark mit der Wissenschaft verbunden. Er betrachtet die Forschung hauptsächlich als Kostenfaktor. Bei Seaborg (ehemaliger AEC-Vorsitzender) war das nicht der Fall; dieser betrachtete Forschung per se als gut,“ sagte ein AEC-Kenner zu der Zeit.

Allein Schlesingers erklärte Opposition zu solchen wissenschaftlichen Prinzipien stellt ihn in Opposition zu jenen, die sich mit der amerikanischen Verfassung identifizieren. Fügt man dem noch Schlesingers unverantwortliches Verhalten in vielen Regierungspositionen hinzu — was Präsident Ford richtig erkannte und zur Entlassung Schlesingers aus dem Verteidigungsministerium führte — dann sollten keine Zweifel mehr über

die Person J.R. Schlesingers und seine Ziele bestehen.

Schlesingers gegenwärtige Ziele sind es, um jeden Preis drastische Kürzungen im Energieverbrauch durchzusetzen, und seine letzten Gespräche mit Dean Abrahamson von der MITRE-Corporation — der kürzlich auf einer Veranstaltung in New Jersey sagte: „Ich kann dafür garantieren, daß es so lange Nuklear-Terroristen geben wird, wie noch ein einziges Kernkraftwerk auf der Welt besteht“ — zeigen, was er möglicherweise noch aus der Schublade holen kann. Diese Politik ist maßgebend für die Strategie von David Rockefeller's Trilateraler Kommission, die mit Leuten wie Cyrus Vance, Walter Mondale, Jimmy Carter, u.a. besetzt ist. Wird diese Politik wirklich durchgesetzt, ist nicht nur die amerikanische, sondern die Weltwirtschaft am Ende.

Maihofers Ministerium gibt Kernkraftgegnern Rückendeckung

von Carla Horn

21. Febr. (NSIPS) — Was im Sept. 1971 mit der Bekanntmachung des "Umweltprogramms" der sozialliberalen Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Brandt scheinbar so harmlos begann — die "Sicherung unserer natürlichen Umwelt" — hat sich bis heute zur rechtlichen und politischen Grundlage des Angriffs auf Wirtschaftswachstum und Entwicklungsfortschritt verwandelt. Restriktive Genehmigungsverfahren für Industrieprojekte und langwierige Gerichtsverfahren, von betroffenen „Anliegern“ in Gang gesetzt, sowie die spektakulären Aktionen der sogenannten "Umweltschutzbürgerinitiativen" drohen die wirtschaftliche und technologische Weiterentwicklung buchstäblich zum Erliegen zu bringen. Hilfsmittel dieser Verteufelung von Industrieproduktion und Fortschritt waren nicht allein die einzelnen Umweltschutzgesetze, die von 1972 bis 1976 in Kraft traten, sondern insbesondere die sog. „Öffentliche Meinung“, die in den atlantisch kontrollierten Massenmedien künstlich auf Forderungen nach "Nullwachstum" und "Lebensqualität" getrimmt wurde.

Am Beispiel der Ereignisse, die den Bau der Kernkraftwerke in Wyhl am Kaiserstuhl und in Brokdorf an der El-

be bislang gestoppt haben läßt sich ein Aspekt der atlantischen Strategie, ihr Krisenmanagement in der Depression durchzubringen, klar aufzeigen: neben der Destabilisierung der staatlichen Organe und Aufsplitterung des Parteiengefüges wollen sie vor allem auch die Justiz aktivieren, um den immer noch allzu "industriefreundlichen" Behörden eine restriktive Prüfungsinstanz vorzuschalten. Der Protest der Anlieger und "Bürgerinitiativen" soll hierzu als Hebel dienen.

In Baden-Württemberg war der Protest der "Anlieger" im Raum Freiburg schon organisiert, als die Landesregierung im Mai 1974 den Plan für den Bau eines Kernkraftwerkes in Wyhl am Rhein bekanntgab. Bei dem, jedem Genehmigungsverfahren vorgeschalteten Erörterungstermin im Juli lagen dann 69 "Einwendungen" gegen das Projekt vor, über die verhandelt werden sollte. Gezielte Kampagnen der badischen und elsässischen Bürgerinitiativen — unterstützt von befreundeten Organisationen aus der Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland und Norddeutschland — sorgten jedoch dafür, daß dieser Anhörungstermin platzte. So wurde das Genehmigungsverfahren nach inoffiziellen Absprachen mit den Anliegern eingeleitet,

zumal sich Ministerpräsident Filbinger zunächst weigerte, Abordnungen von Bürgerinitiativen aus diesem Raum als legitimierte Sprecher der ganzen dort ansässigen Bevölkerung anzuerkennen und in Stuttgart zu empfangen.

Als im November 1974 die Einleitung des Genehmigungsverfahrens bekannt wurde, war Volker Hauff, Staatssekretär in Matthöfers Technologie-Ministerium und engagierter Verfechter von Erhard Epplers Nullwachstums- und Lebensqualitätsideen, einer der ersten, der dies Vorgehen scharf kritisierte: „Ich halte nichts von einer Politik der vollendeten Tatsachen. Die Vor- und Nachteile dieses Standorts hätten vor dem Genehmigungsverfahren ausführlich und ohne Zeitnot und Emotion diskutiert werden sollen.“ Im übrigen, behauptete Hauff, sei die Landesregierung sowieso "von zu hohen Zuwachsraten des Energiebedarfs" ausgegangen. Bundesinnenminister Maihofer machte im Dez. 74 eine ähnliche Bemerkung über die Notwendigkeit, die betroffene Bevölkerung viel stärker am Vorplanungs- und Genehmigungsverfahren zu beteiligen.

Derartige Hilfe aus Bonn kam den "Umweltschützern" wie gerufen. Sie konnten mittlerweile durch die Beset-

zung des Bauplatzes in Wyhl und Klagen gegen das gesamte Projekt sowie gegen den Sofortvollzug des Baubeginns juristische Erfolge verbuchen. Ende März 1975 entschied das Freiburger Verwaltungsgericht, den Baubeginn weiter auszusetzen, bis die „Endentscheidung“ des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim über die Hauptklage gegen das Projekt Gültigkeit habe. Zur Begründung dienten dem Gericht nicht allein ökologische Argumente wie Strahlenschutz, Abwasser- und Abwärmeprobleme etc., sondern vor allem grundsätzliche Zweifel an der Notwendigkeit des Kraftwerks. Jüngste Berechnungen über den zukünftigen Energiebedarf hätten angeblich gezeigt, daß Wirtschaftstätigkeit und Energiebedarf rückläufig seien. Den Kern ihrer Nullwachstumsideologie enthielten die Richter dann durch das Argument, der Betreiber des Kraftwerks, die „Kernkraftwerke Süd GmbH“ habe bei ihrem Vortrag nicht die Bereitschaft ihrer Muttergesellschaften erkennen lassen, Lieferverträge mit Versorgungsunternehmen außerhalb des Landes Baden-Württemberg zu kündigen.“ Mit anderen Worten hätte das völlig inkompetente Richtergremium auch direkt sagen können: Wozu ein weiteres Kraftwerk, wenn die vorhandene Energieproduktion doch im „Ländle“ gehalten werden kann, anstatt sie an die Ausländer in Bayern oder Hessen zu verschwenden!

Die Unterstützung der Kernkraft- und Fortschrittsgegner durch die Justiz — die sich auch im Urteil des Schleswiger Verwaltungsgerichts gegen den sofortigen Baubeginn in Brokdorf am 9. Febr. '77 wiederholt hat — ist nur die eine Seite dieses abgekarteten Spiels. Die ohnehin sachunkundigen Gerichte greifen die „Argumente“ auf, die ihnen von einer atlantisch gesteuerten Presse als wissenschaftliche Analysen über die angeblich unüberwindlichen Gefahren für Mensch und Umwelt vorgaukelt werden. Ständen die Probleme der radioaktiven Strahlung sowie Abwärme und Abwasser zunächst im Vordergrund, so konzentriert sich die Argumentation gegen die Kernenergie heute auf das sogenannte „Restrisiko“ (den mathematisch-statistisch möglichen, doch praktisch unmöglichen größten anzunehmenden Unfall, GAU), die Gefahr möglicher terroristischer Anschläge und vor allem die „Entsorgung“ der Anlagen, d.h. die Wiederaufbereitung der verbrauchten Brennelemente sowie die langfristige Lagerung des „Atom Mülls“.

Das Verwaltungsgericht in Schleswig argumentierte am 9. Febr. schlichtweg,

es bestünden Zweifel an der Rechtmäßigkeit der 1. Teilbaugenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf wegen der nicht geregelten Entsorgung. Schon durch die Zwischenlagerung der abgebrannten Brennstäbe könnten Schäden entstehen, die das Leben der Anlieger gefährden. Die Genehmigungsbehörden — sprich: die Ministerialbürokratie in Kiel unter der Oberaufsicht des Bonner Innenministeriums — hätten sich eine Gesamtübersicht über das Projekt verschaffen müssen, was die geregelte Verwertungspflicht des Atom Mülls einschließe. Die Entsorgung hätte die Grundvoraussetzung für die Genehmigung sein müssen. Solange dies nicht gewährleistet sei, blieben Anspruch und Recht der Bewohner von Brokdorf und Umgebung auf körperliche Unversehrtheit gefährdet.

Diese Auffassung der Justiz steht in völligem Gegensatz zur bisherigen Rechtsauffassung der Landesregierung in Kiel und auch der Mehrheit im Bundeskabinett. Bislang genügte die durch Atomgesetz und Atomanlagenverordnung vorgeschriebene Verpflichtung der Bundesregierung, bis Mitte der 80-er Jahre eine zentrale Anlage für die Wiederaufbereitung der Brennelemente und Endlagerung des Atom Mülls in der Bundesrepublik zu errichten, sowie die aktiven Vorbereitungen dafür in den Kernforschungsanlagen als Nachweis, daß die langfristige Entsorgung für ein neuzubauendes Kernkraftwerk 1985-90 gesichert sein wird. Für das Projekt in Brokdorf wird jetzt das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg als nächste Instanz entscheiden müssen, ob dieses Junktim, das technologischen Fortschritt negiert, als Grund für den Baustopp zu rechtfertigen ist.

Sollten die Gerichte in Zukunft auf dem Junktim beharren, bewahrheitet sich, was das *Handelsblatt* am 17. Febr. schrieb: „Nichts geht mehr mit der Kernenergie.“ Dann werden die geplanten Projekte auf Jahre hinaus gestoppt werden, und selbst die 12 bisher arbeitenden Kernkraftwerke stehen dann in Gefahr, ihre Betriebsgenehmigung zu verlieren, wenn entsprechende Klagen erhoben werden.

Die andere Seite dieses eingefädelten, in den USA erfolgreich erprobten Planspiels der Atlantiker liegt darin, daß die „Bürgerinitiativen“ durch ihre erfolgreichen Boykottkampagnen öffentlich bekannt und in Bonn bei Innenminister Maihofer hoffähig geworden sind. Dies sollte niemanden verwundern, zumal Hans Helmut Wüstenhagen, der Chef des Bundesverbands der Bürgerinitiativen Umweltschutz, langjähriges FDP-Mitglied mit

Sitz im Umweltausschuß seiner Partei ist.

Schon im April machte einer von Maihofers Beamten, Wilhelm Sahl, angesichts der Ereignisse von Wyhl keinen Hehl mehr aus der wohlwollenden Haltung des Innenministeriums gegenüber den „Bürgerinteressen“. Auf der Reaktortagung in Nürnberg sagte Sahl: „Gegen die mehrheitliche Ablehnung einer zwar nicht sachkundigen, jedoch in einem zunehmend moderneren Demokratieverständnis stehenden Allgemeinheit ist — und diese realpolitische Lehre muß aus den Erfahrungen der unmittelbaren Vergangenheit gezogen werden — auf die Dauer trotz zunächst vorhandener formaler Rechtstitel kein Vorhaben, mag es auch noch so sehr im öffentlichen Interesse sein, durchzusetzen.“ Maihofers parlamentarischer Staatssekretär Gerhard R. Baum ging noch einen Schritt weiter, als er am 15. Mai 1975 vor dem Deutschen Bundestag erklärte, sein Ministerium werde auch die „Verbandsklage“ vorschlagen, um den Einwänden der „Bürger“ mehr Gewicht zu verleihen: „Um die Bürger in die Lage zu versetzen, ihre Einwände nicht nur als einzelne erheben zu können, sondern sie gebündelt im Rahmen von Verbänden und Bürgerinitiativen unter Nutzung wissenschaftlichen Sachverständnisses geltend zu machen, wird der Bundesinnenminister in der für den Herbst dieses Jahres vorgesehenen 4. Novelle zum Atomgesetz den Vorschlag zur Einführung einer Verbandsklage machen.“ Außerdem wird gerade im Innenausschuß des Bundestages beraten, wie eine Vereinfachung des Verfahrens bei Masseneinwendungen erreicht werden könne.

Einigen Strategen der Umweltschutz-Bürgerinitiativen ist soviel Entgegenkommen aus Bonn suspekt. Sie befürchten eine Falle, weil sie wissen, daß sie den Sachverständigen und Gutachten der Antragsteller — der Elektrizitätswerke und Reaktorhersteller — nicht genügend qualifizierte Gegengutachten entgegenstellen können. So befürworten erklärte Kernkraftgegner wie die „Freunde der Erde“ stattdessen, die Verwaltungsgerichte mit zahlreichen Einzelklagen betroffener Anlieger zu überhäufen. Die Ansatzpunkte für solche Verwaltungsklagen ließen sich außer bei den atomrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen selbst auch im Bereich des Baurechts, des Wasserrechts, des Naturschutzrechts, des Immissionsschutzrechts und Gewerberechts finden.

Bei streng sachlicher — nicht provokanter — Abfassung der Klageschrift gezielter Argumentation vor Gericht,

so sagen Rechtberater der „Umweltschützer“, könnte mancher Verwaltungsrichter für die Sache der Kernenergie-Gegner gewonnen werden.

Solche wohlwollenden „Sachwalter“ im Justizapparat zu gewinnen und dazu die schon existierenden „U-Boote“ bei den Behörden zu aktivieren, um so früh wie möglich Einblick in die laufenden Vorprüfungen von Anträgen und Genehmigungsverfahren zu erlangen, brächten wirksamere Erfolge, das Energieprogramm der Bundesregierung zu Fall zu bringen.

Die langanhaltende Debatte um die Zulassung von Verbandsklagen — laut Staatssekretär Gerhard Baum soll sie jetzt in die 5. Novelle des Atomgesetzes eingebaut werden — hat den Effekt, die Bürgerinitiativen öffentlich als überregionale Interessenverbände aufzuwerten, die angeblich losgelöst von Einzelinteressen die Belange der Allgemeinheit vertreten würden.

Was wie ein legales Vorgehen bei der Kontrolle der Exekutive durch die Gerichte erscheint, steuert de facto auf eine schlechte Parodie einer „plebisziären Demokratie“ zu, oder wie Sahl es ausdrückte, ein Tribut an ein „modernes Demokratieverständnis“. Plebiszi-

tären Einfluß gewinnen hier allerdings vor allem die über die Massenmedien hochgeputzten Maschinenstürmer - Ideen einer zentral - gesteuerten „Umweltschutz - Bewegung“, in der sich „linke“ wie rechts - extreme Gruppen einträchtig hinter scheinbar anti - kapitalistischen und anti-monopolistischen Parolen versammelt haben. Sie dienen den tatsächlichen Drahtziehern, den atlantischen Finanzkreisen der Wall - Street, als protofaschistischer „Schutzschild“, hinter dem sich Austeritäts- und Deindustrialisierungsprogramme erzwingen lassen.

Wie weit die gezielte Sabotage des Energieprogramms der Bundesregierung bereits gediehen ist, darauf machte die IG - Bergbau und Energie Anfang des Monats in einem bundesweit verbreiteten Flugblatt aufmerksam. Nicht allein der Bau von Kernkraftwerken, auch die Planungs- und Genehmigungsverfahren von 8 neuen Kohlekraftwerken seien in den letzten Monaten durch Gerichtsurteile und Aktionen von Bürgerinitiativen gestoppt worden. Auf der energiepolitischen Tagung der SPD von Nordrhein - Westfalen am 12. 13. Febr. 1977 in Recklinghausen warnte der Chef der IG - Bergbau und Energie, MdB Adolf Schmidt, deshalb eindringlich jene Kreise in den Reihen sei-

ner eigenen Partei, die mit den Maschinenstürmern gemeinsame Sache machen: Es gäbe keine Alternative zwischen Steinkohle und Kernenergie, kein „Entweder - Oder“ - die BRD brauche beide, um Wirtschaftswachstum und Sicherheit von Arbeitsplätzen zu gewährleisten. „Eine bessere Lebensqualität ist durch Stillstand nicht zu erreichen“.

Solange die politische Debatte um das Energieprogramm fort dauert, haben die rationalen Gewerkschafts- und Industriekreise jede Chance, den Nullwachstumslern samt ihren Hintermännern das Handwerk zu legen. Doch wenn sich der Apparat der Justiz selbstständig und die Handlungsfähigkeit von Regierung und Verwaltung quasi ausschaltet, kann der Staatsstreich der Atlantiker auf scheinbar legale Weise gelingen. Dann ließe sich der Verrat an den wirklichen Interessen der Bevölkerung der Bundesrepublik entlang einer Empfehlung des Freiburger Professor Hennis sogar soweit vorantreiben, das Bundesverfassungsgericht einzuschalten, um das Atomgesetz des Bundes für verfassungswidrig erklären zu lassen, weil es die Frage der Entsorgung noch nicht geregelt habe, bevor Baugenehmigungen für Kernkraftwerke erteilt wurden.

Gesetz zu Technologie und Umweltschutz 1977

Den folgenden Gesetzesentwurf zu Technologie und Umweltschutz hat die US-Labor Party für den US-Kongreß vorbereitet. Dieses Gesetz soll das Nationale Umweltschutzgesetz ersetzen und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der US-Verfassung Fortschritte in Wissenschaft und Technik zur Grundlage der US-Umweltschutzpolitik machen.

Zusammen mit dem Entwurf der USLP für das Kernfusionsforschungs- und Entwicklungsgesetz von 1977 (siehe: »Ein Programm für die amerikanische Energieentwicklung«, Campaigner Publications 1977) legt das Technologie- und Umweltschutzgesetz die gesetzliche Basis für eine Erweiterung der Energieproduktion und anderer Industriekapazitäten, die unverzüglich zur Behebung weltweiter Engpässe notwendig ist.

Die US-Labor Party, ihre Anhänger und andere, die die Ziele dieser Gesetze unterstützen, regen gegenwärtig im US-Kongreß die Diskussion dieser

beiden Gesetze an und reichen bei den Parlamenten der Bundesstaaten und anderen gewählten Körperschaften Bittschriften ein, um das politische Klima zu schaffen, das notwendig ist, um eine Verabschiedung der Gesetze im Kongreß zu garantieren.

GESETZ zur Festlegung einer landesweiten Politik für technischen Fortschritt und zum Schutze der Umwelt, welches das Nationale Umweltschutzgesetz von 1969 und damit zusammenhängende Erlasse ersetzen soll.

Bei einer Verabschiedung durch den Senat und das Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika im Kongreß soll dieses Gesetz den Namen »Gesetz zu Technologie und Umweltschutz, 1977« tragen.

BEGRÜNDUNG DES VORSCHLAGES:

Das Ziel dieses Gesetzes ist, der traditionellen Verpflichtung dieser

Nation zu technologischem und industriellem Fortschritt wieder nachzukommen, indem es eine nationale Politik für technologischen und industriellen Fortschritt und zum Schutz der Umwelt formuliert und das Nationale Umweltschutzgesetz und im Zusammenhang damit ergangene Erlasse ersetzt.

ABSCHNITT I

Formulierung und Aussage der Politik

Absatz 101 - Der Kongreß beschließt:

(a) Die Verfassung garantiert der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, daß jedem amerikanischen Staatsbürger ohne Aufschub der Nutzen aus dem industriellen Fortschritt zugute kommt. In der letzten Zeit stagnierte jedoch das Tempo technologischen Fortschritts und industriellen Wachstums mit dem Ergebnis inflationärer Auswirkungen auf die Wirtschaft und zum Nachteil für den Lebensstandard der amerikanischen Bevölkerung.

(b) Die führende Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltgemeinschaft gründet sich auf unser Wissen und Technologie, auf die Stärke unserer industriellen Produktion und das hohe Ausbildungsniveau unserer Bevölkerung; diese führende Rolle hat in der letzten Zeit schwere Einbußen erlitten.

Absatz 102 — Der Kongreß befindet sich weiter:

(a) Das Nationale Umweltschutzgesetz von 1969 (NEPA) und ihm zugeordnete Erlasse und Ausführungen haben das Wirtschaftswachstum und die traditionelle Verpflichtung der Nation unterminiert, sich die Prinzipien des industriellen und wissenschaftlichen Fortschritts zueigen zu machen. Im besonderen

(1.) war NEPA darauf angelegt, eine Politik des begrenzten Wachstums einzuleiten, welche die angeblich von NEPA geschützte Umwelt zerstören würde, um „die sozialen, wirtschaftlichen und anderen Voraussetzungen der jetzigen und künftigen Generationen Amerikas zu sichern.“

(2.) NEPA hat die fehlerhafte und gefährliche Sichtweise in die Bundesgesetzgebung eingebracht, daß die physikalische Umwelt durch eine Einschränkung des Energieflusses und reduziertes Wachstum geschützt werden kann, und hat ferner ein irreführendes »Gleichgewicht« zwischen primitiver »Natur« und dem Einsatz der höchstentwickelten Formen von Wissenschaft und Technologie erzielt.

(3.) Politik und Praxis, die von NEPA ausgehen, haben grundlegend entstellte Forschungs- und Entwicklungsprogramme der Regierung und der Privatindustrie zur Folge. Die Industrie wurde gezwungen, technische Anlagen gegen Umweltverschmutzung zu entwickeln, anstatt alle Kapazitäten auf die Entwicklung einer produktiveren, höher entwickelten Technologie für den gesamten industriellen Prozeß zu konzentrieren.

(4.) NEPA und die daraus folgenden Praktiken haben zahlreiche Verzögerungen und Streichungen von notwendigen Projekten zur Energieerzeugung nach sich gezogen, im besonderen im Bereich der Kernenergie, des Transport- und Wohnungswesens und anderen Entwicklungen in Industrie und Infrastruktur.

Absatz 103 — Der Kongreß stellt fest:

(a) Die globale Umwelt kann nur geschützt werden durch die Entwicklung

einer höheren Technologie und steigendem Energiefluß. Jede anderslautende Politik muß zu einem katastrophalen Zusammenbruch der Ökologie, der Gesundheit und des Lebensstandards der Bevölkerung führen. Die Ökologie hing immer von der menschlichen Fähigkeit ab, neue Technologien zur Überwindung der scheinbaren Grenzen der Rohstoffvorkommen zu entwickeln. Im 19. Jahrhundert z.B. war in den USA Holzkohle die primäre Energiequelle; mit Hilfe technologischer Fortschritte wurde Holzkohle durch fossile Brennstoffe ersetzt. Heute steht die amerikanische Wirtschaft an der Schwelle, gesteuerte thermonukleare Reaktionen zur Energieerzeugung einzusetzen und so die riesigen, unangetasteten Deuteriumvorräte im Meer in nutzbare Energie wie Elektrizität zu verwandeln.

(b) Das Verschmutzungsproblem ist im wesentlichen ein Problem der Forschung und nicht so sehr der Durchsetzung. Das Auftreten von ungenutzten Reiz- oder Giftstoffen im Wasser und in der Luft ist ein Zeichen für die niedrige thermodynamische Effizienz der Energieumwandlung, Materialverarbeitung und Verfahrensweise. Durch technologische Fortschritte im gesamten Industrieprozess können diese Rückstände in einer höher entwickelten Industrie nutzbar gemacht werden. Wenn die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten jedoch nur auf den engen Bereich konzentriert werden, für schon bestehende Industrieprozesse technische Anlagen zur Reinhaltung der Umwelt zu entwerfen, wird das Ergebnis wertlos sein und inflationär wirken.

Ein Beispiel hierfür sind die Millionen Dollars, welche die Stahlindustrie in die Entwicklungen solcher Anlagen steckte, anstatt in neue Verfahren zur Stahlgewinnung wie beispielsweise das »Jordan-Verfahren« zu investieren, was für die Umwelt und die Gesellschaft als ganzer von weitaus größerem Nutzen gewesen wäre.

Absatz 104 — Der Kongreß erklärt deshalb, daß es die erklärte Politik der Nation und der Bundesregierung ist, technologischen Fortschritt und industrielles Wachstum zu fördern; alle Anstrengungen der Nation auf eine größtmögliche industrielle Wachstumsrate zu richten und die Erreichung dieser Ziele durch die Entwicklung und Anwendung der neuesten Errungenschaften in Wissenschaft und Technologie zu sichern.

Es ist erklärte Politik der Nation, daß die Bundesregierung ihre wissenschaft-

lichen und technologischen Kapazitäten den Bundesstaaten und der Privatindustrie zur Verfügung stellt, um die bei der Industrieproduktion in Luft und Wasser ausgestoßenen giftigen Rückstände durch technischen Fortschritt zu reduzieren. Unter Berücksichtigung, daß die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten einzelner Industriezweige für die Entwicklung der notwendigen hohen Technologie unzureichend sind, muß die Bundesregierung für den Aufbau entsprechender Forschungsstätten Sorge tragen, sodaß die gestellten Aufgaben erfüllt werden können. Das »Manhattan-Projekt« ist ein nützliches Beispiel für das Ausmaß an wissenschaftlicher Mobilisierung.

ABSCHNITT II

NEPA und in Zusammenhang stehende Erlasse werden außer Kraft gesetzt

Absatz 201 — Das Nationale Umweltschutzgesetz von 1969 (P.L. 91-190) ist hiermit in seinem ganzen Umfang aufgehoben.

Absatz 202 — Das Gesetz zur Reinhaltung der Luft als Zusatz ist hiermit aufgehoben mit der Ausnahme der Artikel, welche die Forschungs- und Entwicklungsprogramme betreffen. Das Bundesgesetz zur Kontrolle der Wasserreinhaltung (P.L. 92-500) ist hiermit aufgehoben, mit Ausnahme der Artikel, die Forschungs- und Entwicklungsprogramme betreffen.

Absatz 203 — die Umweltschutzbehörde, die 1970 geschaffen wurde, ist hiermit aufgelöst. Die Mittel und das Personal der Behörde gehen entweder an die Behörden zurück, von denen sie abgezogen wurden, oder sollen dem Büro für Wissenschaft und Entwicklung unterstellt werden.

Absatz 204 — Alle Forschungs- und Entwicklungsprogramme, die durch Umweltschutzgesetze geschaffen wurden, sollen von dem Berater des Präsidenten für Wissenschaft und Forschung überprüft werden, der einen umfassenden Plan erstellen soll. Diese Programme entweder der Energieforschungs- und Entwicklungsbehörde oder dem Büro für Wissenschaft und Technologie zu unterstellen.

Absatz 205 — Im Falle eines Konfliktes zwischen der in diesem Gesetz formulierten Politik und der Politik eines älteren Gesetzes sollte die in dem vorliegenden Gesetz formulierte Politik die erklärte nationale Politik sein.

Herausgegeben von ELC European Labor Committees
EAP Europäische Arbeiterpartei
Redaktion: Gabriele Dannenberg

Copyright © 1976 by Campaigner Publications Deutschland GmbH

Korrespondenz: Campaigner Publications Deutschland GmbH,
62 Wiesbaden, Schiersteiner Str. 6

Printed: ROTOGRAFICA; Via Ciovasso 4, Milan, ITALY

Februar 1977

3.-DM